

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungsstelle. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 1,10 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 30 Pf. (zweizeilig 20 Pf. gezeichnete Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wien im Bann der Frommen.

Aus Wien wird uns vom 12. d. Mts. geschrieben:
 Nun sind wir drin, in der Schwarzen Woche, und wenn der Himmel nicht selbst ein Einsehen hat und auf die Frommen regnen läßt, so wird sich am Sonntag auf den Wiener Straßen die grandiose Schaustellung der Massenfrömmigkeit entwickeln, für die seit Monaten alles was in Oesterreich schwarz ist, und das ist weiß Gott nicht wenig, fieberhaft gearbeitet hat. Der internationale Klerikalismus hat sich vorgelebt, den Wiener eucharistischen Kongreß zu dem allergrößten Spektakel der Welt zu machen, er soll an Umfang, Größe und Glanz alles übertreffen, was an klerikalen Massenveranstaltungen bisher erlebt worden ist. Und in dem Inszenieren, in dem Herausarbeiten alles Keuferlichen, in dem Blendenden der Sinne sind die Katholischen von alterher Meister gewesen. In dem schwarzen Wien und Oesterreich hatten sie übrigens vorweg auf die uneingeschränkte Hilfe aller Gewaltigen im Staate rechnen können; alles, vom Kaiser angefangen, ist in den Dienst der frommen Schaustellung gepreßt worden. Vor allem arbeitete fieberhaft der ganze Hof, der ja sonst in der katholischen Frömmigkeit reichlich glänzt, nun sich aber geradezu übertrifft; seinem herrlichen Beispiel folgte dann der ganze Hochadel. All die adligen Frauenzimmer, die das ganze liebe Jahr nicht die Hände rühren, sind nun förmlich lebendig geworden; jeder der „Frauen Erzherrzogin“ war ein bestimmtes Ressort in der großen Regie zugewiesen, und hernach gehörte es natürlich zum guten Ton, daß sich jede Gräfin und Fürstin und Kommerzialsrätin „in den Dienst der hehren Sache stellt“. Und noch der alte Kaiser eingezogen und zum „Protector“ genannt worden war, empfang der klerikale Spektakel natürlich zugleich einen patriotischen Charakter, wie ja überhaupt römischer Katholizismus und das Haus Habsburg immer innig gefestigt waren. Also nahm der Staat die klerikale Veranstaltung unter seine Protektion. Der Schulanfang wird verschoben, damit die Schulen zu Rosenquartieren für die zusammengeströmten Frommen verwendet werden können, die Eisenbahnen führen die Schwarzen aus ganz Oesterreich fast umsonst nach Wien. Die Offiziere erhalten sieben Tage Urlaub, um ihr feindlich Gemüt auf dem Kongreß von allen Schlacken zu reinigen, den Beamten wird nahegelegt, sich an der gläubig-patriotischen Veranstaltung so zahlreich als möglich zu beteiligen. Natürlich drängt alles, was strebt, zu der Frömmigkeitsparade hin, sieht doch jeder, daß man sich damit nach oben beliebt machen kann. Die filzigsten Magnaten, die wegen ihrer Hungerlöhne berüchtigt sind, wie zum Beispiel der Fürst Schwarzenberg, zahlen ihren Beamten die Reisetkosten nach Wien, und alle Pfaffen in der Provinz werben bei den Bauern, denen die Fahrt nach Wien als der feierlichste Gottesdienst angepriesen wird, und die nun nach vielen Rehtausenden, in Viehwagen eingepfercht, nach Wien expediert werden. All das soll Sonntag in einer feierlichen Prozession seinen Höhepunkt erleben. Nichts, was im Staate Macht und Gewalt hat, wird fehlen. In goldenen Kutichen werden die Eminenzen fahren, und auf der Rampe des Vurgatores wird der Legat des Papstes das Hochamt zelebrieren, Kaiser und Volk werden in die Knie sinken. Auf eine halbe Million Teilnehmer und Zuschauer rechnen die Reicher, die mit Recht hoffen, für den römischen Klerikalismus in dieser Prozession die größte Demonstration zuwege gebracht haben.

Diese Kongresse haben bekanntlich als Vorbehalt die Verherrlichung und Bekräftigung der Eucharistie, jenes erstaunlichen Glaubens, wonach durch die Worte des römischen Priesters Brot und Wein zu Fleisch und Blut Christi verwandelt werden, so daß derjenige, der fest im Glauben ist, das Fleisch Christi zu essen und das Blut Christi zu trinken vermag. Ein Glaube, den keine Vernunft faßt, und dessen ausnahmslose Geltung im Katholizismus nur beweist, was alles der menschlichen Vernunft zugemutet werden kann, wenn man sie vom zartesten Kindesalter zum Glauben richtig trainiert und wenn der Staat mit seinen Gesetzen dafür sorgt, daß derlei „Dogmen“ mit der Kritik der Vernunft nicht genährt werden darf. Den eigentlichen Sinn jenes Mysteriums der in der geistigen Verbindung mit dem Heiland zu suchen ist, in die grobsinnliche Idee des Essens und Trinkens zu verlegen, blieb der sonderbaren Entwicklung der römischen Kirche vorbehalten, und jenes seltsame, unfahbare Mysterium mit einer Durraufstellung zu verbinden, den Klimbin eines Niesenjahresmarktes mit allen seinen kostbaren Sensationen und Reizungen daran zu hängen, das bringt wirklich nur der geriebene Klerikalismus unserer Tage zuwege. Dieser Massenbetrieb von Frömmigkeit mühte eigentlich jedes wahrhaft fromme Gemüt abstoßen! Widerwärtigeres als diese feelenlose rein äußerliche Frömmigkeit, als diese Großergötzung von Religiosität läßt sich schwerlich denken. Es kann am Sonntag ein wahnsinniger Spektakel werden auf der Wiener Ringstraße, eine der größten der „Heben“, auf die diese oberflächliche Stadt seit jeher verfallen ist. Aber vielleicht gerade deshalb wird sich die Empfindung verstärken, wie wenig mehr der Glaube mit unserer Vernunft in unserer Zeit verträglich ist.

Für Oesterreich hat die Sache vor allem die Bedeutung, daß dadurch der unheimliche Grad der klerikalen Macht enthüllt wird. Der Klerikalismus der Donau, der künftig noch fieber ausbrechen wird, die Verklammerung des

Adels, in dem die aufgeklärten Leute ganz ausgestorben sind, die grenzenlose Feigheit des Bürgertums, das sich aus Furcht vor dem Proletariat zum Klerikalismus flüchtet, der trostlose Zustand der Bauern in vielen Ländern: auf all das baut sich der Klerikalismus siegreich auf und beansprucht, aller Entwicklung der Zeit zum Hohn, den Rang einer Staatsreligion. Wenn das organisierte Proletariat nicht wäre, dem der Spuk am hellen Tage nur das Rächeln der Beringshaltung entlockt, so möchte der Triumph der Klerikalen wohl vollkommen scheinen. Aber es ist gar nicht unmöglich, daß der eucharistische Kongreß vielen die Augen öffnet und sie sehen läßt, wohin das Schiff in Oesterreich sich wieder wenden will: gen Rom. Und daß der klerikale Uebermut die Kräfte eines nachdrücklichen Widerstandes erst wieder auslöst.

Zur Teuerung.

M.-Glabbacher Doppelzüngigkeit.

In der Resolution, die die christlichen Gewerkschaften in ihrer dieser Tage in Köln abgehaltenen Versammlung zur Fleischteuerung annahmen, heißt es am Schluß: „Schon jetzt sind Erwägungen und Untersuchungen darüber anzustellen, inwiefern nach Ablauf des jetzigen Zolltarifjahres die künftige Zollgesetzgebung und die auf ihr basierenden Handelsverträge Erleichterungen schaffen können, wodurch die Fleischversorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Großstädten und Industriezentren, sichergestellt werden kann.“

Diese Resolution ist nicht in Köln, sondern in M.-Glabach, von wo in der Versammlung der Kölner Gewerkschaftskrisen zwei Redner erickienen waren, ausgeheckt worden. Die brennende Not des Volkes zwingt die Herren, etwas zu unternehmen, und da wählt man die große Metropole Westdeutschlands als Resonanzboden. Nun erickien aber am Donnerstag in der rheinisch-westfälischen Zentrumspreffe ein Korrespondenzartikel, der unverkennbar gleichfalls aus M.-Glabach stammt, und in diesem Artikel heißt es: „Sollte das Gefrierfleisch den Preis des Fleisches und Viehes in Deutschland zu drücken, daß die einheimische Viehzucht darunter leidet, so wäre das richtige Hilfs- und Heilmittel die Erhöhung des Volkes. Alle Freunde der Landwirtschaft, die etwa für eine Herabsetzung des Fleischverkaufspreises stimmen möchten, werden sich vorher die Gewißheit verschaffen, daß im Falle der Schädigung der deutschen Viehzucht die entsprechende Zollserhöhung eingeführt wird.“

In der von M.-Glabach inspirierten Kölner Versammlung forderten die christlichen Gewerkschaftler die dauernde Einführung von Gefrierfleisch und Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle — zwei Lage darauf fordert ein gleichfalls aus der M.-Glabbacher Zentrale stammender Zeitungsartikel noch höhere Vieh- und Fleischzölle, für den Fall, daß das Gefrierfleisch die heutigen Wucherpreise tatsächlich herabdrücken sollte! Die Kölner Demonstration war das Werk der gewerkschaftlichen, der Artikel dasjenige der agrarpolitischen Abteilung der M.-Glabbacher Zentrale. Man darf dessen gewiß sein, daß der Artikel zum Ausdruck bringt, was die klerikalen Drahtzieher wirklich denken, daß die Resolution aber demagogisches Scheinwerk ist.

Rückgang des Viehauftriebs.

Während in den Monaten Juni und Juli der Auftrieb von Vieh an 40 deutschen Schlachtviehmärkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, im Vergleich zum Vorjahre noch beträchtlich gestiegen war, ist im Monat August ein wesentlicher Rückgang des Angebots eingetreten. Der gesamte Auftrieb von Schlachtvieh an den genannten Plätzen betrug im August 1912 auf 71,50 Millionen Kilogramm. Das bedeutet gegen den vorjährigen Parallelmonat eine Abnahme um 1,85 Millionen Alilo. Im Juli 1912 stellte sich das Angebot auf 74,43 Millionen Kilogramm gegen 70,95 Millionen Kilogramm im entsprechenden Monat des Vorjahres. In den ersten acht Monaten 1912 wurden den genannten 40 Märkten insgesamt 594,56 Millionen Kilogramm Schlachtvieh zugeführt. In der vorjährigen Vergleichsperiode betrug das Angebot auf 589,60 Millionen Kilogramm. Im Augustmonat der Jahre 1909 bis 1912 entwickelte sich der Auftrieb in Millionen Kilogramm wie folgt:

	August 1909	1910	1911	1912
Rinder	29,80	30,46	26,07	25,09
Kälber	4,97	4,47	5,01	4,22
Schafe	2,06	2,06	2,10	2,61
Schweine	81,26	38,36	40,17	39,58
Insgesamt	68,09	73,95	73,35	71,50

Besonders bemerkenswert ist der seit dem Jahre 1910 beobachtete scharfe Rückgang des Angebots von Minderen. Daß der Auftrieb von Schweinen im Vergleich zu den Jahren 1909 und 1910 zugenommen hat, bietet hierfür kein Äquivalent, da bekanntlich das Schweinefleisch für die Ernährung weit weniger wertvoll ist als Rindfleisch.

Natürlich nötigt die herrschende Fleischteuerung weite Schichten des deutschen Volkes zur Einschränkung des Fleischkonsums. Im August 1912 ist der Verbrauch von Fleisch sogar viel stärker zurückgegangen als das Angebot am Schlachtviehmarkt. An den erwähnten 40 Markorten wurden nämlich den Schlachthäusern zugeführt in Millionen Kilogramm:

	August 1911	1912	Zu resp. Abnahme
Rinder	16,73	15,54	- 1,18
Kälber	4,50	3,77	- 0,73
Schafe	1,84	2,09	+ 0,25
Schweine	30,88	28,58	- 2,29

Der Gesamtverbrauch ist also an diesen Plätzen von 63,92 auf 49,98 Millionen Kilogramm zurückgegangen.

Landwirtschaftliche „Hilfsmittel“ gegen die Teuerung.

Der „Badische Landwirt“, eine in Baden stark verbreitete Wochenchrift, gibt die nachfolgenden Vorschläge wieder, die ein Einfender als Hilfsmittel gegen die Teuerung macht. Sie lauten:

1. Verschärfen der Spermafreigegeben gegen Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fleischwaren;
2. Einschränkung des Genusses von Fleisch und Fleischwaren;
3. Erziehung der weiblichen Jugend zur Einfachheit und Verbot der Verwendung von Mädchen unter 18 Jahren in Fabriken und Bureaus; dafür obligatorische Verpflichtung zur Erlernung von praktischer Hausarbeit mit nachfolgender Prüfung;
4. Verminderung des zu ausgedehnten Vereins- und Vergnügungswesens.

Die städtische Bevölkerung, die ja unter der Teuerung am meisten zu leiden hat, wird diese landwirtschaftlichen Vorschläge „nach Gebühr“ einzuführen wissen.

Ein bürgerliches Wort gegen die Fleischnot.

Die in Köln erscheinende „Rheinische Wirtzeitung“ schreibt in ihrer Nr. 38 zunächst:

„Die sozialdemokratischen Blätter schreiben mit Recht von einer Ausbeutung des deutschen Volkes, denn Tatsache ist, daß Arbeiterfamilien sich nicht mehr genügend ernähren können und der Mittelstand gleichfalls bittere Not leidet.“

Nachdem das Blatt sich entschieden dagegen gewandt hat, daß man „oben“ die Not leugnet und keine Vinderung anstrebt, fährt es fort:

Sollen denn erst Hungerrevollen ausbrechen? Der ehrlichste Patriotismus muß ja zum Teufel gehen, wenn man sieht, wie nur einem Häuflein unersättlicher Agrarier zuliebe die breiten Massen dem Hunger überliefert werden. Wird es den regierenden Kreisen nicht Angst vor den unvermeidlichen Folgen solcher Wirtschaft? Fürchten sie nicht den Tag, da dem hungernden Volke endlich die Geduld reißt und es endlich zur Selbsthilfe schreitet? Gewarnt wurde genug vor der im steigendem Maße erfolgten Ausbeutung der Volksmassen durch allerlei Laster, die man den Kernsten in unerträglichem Maße aufbürdete. Das Volk hat hergegeben, was es hatte; jetzt hat es nichts mehr und muß eben Hunger leiden. . . . Daß für das deutsche Volk tatsächlich eine Hungernot eingetreten ist, ist nicht mehr zu leugnen, wenn auch nicht jedermann dem nächsten erzählt, welche Entbehrungen er sich auferlegen muß. Für einen Kulturstaat des Ranges, wie Deutschland einer sein will, ist es aber eine Schande, wenn die breiten Massen hungern müssen, da doch die neuzeitlichen Verkehrseinrichtungen völlig ausreichend sind, um billige Nahrungsmittel ins Land zu bringen. . . .“

Zum Schluß droht die „Rheinische Wirtzeitung“, daß „viele Wirte sich im Stillen fest geloben, bei der nächsten Reichstagswahl sich viel reißlicher zu überlegen, wen sie nach Berlin senden sollen.“

Mahnahmen der Kommunen.

In Halle (Saale), wo ein sozialdemokratischer Antrag auf Abhilfe gegen den Notstand von den Stadtverordneten der Teuerungsdputation überwiesen war, hat diese Deputation jetzt beschlossen, an drei Stellen der Stadt städtische Fleischverkaufsstände einzurichten, wo ein bis fünf Pfund an Rinderbimetalle abgegeben werden. Durch Vermittlung eines Großschlächters soll Rindfleisch zum Preise von 83 Pf. und Schweinefleisch für 85 Pf. abgegeben werden. Man will weiter versuchen, dänisches oder geftorenes argentinisches Fleisch noch billiger zu beschaffen. Den Stadtverordneten wird am Montag das Fleischvertriebsprojekt zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Vorläufig soll ein Kredit von 30 000 M. verlangt werden.

Das Bürgervorsteherkollegium (Stadtverordnete) in Linden, Hannover, ist, soweit man sehen kann, die einzige Gemeindeförperschaft, die mit Schöpffensteter Unverunft der Teuerung gegenübertritt. In der letzten Sitzung stellte der einzige sozialdemokratische Vertreter Genosse Sporleder den Antrag, das Bürgervorsteherkollegium möge den Magistrat ersuchen, umgehend eine Petition an den Bundesrat und das Staatsministerium zu richten, mit der Bitte, geeignete Mahnahmen zu treffen, um dem bis zur Unentgeltlichkeit angewachsenen Notstand der Bevölkerung Lindens Einhalt zu tun. Diesen Antrag hat das in seiner Mehrheit aus politisch bedrängten Wahlbürgern und reichsverbändlerischen Nationalliberalen zusammengesetzte Bürgervorsteherkollegium gegen fünf Stimmen abgelehnt. Und das, trotzdem die Stadt Linden fast ausschließlich eine Arbeiterstadt ist, deren ganze kommunalwirtschaftliche Entwicklung auf der Arbeiterschaft beruht. Leider ist es nicht möglich, der Arbeiterschaft einen größeren Einfluß in der Stadtverwaltung zu erringen, weil die hannoversche Städteordnung nur die Bürgergemeinde kennt und die Erwerbung des Bürgerrechts 100 M. (!) kostet. Wie stark sonst die politische Bedeutung der Arbeiterschaft in Linden ist, geht ja daraus hervor, daß Linden neben Berlin der bisher einzige preußische Landtagswahlkreis ist, der einen sozialdemokratischen Abgeordneten (Genossen Leinert) ins preußische Abgeordnetenhaus sendet. Um so grotesker erscheint die Haltung des Bürgervorsteherkollegiums, dem für die Notlage der Arbeiterschaft, die auch in Linden besonders groß ist, jede Empfindung fehlt.

Der Magistrat in Linden bringt der Teuerung etwas mehr Verständnis entgegen wie die Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister Dr. Lohmann erklärte einer Abordnung des sozialdemokratischen Wahlvereins, der Magistrat erkenne den Notstand an und werde mitwirken bei den Mahnahmen zur Vinderung. In seinen Beschlüssen könne er sich auf die einzelnen Forderungen des Stadtverordneten Sporleder nicht festlegen, wozu auch kein Anlaß vorliege, da die Stadtverordneten ja den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt hätten. Die Stadtverordneten erklärten übrigens nummehr, sie hätten den sozialdemokratischen Antrag nicht aus

prinzipiellen Gründen abgelehnt, sondern nur, weil die Zeit zu spezieller Beratung fehlte.

In einer Besprechung, die Vertreter des Magistrats der Stadt Magdeburg mit dem Vorstande der Fleischerninnung hatten, wurde die Möglichkeit der Einfuhr von Gefrierfleisch erörtert. Man kam zu dem Entschlusse, daß in dieser Beziehung unbedingt ein Versuch unternommen werden müsse, zu welchem Zwecke eine Kommission ernannt wurde. Die Sache soll so gehandhabt werden, daß die Stadt Gefrierfleisch bezieht und es an Fleischler zum Kleinverkauf weitergibt, nachdem unter Mitwirkung des Magistrats der Preis festgelegt wurde. Um die Frage zu prüfen, ob durch die Fleischler eine ungerechtfertigte Verteuerung des Fleisches erfolgt, sollen durch die Stadt amtliche Probestschlachten vorgenommen werden, wobei der Einkauf des Fleisches auch durch persönlich unbeteiligte Mittelpersonen der Stadt erfolgen soll. Das Fleisch soll zu amtlich festgesetzten Preisen an das Publikum abgegeben werden, wobei sich dann unter Berücksichtigung der den Fleischern erwachsenden Geschäftskosten usw. ergeben muß, ob dem Publikum im Kleinverkauf zu hohe Preise abgenommen werden. — In der Besprechung wurde auch der Öffnung der Grenzen mit Entschiedenheit das Wort geredet. Ohne dem würden alle anderen Maßnahmen nur von untergeordneter Bedeutung sein.

In der Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg kamen am Donnerstag Interpellationen der sozialdemokratischen und der freisinnigen Stadtverordnetenfraktion zur Lebensmittelteuerung zur Verhandlung, nachdem am Tage vorher die vor Jahresfrist von den Stadtverordneten eingesetzte Teuerungskommission bereits verschiedene von der Stadt zu ergreifende Maßnahmen in Vorschlag gebracht hatte. Die Vorschläge gingen dahin, daß durch die Stadt aus den skandinavischen Ländern Schlachtwiech eingeführt wird, zu welchem eine besondere Kommission unterzüglich nach den Quarantänestationen entsandt werden soll, um Vieh einzukaufen. In der gleichen Weise soll durch die Stadt die Einfuhr von frischem Fleisch und gekochtem Fleisch aus Argentinien in die Wege geleitet werden. An die Regierung soll eine Petition gesandt werden, in welcher u. a. die Erleichterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande durch Aufhebung der darauf ruhenden Zölle und der nicht unbedingt erforderlichen veterinärpolizeilichen Vorschriften sowie die Verbeibehaltung der Fleischermäßigungen für den Bezug von Gefleischen gefordert wird. Schließlich soll die Teuerungskommission noch vor dem im vorigen Winter von der Stadt vermittelten Verkauf von Seefischen in erweiterter Weise wieder einzuführen und auf die Abendstunden zu verlegen, um besonders der arbeitenden Bevölkerung günstigere Einkaufsmöglichkeiten zu verschaffen. — Der Magistrat erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden. Vom Magistratsredner wurde mitgeteilt, daß die Handelskammer sich der Eingabe an die Regierung anschließt und daß sich eine größere Anzahl Magdeburger Industriellen bereit erklärt hätten, gemeinsam mit dem Magistrat Schritte zur Abwehr der Teuerung zu unternehmen. Die Vorschläge der Teuerungskommission wurden von der Stadtverordnetenversammlung nahezu einstimmig angenommen.

In der Mittwochssitzung des Straßburger Gemeinderats lag ein Antrag einer eingesetzten Spezialkommission vor, die zu folgenden Vorschlägen gekommen ist: Eingabe an den Bundesrat und Reichstag sowie an die Landesregierung, bezweckend Erleichterung der Schlachtwiecheneinfuhr aus den Nachbarländern durch eine mit der Erhaltung der heimischen Viehzucht verträglichen zeitweisen Herabsetzung der Zölle und Milderung der veterinärpolizeilichen Vorschriften, — verbotswise Einfuhr von Gefrierfleisch unter gleichzeitigen Eingaben, bezweckend Milderung des § 12 des Fleischbeschaffgesetzes und Herabsetzung des allzu hohen Zollsaßes zur Ermöglichung dieses Versuches, — Erlaß an den Bundesrat um Verrückung des Straßburger Schlachthofes an der kontingentierten Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn, — Gesuch an die Reichseisenbahnen um ermäßigte Tarife für Vieh- und Fleischtransporte, sofortige Errichtung einer städtischen Wastanstalt für Schweine, wenn möglich in Verbindung mit einer ländlichen Genossenschaft, — regelmäßige Feststellung der Schlachtwiech- und Fleischpreise und Verfolgung ihrer Spannung, — sofortige Zuangriffnahme der Vorarbeiten zur Gründung einer Viehmarkthalle, die den Meßern Vorkredit vermittelt und ihre genossenschaftlichen Bestrebungen auf rationelle Verwertung aller Nebenprodukte ihres Gewerbes unterstützt. — Die Vorschläge wurden vom Gemeinderat akzeptiert. Ein Zulassungsantrag, der die Einberufung des Reichstages forderte, wurde ebenfalls angenommen.

Eine Abordnung des Vorstandes des sozialdemokratischen Wahlvereins in Hannover war beim vorigen Magistrat vorstellig wegen der Teuerung. Hier war man etwas entgegenkommender als in der Nachbarstadt Bielefeld. In Vertretung des beurlaubten Stadtdirektors (Oberbürgermeister Traim) teilte der Stadtbürger Ehl mit, daß der Magistrat schon eine Kommission von vier Mitgliedern eingesetzt habe, um sich eingehend mit der Frage der Teuerung und eventuell Abhilfsmitteln zu beschäftigen.

Oberrichter und Stadtverordnete in Mainz nahmen den sozialdemokratischen Antrag zur Bekämpfung der Fleischnot, der auch die allgähliche Einberufung des Reichstages forderte, einstimmig an.

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Bürgerfraktion fand am Montagabend in Lübeck eine außerordentliche Bürgerfraktionssitzung statt, die sich mit einem sozialdemokratischen und einem liberalen Teuerungsantrag zu beschäftigen hatte. In beiden Anträgen wurde der Senat aufgefordert, beim Bundesrat auf Durchführung geeigneter Maßnahmen gegen die Teuerung zu dringen. Nur ein Redner, nämlich ein Agitor, meinte es, die bestehende Teuerung abzuleugnen. Der Senat ließ erklären, daß er sich bereits auf Veranlassung der Handelskammer mit der Teuerung beschäftigt hätte. Er würde darauf hinwirken, daß eine Herabsetzung der Lebens- und Futtermittelzölle und die Öffnung der Grenzen erfolge. In vier Tagen in der Woche würden auch fortan an Hafen bühige Seefische verkauft. Die Bürgerfraktion nahm schließlich die beiden Anträge an und forderte die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerfraktion, um lokale Maßnahmen gegen die Teuerung zu unternehmen.

Die Wiesbader Stadtverordnetenversammlung nahm einstimmig den Antrag unserer Genossen an, den Magistrat zu ersuchen, beim Bundesrat vorstellig zu werden wegen der Fleischnot und um wirksame Maßnahmen zu deren Behebung zu ersuchen.

Protestkundgebungen gegen die Teuerung fanden weiter in Ludenwalde und Eilen statt.

Teuerungskonferenz in Württemberg.

Das württembergische Ministerium des Innern hat zu der Fleischteuerung Stellung genommen und der Vertreter der Landwirtschaft, des Fleischergewerbes und der Viehhändler zu einer Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Fleischteuerung eingeladen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September 1912.

Die Konservativen und die Besitzsteuer.

Als die Konservativen dem bekannten schönen Verlegenheitsantrag Baffermann-Erzberger zustimmen, der die Regierung verpflichtet, bis zum 30. April 1913 ein Besitzsteuergesetz dem Reichstage vorzulegen, so die liberale Presse vielfach daraus den Schluß, daß die Konservativen dadurch die Verpflichtung übernommen hätten, Besitzsteuern zu bewilligen. Dieser Auffassung tritt die „Kreuzzeitung“ in einem langen Artikel entgegen. Sie beruft sich auf die Ausführungen des konservativen Fraktionsredners im Reichstag, des Grafen Westarp, der die Zustimmung seiner Partei zunächst damit begründet hat, daß es nötig sei, den Streit der bürgerlichen Parteien kurzzeitig zu vertagen, dann aber aus-

führte: „Aber für die zukünftige Auslegung des vorgeschlagenen Gesetzes wird die Entstehungsgeschichte von Bedeutung sein, wird man immer daran zu erinnern haben, welche Zwecke mit der Einführung des Gesetzes verfolgt worden sind, und da meine ich, ist die Situation doch eben die: es wird ausgesprochen, daß noch einmal über den Gehalt der durch Reichsgesetz einzuführenden allgemeinen Besitzsteuer verhandelt werden soll; aber die Entscheidung darüber, in welcher Form diese Besitzsteuerfrage gelöst werden soll, diese Entscheidung soll heute noch nicht getroffen, die soll auf die Zukunft vertagt werden.“

„Zunächst müßte, meint die „Kreuzzeitung“, überhaupt erst nachgeprüft werden, ob ein Finanzbedarf für neue Steuerbewilligungen nachweisbar sei oder ob tatsächlich das Finanzsystem im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden eine stärkere Heranziehung des Besitzes erfordere. Und selbst wenn ein solcher Nachweis erbracht werde, sei natürlich die konservative Partei noch keineswegs gezwungen, für jede beliebige Besitzsteuer zu stimmen, welche die Regierung vorschläge. Für eine Erbschaftsteuer, die das von Eltern ihren Kindern hinterlassene Vermögen besteuere, würden die Konservativen in keinem Fall stimmen. Wörtlich erklärt das agrarkonservative Blatt:

„Die Besteuerung des Kindesverbes entspricht nicht der Forderung einer allgemeinen gerechten Heranziehung des Besitzes. Wir verstehen wirklich nicht, wie jemand nach unserer Auffassung hierüber noch fragen kann. Die Meinung, daß die Kindererbschaftsteuer in unserem Steuersystem dieser Anforderung entsprechen könne, ist heute noch unrichtiger, als sie etwa 1908 gewesen sein könnte. Denn seitdem hat der Grundbesitz in der Landwirtschaft, Fideikommißsteuer und Zuzuschußsteuer, und das landwirtschaftliche Gewerbe in der Besteuerung des kontingentierten Spiritus und in der Verbeibehaltung der Zucksteuer in ihrer jetzigen Höhe weitere Voraussetzungen erfahren, die durch die Erhöhung des Emissionsstempels, die Zolsteuer, die Schenk- und Wechselsteuer auch nicht annähernd ausgeglichen worden sind, und zwar nicht einmal der absoluten Höhe nach, geschweige denn im richtigen Verhältnis der Leistungsfähigkeit beider Arten des Besitzes.“

Es war also, wie die Konservativen damit eingesehen, ihnen zunächst nur darum zu tun, die neue Heeresvermehrung durchzubringen. Tugend welche Verpflichtung, zu den Kosten dieser Vermehrung etwas Nennenswertes beizutragen, haben sie nicht übernommen. Ihre Vaterlandsliebe reichte gerade nur zum Bewilligen neuer Heereskörper aus; die Dedung der daraus entstehenden neuen Ausgaben überlassen sie, edel und „vaterlandsliebend“, wie sie sind, der plebejischen Volksmasse. Das ist echter Junkerpatriotismus.

Die Braganza-Verschwörung.

Die von uns in der vorgestrigen Nummer wiedergegebenen Mitteilungen der „Münchener Post“ werden natürlich durch die bayerische Regierung bestritten. Die Münchener offizielle Korrespondenz Hoffmann meldet: Die „Münchener Post“ hat im Zusammenhang mit dem hiesigen Aufenthalt des Königs Manuel von Portugal angebliche Enthüllungen über ein bayerisch-portugiesisches Komplott zur Wiederherstellung der Monarchie in Portugal gebracht, in das Ihre königliche Hoheit Herzogin Maria Josepha in Bayern verwickelt und Ministerpräsident Frhr. v. Hertling eingewickelt sein soll. Die Nachricht, die schon bei ihrem Erscheinen von den meisten Blättern als unwahr erkannt wurde, ist frei erfunden.

Das Dementi ist noch einseitiger, als die Dementis der „Nordd. Allgem. Bzt.“ Was ist frei erfunden? Die Nachricht, daß ein Komplott gegen die portugiesische Regierung besteht? Daß an diesem Komplott die Herzogin Maria Josepha beteiligt ist — oder daß Frhr. v. Hertling etwas von der Sache weiß?

Im übrigen hält die „Münchener Post“ ihre Behauptungen in vollem Umfange aufrecht. Nach einem uns zugegangenen Telegramm schreibt sie in ihrer gestern abend erschienenen Nummer u. a. folgendes:

„Wir erwarten eine offizielle Klage, dann werden wir den Wahrheitsbeweis für unsere Mitteilung und noch für manches andere erbringen. Von der ersten Manipulation bis zur Reise des unschuldigen Touristen Manuel nach Posenhofen werden wir so manches beweisen können. Also heraus mit der offiziellen Klage. Das Schwarzgericht wird eine interessante Schaustätte werden.“

Das erwähnte Telegramm berichtet ferner, daß man sich auch in Kreisen, die der Sozialdemokratie durchaus fernstehen, nämlich in den Kreisen des Colonen Münchens, von dem Lieblingsgedanken der Herzogin Maria Josepha erzählt, die Wiederherstellung der Braganza-Dynastie in Portugal durchzuführen. Es dürfte ferner ein offenes Geheimnis sein, daß die militärischen Operationen der Obersten Conciro und Almeida mit bayerischem Gelde durchgeführt wurden.

Eine neue Kirchengemeindeordnung für Bayern.

In einer Doppelsitzung wurde am Mittwoch in der bayerischen Abgeordnetenkammer die Kirchengemeindeordnung zum Abschluß gebracht. Das Endergebnis war: Annahme mit 63 liberalen, bauerbündlerischen und konservativen gegen 40 liberale und sozialdemokratische Stimmen.

Alle sozialdemokratischen Anträge wurden niedergestimmt, so sehr sich die Genossen Lammernann, Schnepfenhorst, Sühheim und Söcker bemühten, die Rechte der Kirchengemeinde zu stärken. Der Kultusminister hielt es nicht mehr für notwendig, Aufklärung zu geben. Die Anfrage Söckers, was denn unter „unkristlichem Lebenswandel“ zu verstehen sei, der die passive Wahlbarkeit ausschließt, blieb von Herrn v. Knilling unbeantwortet, und als Schnepfenhorst auf diese „Unhöflichkeit“ hinwies, kam es zu einem Zusammenstoß. Knilling rebete sich dann darauf hinaus, daß er der Entscheidung des Verwaltungsrats nicht vorzugreifen wolle, was diese vom Ausschuh beschlossene Fassung bedeute. Erst macht man Gesetze, welchen Sinn sie aber haben, wird man später erfahren.

In einige Verlegenheit brachte Casselmann den Minister. Er erinnerte daran, daß Herr v. Hertling als Reichstagsreferent seinerzeit dem Konfordat den Vortrang vor dem Religionsdekret der Verfassung eingeräumt habe, also sich grundsätzlich gegen die Verfassung erklärte. Heute spiele er sich dagegen als Hüter der Verfassung auf, die er prinzipiell nicht anerkenne. Herr v. Knilling versicherte, er persönlich stelle die Verfassung über das Konfordat, und die Meinungen des Reichsrats v. Hertling habe er nicht zu vertreten.

Auch ein Diener des Herrn.

In ihrer Auffassung, daß es das Los des Proletariats sei, zu darben und zu entbehren, stimmen die Geschickten und Geschorenen völlig überein. In dem evangelischen Kirchenblättchen der Gemeinde Eilen-Land, das von einem Pastor Paul redigiert wird, heißt es:

„Nach dem Vaterunser dürfen wir Gott um das „tägliche Brot“ bitten — wohlgerne, nicht um einen „tägliden Eraten“. Das Brot ist das einfachste, aber auch das wertvollste Nahrungsmittel. Mit Brot allein kann der Mensch sich stützen, vom Brot und Wasser leben. Und während man sonst aller Redereien und

Wortspielen bald satt wird — des Brotes wird man nie überdrüssig; immer wieder schmeckt es von neuem. Darum sprachen unsere Väter vom „lieben Brot“, wie eines ihrer Sprichwörter lautet: „Man soll das liebe Brot nicht mit Fäßen treten.“

In dieser Sonat erzählt der Gottesmann weiter, daß man sich an den Erzeugnissen, die der Weltverlohr zu uns bringt, leicht den Geschmack verdirbt, daß mancher Bettelmann mit dem Stück Brot, das man ihm reicht, nicht zufrieden ist und es wohl gar wegwirft, und daß, wer in der Jugend an Einsamkeit im Essen und Trinken gewöhnt wird, später leicht „das Bessere“ entbehren kann. Schließlich erinnert der hochwürdige Herr „unser heutiges vielfach so vermögendes und unzufriedenes Geschlecht“ an die Mahnung des Apostels: „Wenn wir Nahrung und Kleider haben, so laßt uns genügen“.

Ein würdiger Herr, dieser Pastor Paul. Die Geistlichen der evangelischen Kirche lagen so oft über die zunehmende Ungläubigkeit der Massen und ernstliche Beobachter prophegeien sogar einen „religiösen Bankrott der evangelischen Kirche“; aber worin zu einem wesentlichen Teil dieser Niedergang besteht, das wollen die Herren nicht einsehen: nämlich, daß so viele der evangelischen Geistlichen sich als staatlich angestellte geistliche Bedarmen betrachten, während ein anderer Teil seinen Beruf gründlich verfehlt hat — das heißt gar „mancher durch Stipendien und gute Fährsachen zum Pharos geworden ist, der seiner Begabung nach sich weit besser zum Sakaien eignet.“

Die sozialdemokratische Mehrheit im Rudolstädter Landtag.

Auf eine Eingabe des Kriegerverbandes Knyffhäuser, die bedürftigen Veteranen von der Einkommen- und Kommunalsteuer zu befreien, beschloß der Landtag in der Sitzung vom 13. September einstimmig, allen Veteranen, die weniger als 900 M. steuerpflichtiges Einkommen haben, alljährlich 10 M. Ehrensold zu gewähren. Der Landtag war der Meinung, daß die Eingabe des Kriegerverbandes voll begründet und es dringend nötig sei, die bedürftigen Kriegsveteranen des Fürstentums von der Zahlung der Einkommensteuer zu befreien. Die Befreiung von der Kommunalsteuer sei Sache der Gemeinden. Im Hinblick auf das Wahlgesetz ist aber ein Betrag der Einkommensteuer unzulässig, da die Ausübung des Wahlrechts an die Zahlung von direkten Steuern gebunden ist, folglich sei es Sache des Reichs, mehr für diejenigen zu tun, die für das Vaterland Gut und Blut geopfert haben. Der beschiedene Betrag könne nur als Anerkennung, nicht als Unterstützung angesehen werden.

Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Fleischteuerung nach langer Debatte angenommen. Der Vertreter im Bundesrat soll aufgefordert werden, sich für eine sofortige Einberufung des Reichstages zu verwenden. Die finanzielle Unterstützung der Gemeinden soll aus laufenden Mitteln genommen werden. Eine eventuelle Staatsüberschreitung in diesem Punkte wurde im voraus genehmigt. Die Unterstützung der Gemeinden soll darin bestehen, daß bei Bezug von ausländischem Fleisch die Regierung die Frucht und eventuell auch den Hohl trägt.

Kronprinz und Kientopp lassen exerzieren.

Unter dem Titel „Der Kronprinz hatte die Gnade...“ wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Saarbrücken geschrieben: „Das hiesige Passagier-Mino lümdigt in der Mittwochsnnummer der Saarbrücker Zeitungen einen Film „Unser Kronprinz als Leibhufar“ als Attraktion an. Nachdem die Reihenfolge der Bilder angegeben, darunter auch: „Der Kronprinz springt über einen Wassergraben“, heißt es wörtlich: „Seine kaiserl. Hoheit hatte die Gnade, vier Stunden lang für diese Aufnahme exerzieren zu lassen“. — Und die Husaren hatten das „Vergnügen“ und der Filmfabrikant und die Kinosbesitzer machen ihr Geschäft dabei, und der deutsche Michel erfährt bei der Gelegenheit, zu was man Husaren hat.“

Soweit wir unterrichtet sind, findet sich in den zahlreichen Dienstvorschriften für die Kavallerie nicht eine einzige Stelle, die Exerzierübungen vor dem Kinematographen vorseht. Auch die erst vor kurzem neu bearbeitete und herausgegebene Reitvorschrift kennt diesen allerneuesten Dienstzweig nicht. Immerhin ist das Kinoexerzieren der kronprinzlichen schwarzen Husaren nicht die erste Erscheinung dieser eigenartigen „Erziehung zur Kriegstüchtigkeit“, die nebenbei bemerkt die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie angeblich unmöglich macht. Vor kurzem haben einige Schwadronen Garde dragons mit ihren königlichen Dienstpferden Bihotos wilde derwogene Jagd für das „vaterländische“ Schauspiel „Theodor Körner“ mimen müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird wohl so „ungnädig“ sein, den Kriegsminister zur Aufhebung über diese Verwendung eines Kavallerieregiments für die Profitinteressen der Filmfabrikanten zu zwingen. Als stärkste Fraktion laden wir den kronprinzlichen Regimentkommandeur ein, der betreffenden Reichstagsfraktion in der Hofloge beizutwohnen.

Prozess Knittel in zweiter Auflage.

Im Prozeß gegen den Amtsrichter Knittel-Kybnitz hat der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil der Reichsobersten Revisionskammer Revision eingelegt. Der „Kreuzzeitung“ zufolge haben sich Hauptmann Kammer, Oberleutnant Freyherr v. Weinghoff und Generalmajor v. Windheim dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen.

Ein Polizeipräsident als Protektor der Wuchertarife mehrheit von 1902.

Der kaiserl. Kreisdirektor und Polizeipräsident von Mülhausen i. E., Herr v. Kzewinski, hat durch Verfügung vom 10. d. M. die nachgesuchte Genehmigung zur öffentlichen Verteilung (auf Straßen und Plätzen) eines gegen die Lebensmittelteuerung gerichteten Flugblattes verweigert und zwar, wie es in dem Bescheide heißt, „wegen der Stellen, welche den gesetzgebenden Faktoren Rechts- und Verfassungsbruch vorwerfen“. Es handelt sich um das bekannte Flugblatt: „Frauen und Männer des arbeitenden Volkes! Auf zum Kampf gegen die Teuerung!“ worin es Eingang heißt in der Nacht zum dritten Abendsonntage des Jahres 1902 sei es mit Hilfe von Reichstags-, Verfassungs- und Gewalttäten aller Art der aus Konservativen, Nationalliberalen und Zenträleren gebildeten Volkswucherehrheit des Reichstages gelangen, einem Postaristengesetz zu verfallen, der die bis dahin geltenden Zollsätze auf landwirtschaftliche Erzeugnisse der verschiedensten Art in der unglaublichsten Weise in die Höhe schraubte.

Der Polizeipräsident, der sich schützend vor die Volkswucherehrheit des Reichstages von 1902 stellt, hat gerade noch gefehlt... Herr Polizeipräsident v. Kzewinski, der diese Verfügung erteilt, ist der Nachfolger des nach dem bekannten Mülhäuser Konflikt zwischen Bismarck und Militärbehörden nach Straßburg verlegten Polizeipräsidenten Diekmann, der wegen seiner Gestattung der sozialdemokratischen Wahlrechtsungänge mit Kronmüllern und Claqueurs in früheren Jahren von der blau-schwarzen Presse so wütend angegriffen worden war. Der neue Herr Polizeipräsident für Mülhausen i. E. scheint nach diesem Maß die freudige Begrüßung, die

seine Verlegung nach Wülhausen sofort in der Zentrumpresse
erfuhr, durch die Lat redifertigen zu wollen.

Das von der Polizei so mißfällig aufgenommene Flugblatt
wird vom sozialdemokratischen Kreisverein Wülhausen nun natürlich
in den Häusern verbreitet und nach dieser polizeilichen Kellame
wohl mit doppeltem Interesse gelesen werden.

Partellregister.

Der Reichskanzler hat die Handelsvertretungen ersucht, dem
Reichsamt des Innern bis zum 20. Oktober über die im Bezirk vor-
handenen Kartelle und Syndikate zu berichten. Auch über Verände-
rungen der bestehenden Kartelle und deren Organisation, wie zum
Beispiel über ihre Erdschen, anderweitige Zusammensetzung, Statuten-
änderungen, Maßnahmen, die den Markt betreffen usw., soll fort-
laufend dem Reichsamt des Innern unmittelbar Anzeige erstattet
werden.

Die Ereignisse in der Türkei.

Konstantinopel, 13. September. Der Minister des Aeußeren
dementiert die Blättermeldung, daß die Friedensver-
handlungen zwischen der Türkei und Italien am Vairams-
feste unterzeichnet werden würden. Die Vorbesprechungen
nähmen einen solchen Verlauf, daß man einen günstigen
Ausgang annehmen könne, doch seien sämtliche Ver-
öffentlichungen über die Verhandlungen einfache Vermutungen,
da die Vorbesprechungen zwischen beiden Ländern vollkommen
geheim gehalten würden.

Die Beziehungen zu Bulgarien.

Konstantinopel, 13. September. Eine offiziöse Note er-
kärt gegenüber den beunruhigenden Nachrichten in einem Teil der
auswärtigen Presse über die Beziehungen zwischen der Türkei und
Bulgarien folgendes: Die Beziehungen zwischen dem Kabinett in
Sofia und der Porte sind getragen von dem Geist des Vertrauens
und der Verlässlichkeit. Dank dieser günstigen Stimmung ist zu
hoffen, daß die zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen,
selbst gewisse Fragen ökonomischer Art, bald in für beide Länder
befriedigender Weise geregelt werden.

Eine aus türkischen und bulgarischen Offizieren gebildete Kom-
mission hat den Auftrag erhalten, den Zwischenfall an der Grenze
bei Karatepe zu untersuchen.

Frankreich.

Die Verlegung der Flotte ins Mittelmeer.

Paris, 13. September. Ueber die Konzentrierung der
französischen Seestreitkräfte im Mittelmeer äußerte der
ehemalige Befehlshaber des Mittelmeerflottenkommandos, Vizeadmiral
Germine, zu einem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ u. a.
folgendes: Die Behauptung, daß Frankreich damit nur den Zwecken
Englands diene, ist unrichtig. Frankreich muß seine Verbindungen
mit der Küste der Provence und der algerisch-tunesischen Küste unter
allen Umständen aufrecht erhalten können. Es verteidigt also mit
dieser Maßnahme seine eigenen Interessen um so besser, wenn
wir zwei Fliegen mit einem Schlag treffen und auch den
Interessen der englischen Verteidigung dienen. Im
Falle eines Krieges zwischen Deutschland und England oder den
Mächten der Triple-Entente und des Dreibundes wird sich im
Norden eine ähnliche Situation ergeben, indem England durch
die Verteidigung seiner Küste gegen die deutschen Seestreitkräfte
auch die Sicherheit für unsere westlichen und nördlichen Häfen ver-
bürgt. Die Rolle der französischen Marine im Norden muß darin
bestehen, daß sie jeder feindlichen Flotte den Zugang zum Kanalkanal
verwehrt. Ich gehe weiter und spreche es als meine persönliche
Meinung aus, daß England und Frankreich den Kanalkanal
mit Recht als englisches und französisches Ge-
biet ansehen und im Falle einer Kriegserklärung sofort den
neutralen Mächten das Verbot der Schifffahrt durch den
Kanalkanal bekanntgeben. Auf diese Weise wird man genau
wissen, mit wem man es zu tun hat. Es ist dies eine elementare
Verteidigungsmaßnahme und ein unzweifelhaftes Recht der Kriegs-
führenden.

England.

Europäischer Kulturfortschritt.

Man schreibt uns aus London: Die englischen bürgerlichen
Blätter registrieren trocken die Nachricht, daß die englische
Regierung an die Regierung der Schweiz die Forderung gestellt hat,
den Führer der ägyptischen Nationalisten Farid Bey,
der von einem anglo-ägyptischen Gerichtshof in Kairo wegen einer
gegen die englische Okkupation gerichteten Rede zu 6 Monaten Ge-
fängnis verurteilt worden ist, auszuliefern. Farid Bey war
zuerst nach Konstantinopel geflüchtet, um unter den Fittichen der
barbarischen Türken Schutz vor den politischen Verfolgungen der
auf ihre Gewissensfreiheit so hohen Werten zu finden. Allein die
englischen Spürhunde hatten ihn bald aus der Türkei fortgeführt,
und er hoffte in der kleinen schweizerischen Republik ein Asyl zu
finden. Es ist nicht sehr lange her, daß sich die Schweiz und Eng-
land vor der Natur und der Vorsehung vor der übrigen Mensch-
heit bevorzugt glaubten, und mit Stolz auf ihre Berge blickten, das
Meer verließen, die sie von den Stätten der Reaktion absonderten.
Jetzt werden wir bald sehen, wie die freie Schweiz dem freien
England Ehrendienste leistet, um einen für die Freiheit seines
Landes kämpfenden Orientalen den Kreaturen der Ritzgeness in die
Hände zu liefern.

Aus der Partei.

Parteilag und Postbehörde.

In der „Täglichen Rundschau“ findet sich folgende Beh-
nottig:

„Wie aus Chemnitz, dem Versammlungsort des dies-
jährigen sozialdemokratischen Parteitag, gemeldet wird, ist die
Postbehörde, von ihrer bisherigen ablehnenden Haltung den
sozialdemokratischen Parteitagen gegenüber abgekommen und hat
für den diesjährigen Parteitag ein sogenanntes „Kongress-
Postamt“ bewilligt. Bekanntlich werden von der Postverwaltung
zu allen größeren Tagungen besondere Postämter eingerichtet,
um den Telegramm- und Telephon- sowie den Briefpostverkehr,
den solche Tagungen im Gefolge haben, bequemer bewältigen zu
können. Dem sozialdemokratischen Parteitag aber wurde all-
jährlich ein solches Postamt zugeteilt mit dem Hinweis darauf,
daß es sich um eine politische Veranstaltung handle. Von sozial-
demokratischer Seite wurde demgegenüber schweigend, daß zum
Beispiel auch für den deutschen Katholikentag, der doch gewiß
ebenfalls eine politische Veranstaltung sei, stets ein besonderes
Postamt eingerichtet wurde und dieses Postamt sogar Stempel
mit der Aufschrift „Deutscher Katholikentag“ geführt habe. Dar-
auf wurde von der Postverwaltung erwidert, daß die Tendenz
der deutschen Katholikentage doch wesentlich verschieden von denen
der sozialdemokratischen Parteitage seien und auch weiterhin die
Errichtung besonderer Postämter verweigert, wodurch vor allem
gelegentlich der beiden Parteitage in Jena allerhand Unbillig-
keiten zutage traten. Nur die Parteitage im Königreich Bayern
hätten sich eines Entgegenkommens der bayerischen Postver-
waltung zu erfreuen, und auch auf dem sozialdemokratischen
Parteitag in Leipzig hatte man einige Postbeamte hingeschickt, die
wenigstens den Briefverkehr regeln, von besonderen Telephon-
und Telegraphenanlagen jedoch absehen. Jetzt ist man von

dieser Haltung abgekommen. Denn für die Dauer des dies-
jährigen sozialdemokratischen Parteitages tritt eine Doppelpost-
ankunft im Kongresssaal selbst in Tätigkeit. Für die Abwicklung
des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs wurden umfassende Vor-
kehrungen getroffen und zahlreiche Sprechstellen eingerichtet.
Die „Chemnitzer Volksstimme“ bemerkt hierzu:

„Es ist richtig, daß während des Kongresses im „Wintergarten“
eine Zweigpostankunft eingerichtet ist. Unwahr ist hingegen die Be-
hauptung, daß das anderwärts verweigert worden wäre. In
München und Leipzig ist es ganz genau so gewesen, wie es in
Chemnitz sein wird. Unsere Partei hat an der Errichtung einer
solchen Anstalt ein sehr geringes Interesse. Zu neun
Zehntel kommt sie den Bedürfnissen der bürgerlichen Journalisten
entgegen. Wenn die Partei trotzdem erhebliche Mittel für einen
solchen Zweck aufwendet, so geschieht das in dem weitestgehenden
Maße, der und eigen ist, und zur Erleichterung des Dienstes der journalis-
tischen Arbeiter — denn auch die große Masse der Berichtshalter
sind nichts anderes als Arbeiter, die von ihrer Hände Wert meist
mehr schlecht als recht leben. Wenn man durch so plumpe Sperei
der Postbehörde ihr Entgegenkommen an die Bedürfnisse des Ver-
trages zu verkleinern sucht, so läßt uns das sehr kalt; die
bürgerliche Presse schneidet sich nur in das eigene Fleisch. Aber
freilich, welche Dummheit wäre den Reichsverbändlern zu schlech-
ten, wenn sie der Arbeiterbewegung ein auszuweichen glauben.“

Zum Fall Nadel.

Am Montag sandte uns Genossin Rosa Luxemburg eine
Zuschrift zum Fall Nadel. Da wir der Ansicht sind, daß diese
Zuschrift sich sehr wenig zur Diskussion vor der deutschen Partei-
öffentlichkeit eignet, erwiderten wir Genossin Luxemburg, ihre Abwehr
in der „Bremer Bürgerzeitung“ zu veröffentlichen, die mit großem
Eifer eine Kampagne für Karl Nadel führt. Genossin Luxemburg
sandte darauf ihre Einwendung an unser Bremer Parteiblatt. Dieses
sah sich jedoch nicht veranlaßt, der Zuschrift der Genossin Luxemburg
Raum zu geben. Wir fühlen uns deshalb nunmehr, wo Genossin
Luxemburg ihren Wunsch wiederholt, ihr als der in Deutschland
bekanntesten Vertreterin der Sozialdemokratie Polens und Litauens
die Möglichkeit zu verschaffen, zur Abwehr gegen sehr heftige An-
sprüche zu Wort zu kommen. Genossin Luxemburg schreibt:

Blinder Eifer.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ beobachtet im Fall Nadel eine
Haltung, der gegenüber man gerade dann nicht schweigen kann, wenn
einem die Interessen und das Ansehen der radikalen Richtung in der
Partei am Herzen liegen. Nummer für Nummer betreiben unsere
Bremer Freunde eine larmoyante Agitation, die den Zweck hat, die
polnische Parteistimmen, die Nadel verurteilt haben, in jeder Weise
berunterzureißen, sie der gewissenlosesten Tendenzgerichtigkeit zu
beischießen, um Nadel in gleichmüßiger Parallele mit Plarzer
Kraus, den Märtyrer seiner Ansichten, hinzustellen. Daß Nadel
seinerseits Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um sich als das
Opfer eines verführten Justizmordes anzugeben, ist menschenlich
verständlich. Daß allerlei getriebene Lieberwürde unter den polnischen Stu-
denten und Emigranten im Auslande, sowie alle Elemente, denen der
polnische Parteivorstand je auf die Pflückerungen getreten ist, ihrer-
seits, von Nadel beflügelt, gern die Gelegenheit ergreifen, um mal
in der Öffentlichkeit ihrer „tieftsten Ueberzeugung“ von der Grund-
schlechtigkeit der Führer der polnischen Sozialdemokratie Ausdruck
zu geben, das ist wiederum nichts Ueberraschendes und kann jemanden,
der die Verhältnisse kennt, je nach dem, nur widerlich oder lächerlich
vorkommen. Besonders rührend wirkt z. B. der feierliche Schwur
des russischen Kronzeugen Nadel's, des greisen Gründers der Sozial-
demokratie Russlands“, Agelrod und seiner Freunde, die uns da er-
zählen, daß in der russischen „Parteigerichtsverfahrenspraxis“ seine
außerordentlichen Gerichte bekannt seien und daß dort alles so schön
„mit weitesten Rechtsgarantien für den Angeklagten“ und
allen Formalitäten ablaufe, beinahe wie wir vor dem eng-
lischen Hause der Lords. Dabei weiß jedermann, der in
den Dingen nicht ganz unbewandert ist, daß gerade
in der Emigrantenwelt der russischen Partei insofern der Fraktions-
kämpfe leider das wildeste Praktikum tobte, wozu die bekannte
Brochüre Martov's, eines der Freunde „des greisen Gründers“
(auch ins Deutsche überetzt) ein andröhnendes Beispiel bildet. Jeder-
mann weiß, daß in jenen Kreisen nicht bloß einzelne, sondern ganze
„angeflagte“ Gruppen und Richtungen ohne ordentliches und ohne
außerordentliches Gerichtsverfahren einfach von einer gegnerischen
Gruppe oder Fraktion in der Hitze des Gefechts für ausgeschlossen
aus der Partei und aller Ehre verurteilt erklärt werden. Hat doch
diese schändliche „Parteigerichtsverfahrenspraxis“, gegen die sich gerade
die polnische Sozialdemokratie seit jeher in schärfster Weise wendet,
zuguterletzt dahin gebracht, daß man den „greisen Gründer“ und
seine Freunde heute fragen muß: wo denn jene russische
Gesamtpartei eigentlich existiere, von der sie reden, und was von
ihr außer Trümmern noch übrig geblieben ist?

Ferner weiß jedermann, der die Verhältnisse kennt, daß die
jetzigen sechs Kronzeugen Nadel's ausgerechnet jene Richtung der
russischen Bewegung vertreten, die Nadel vor zwei Jahren in der
deutschen Parteipresse selbst als die „Liquidatorenrichtung“, d. h. den
äußersten opportunistischen Flügel gekennzeichnet hat. Wer wird sich
wundern, daß diese russischen Genossen gegen die polnische Partei-
leitung den größten Haß empfinden und ihm gern bei jeder Ge-
legenheit Ausdrück verleihen, wenn man weiß, daß die polnischen
Parteilöhner nicht bloß aus der polnischen Bewegung einen starken
Damm gegen die opportunistische Richtung errichtet haben, sondern
auch sie auch, als Mitglieder des russischen Zentralkomitees ge-
holten haben, jene Richtung in Rußland selbst mit harter Faust jahrelang
niederzuhalten, und dadurch in schärfster Gegensatz zu Agelrod und
seinen Freunden geraten sind.

Dies alles gehört zu den wenig erquicklichen Internen der
russischen Bewegung, die in die deutsche Presse hineinzuzerren es
sicher weder lang noch notwendig war. Daß aber ein ernstes
deutsches Parteiblatt auf diese ganze Sache so blindlings hereinfällt
und noch ohne jegliche nähere Kenntnis der Sache und der Verhält-
nisse, einzig und allein auf die Soadardstellung Nadel's hin, sich
berausnimmt, die Führer und Instanzen einer Drubepartei öffent-
lich in schwerster Weise zu verdächtigen — der redaktionelle Leit-
artikel vom 9. d. M. leistet sich in dieser Hinsicht so
ziemlich das Unerhörteste, was man sich vorstellen kann —
das habe ich einfach unverzeihlich. Die „Bremer Bürgerzeitung“
wendet sich mit Recht gegen das Treiben der opportunistischen
Blätter, welche die Person Nadel's partout mit der Göttinger Sache
und überhaupt mit der radikalen Richtung verknüpfen möchten. Es
ist aber dieselbe widerwärtige Taktik von ungelehrter Seite, wenn
unser Bremer Freunde gewaltsam die Radikale Person zur Fahne
des Radikalismus machen wollen. Dabei erledigt sich die Legende
von dem polnischen Märtyrertum Nadel's durch zwei ganz einfache
Tatsachen. Erstens sind die polnischen Wortführer ohne Ausnahme
selbst Vertreter der radikalen Richtung und haben — jeder
einzelne von ihnen — in ihrer Währigen Arbeit in der
russisch-polnischen Bewegung mehr für die Sache des
revolutionären Marxismus geleistet, als zwei Dutzend
Nadel's. Zweitens hat Nadel nie in der polnischen Bewegung
die geringste Rolle als Vertreter irgend einer besonderen Richtung
gespielt, nie an der Bestimmung der Haltung dieser Partei in
prinzipieller und taktischer Hinsicht im geringsten teilgenommen.
Überhaupt ist nie in den brennenden Fragen der Theorie und der
Taktik meines Wissens auch nur ein polnischer Artikel von ihm der
Öffentlichkeit worden. Mir ist nur ein — nicht veröffentlichter — Ar-
tikel Nadel's in einer russischen Streitfrage nachträglich bekannt ge-
worden; es war dies eine Bestätigung der „neutralen“ Geistes-
stimmung, wie sie in Polen von der opportunistischen P. S. im
Gegensatz zu den sozialdemokratischen Genossen praktiziert
wurden. (Der Artikel befindet sich in der Abschrift noch im Besitz
der Redaktion.) Die „tatsächlichen“ Ideen der jüngsten Opposition
Nadel's gegen den polnischen Parteivorstand sind für mich bis jetzt
ein Geheimnis.

Und schließlich ist der „Bremer Bürgerzeitung“ bekannt, daß der
polnische Parteivorstand das zweifelhafte Vergnügen, sich mit der

Radikalen Angelegenheit zu befassen, wiederholt und bringend der
deutschen Partei abzutreten wünschte und nur nach formeller Ab-
lehnung von dieser Seite in den sauren Apfel beißen mußte.

Die Bremer Freunde werden also wohl gut tun, die Sache
etwas ruhiger und vorsichtiger anzufassen. Durch derartig blinden
Eifer nützt man der Sache des Radikalismus nicht, man kann ihr
eher schaden.
R. Luxemburg.

Am Donnerstagabend fand in Bremen eine Versammlung des
Sozialdemokratischen Vereins statt, die sich ausschließlich mit dem
Fall Nadel zu beschäftigen hatte. Nadel ist von dem Parteivorstand
von Bremen auf seine Annahme hin als Mitglied aufgenommen
worden. In der Versammlung fand nun zunächst eine längere Aus-
sprache darüber, ob diese Aufnahme zulässig sei, statt § 2 des Ver-
einstatuts herbeizuführen, wenn der um Aufnahme Nachsuchende
nicht einwandfrei ist. Der Parteivorstand hat die Aufnahme Nadel's
vorgezogen, weil die Nadel nachgefragten Verfehlungen bisher nicht als
erwiesen gelten können.

Der Vereinsvorstand unterbreitete der Versammlung den An-
trag, eine Kommission einzusetzen, die den Fall Nadel zu unter-
suchen habe. Ueber diesen Antrag wurde stundenlang, zum Teil
sehr heftig, debattiert. Die Meinungen waren geteilt; ein Teil der
Redner vertrat den Vorstandsantrag, eine größere Zahl von
Rednern sprach sich sehr entschieden dagegen aus. Ausschlaggebend
für die Beschlußfassung war schließlich die Erklärung des
Parteivorstands, daß der Parteivorstand in Berlin abgelehnt habe,
irgend welche Schritte in der Angelegenheit Nadel zu tun, daß er
aber gleichwohl gedruckte Verichte über die Anklagen gegen Nadel
an die Parteipresse verbannt habe. Dem Parteivorstand wurden
deswegen von verschiedenen Rednern heftige Vorwürfe gemacht.

Schließlich wurde der Antrag auf Einsetzung einer Unter-
suchungskommission mit großer Mehrheit angenommen und eine neun-
gliedrige Kommission gewählt.

Personalien. Zum Parteivorstand für den 18. Reichstagswahl-
kreis (Widau) wählte der Kreisvorstand den bisherigen Gauleiter
der Maurer, Genossen Richard Koch in Leipzig. Voraussichtlich
wird Koch am 1. Oktober sein Amt antreten.

Aus Industrie und Handel.

A. Vorfis.

Raum ist der Festtrübel der Krupp-Jahrhundertfeier verhallt
den das große Grubenunglück auf Gehe Verbringen in scharfer
Dissonanz unterbrach, als schon wieder das 70jährige Bestehen der
Maschinenfabrik A. Vorfis die bürgerliche Presse zu Jubel-
symmen veranlaßt. Man könnte sich diese Feiern gefallen lassen,
wenn sie in erster Linie den Wissenschaften der Technik
und der unermüßlichen geistigen und körperlichen Arbeit
aller daran Beteiligten gelten würden. Aber das Bürgertum
benutzt diese Feiern nur als Anlaß zur Verherrlichung
der Unternehmerinitiative und zur Glorifizierung einzelner „Industrie-
heroen“. Unter Vernachlässigung der sozialen Zusammenhänge wird
der Einfluß individueller Tätigkeit an leitender Stelle über Gebühr
hergehoben. Der persönlichen Tüchtigkeit der Arbeiter und An-
gestellten, die unter den ungünstigsten sozialen und individuellen Be-
dingungen zu ununterbrochener angestrengtester Arbeit gezwungen
werden, gebührt man dabei nicht. Nicht als Mitschöpfer und Mit-
arbeiter nehmen sie an den Feiern teil; nur als Dekoration zur Ver-
herrlichung des Unternehmers sieht man sie gern.

Auch bei der heutigen Feier der Vorfiswerke wird es nicht viel
anders zugehen. Und doch zeigt auch die Geschichte dieses Werkes,
wie sehr der Erfolg eines Unternehmens von allgemeinen, nicht bloß
in der persönlichen Tüchtigkeit des Leiters begründeten Bedingungen
abhängig ist. Mühten doch z. B. noch vor wenigen Jahren die
meisten Maschinen für die Firma aus Amerika bezogen werden, weil
die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie noch nicht so weit ent-
wickelt war. Der Begründer der Firma, August Vorfis —
geboren 1804, gestorben 1854 — genoss in seiner Jugend die ge-
samte in jener Zeit mögliche praktische und theoretische Ausbildung
für seinen Beruf. Nach mehrjähriger Tätigkeit in Berliner
Maschinenfabriken als Bevollmächtigter und „Faktor“ (Betriebschef)
eröffnete er im Jahre 1837 in der Chausseestraße eine eigene Fabrik,
für die er die notwendigen Maschinen und Werkzeuge im eigenen
Betriebe herstellte. In wie höherer und einfacher Weise man damals
noch Arbeitskräfte gewinnen konnte, geht aus folgendem hervor:
An Stelle des mechanischen Gebälges beschaffte sich August Vorfis
zwei Blasebälge, die von Solbaten aus einer in der Nähe befind-
lichen Kaserne betrieben wurden! Anfanglich stellte Vorfis Guß-
waren, Kunst- und Baumguss sowie Schweißens für die im Bau be-
griffene Berlin-Potsdamer Eisenbahn her. Später wandte er sich
mehr und mehr dem Maschinenbau zu. Den größten Er-
folg erwarb er im Lokomotivbau, durch den die Vorfiswerke
Berke Weltruf erlangt haben. 1841 machte die erste Vorfis'sche
Lokomotive auf den Gleisen der Berlin-Anhalter Bahn die erste
Probefahrt. Bis zum heutigen Tage haben mehr als 8500 Loko-
motiven die Fabrihallen von Vorfis verlassen. In Frankreich,
Italien, Spanien, Dänemark, Norwegen, Ostindien, Süd-
und Mittelamerika und Japan haben sie Absatzgebiete gefunden.

Zur Verbilligung der Rohprodukte des ständig wachsenden Be-
triebes errichtete A. Vorfis 1847—1849 in Roabit ein bedeutendes
Eisenwerk, das ein Puddel- und Hammerwerk, sowie ein Stab-
eisen- und Blechwalzwerk umfaßte. Aber auch die Erzeugung von
Roheisen und die Förderung von Rohle wollte er selbst in die Hand
nehmen. So pachtete er bei Wistuhly in Oberschlesien Gruben,
die aber erst sein Sohn Albert Vorfis 1862 in Betrieb brachte.
Zwei Jahre später wurden 2 Hochofen angeblasen und bald darauf
als Vorfiswerk in Oberschlesien (Puddel-, Hammer-, Stabeisen-
und Blechwalzwerk) errichtet, während die entsprechenden Roabit
Anlagen aufgegeben wurden. 1871/72 trat zu den oberschlesischen
Anlagen noch ein Siemens-Martin-Stahlwerk hinzu. Unter Albert
Vorfis herrschte die Fabrik damals jeglichen Eisenbedarfes, Ma-
schinen aller Art und vor allem Lokomotiven. Nach Albert Vorfis's
Tode (1878) führte ein Kuratorium das Werk weiter, bis seine drei
Söhne großjährig geworden, es im Jahre 1894 selbständig über-
nahmen. Mit ihrem Eintritt in die Leitung wurden die Pläne auf
Vergrößerung aufgenommen und in Tegel ein Grundstück für
die 1896 begonnene und 1898 betriebsfertige neue Fabrik erworben.
Nach dem Tode Arnold Vorfis im Jahre 1897 infolge eines Anfalles
in den oberschlesischen Gruben leiten die Brüder Ernst und Konrad
Vorfis das Werk gemeinsam. Es gehört zu den wenigen Groß-
betrieben, die in persönlichem Besitz geblieben sind. Ein Einblick
in den finanziellen Aufbau ist daher vollkommen unmöglich. Aber
der Umfang der Betriebe beweist allein, daß die persönlichen
Gewinne der Inhaber nicht gering sein können. Neben den 8500
Lokomotiven — etwa 450 können jährlich hergestellt werden —
haben die Fabrik weit über 20 000 Dampfessel und Dampfmaschinen
verlassen, dazu in größerer Zahl Kältemaschinen, Kompressoren,
Kolben, Kreisel- und Rammumpfen, hydraulische Pressen,
Apparate für die chemische Industrie sowie große Guß- und
Schmiedestücke (Schiffsteven, Räder, Wellen). Das Vorfiswerk
produziert jährlich 80 000 Tonnen Roheisen, 115 000 Tonnen Roh-
stahl und Puddelrohfähnen und 106 000 Tonnen Raß. Die
Gesamterzeugung der Gruben beträgt etwa 1,5 Millionen Tonnen
im Jahre. In ihm wird besonders der Stahlformguß, die Herstellung
von Kesselblechen und geschweißten Ankerketten betrieben.

Gewerkschaftliches.

Wie der Kapitalismus feste feiert.

Heute findet die Feier des 75jährigen Bestehens der Firma Vorfis in Tegel statt. Es wurden dazu große Vorbereitungen getroffen. Den ganzen Sommer über wurde schon gebaut, gepflastert, ausgebeigelt, gestrichen. Namentlich das letztere in ausgiebigem Maße. Alles was nur dem Auge sichtbar ist, bekam einen neuen Anstrich. Auf dem Hofe wurden Lokomotivkessel, Untergestelle, Röhren, große Guß- und Schmiedeteile sorgsam aufgestellt, damit der „hohe Besuch“ — es sollen verschiedene Minister dabei sein — einen möglichst imponierenden Eindruck bekommt.

Die Feier selbst wird in der Dampfmaschinen-Montage abgehalten. Hier sind fertige Maschinen aufgestellt, Kompressoren, Pumpen, Ketten zum Heben schwerer Lasten. Die Gelenke einiger Ketten sind einen halben Meter lang und wiegen weit über einen Zentner. Dann Lokomotiven. Die Firma hat eine Lokomotive bauen lassen, welche genau der 24. Maschine entspricht, die im Jahre 1842 bei Vorfis gebaut wurde. Die Räder sind von Holz, der Kessel ist mit Holzplatten bekleidet, die durch Messingbänder zusammengehalten werden.

Dieser Maschine ist eine Lokomotive der neuesten Ausführung gegenübergestellt, um zu zeigen, welche Fortschritte die Technik auf diesem Gebiete gemacht hat.

Bei der Feier werden wie üblich Reden geschwungen, so und so viel Hochs ausgebracht, Geschenke ausgeteilt, namentlich an das angestellte Personal, vom Direktor herab bis zur Meißter.

Wie steht's aber mit der Arbeiterschaft?

Die Direktion hat einen Ufas angeschlagen, in dem es heißt:

„Diejenigen Arbeiter, welche an dieser Feier teilzunehmen beabsichtigen, wollen sich bis Montag, den 9. September, mittags 12 Uhr, bei ihrem Meister melden. Nur angemeldete und mit der Teilnehmerkarte versehene Arbeiter können an dieser Feier teilnehmen.“

Am Sonnabend, den 14. September, ruht von morgens 11 Uhr ab der gesamte Betrieb unter Fortzahlung des Durchschnittslohnes bis 3 Uhr.

Die an der Feier teilnehmenden Arbeiter können nach Meldung bei ihrem Meister bereits vor 11 Uhr für die Feier fertig machen. Diejenigen Arbeiter, welche sich nicht an der Feier beteiligen, haben am Sonnabend, den 14. September, das Werk am unteren Ausgang nach der Schöneberger Straße zu verlassen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind Beamte als Ordnungsbestimmte, deren Weisungen Folge zu geben ist.“

Die Betriebsleitung traut dem Frieden mit dem Selbstmelden nicht recht und so wies sie die Meister an, Umfrage zu halten, wer an der Feier teilnehmen will. Bei der Art der Nachfrage glaubte ein Teil der Arbeiter verstehen zu müssen, daß nur der den ausfallenden Lohn ersetzt erhält, der die Feier mitmacht. Das hat verschiedene Arbeiter verleitet, sich an der Feier zu beteiligen. Dann wurde noch ausgesprochen, daß die Arbeiter, die 5 Jahre im Betrieb beschäftigt sind und an der Feier teilnehmen, 3 Tage Urlaub bekommen sollen. Alles das hat aber nicht genügend gezogen. Die Direktion ist demnach mit dem Resultat der Meldungen höchst unzufrieden. Herr Direktor Paschles hat deshalb den Arbeiterausschuß kommen lassen, um diesen zur Teilnahme an der Feier zu bewegen, was aber abgelehnt wurde.

Es ist auch gar zu kleinlich, wie die Firma die Arbeiter behandelt. Erst der Unteroffizierston in dem Aufschlag. Dann aber müssen die Arbeiter bis zur selben Minute arbeiten, wo die Feier beginnt, damit ja der Profit so wenig wie möglich geschmälert wird. Und dann dürfen die Arbeiter im Hintergrund aufgestellt nehmen, um ein paar mal Hoch! und Hurra! zu rufen, um danach still durch eine Hintertür die Fabrik zu verlassen, damit sie nur gar nicht in Berührung mit den honorigen zur Feier erscheinenden Gästen zusammenkommen.

Die Arbeiterschaft hält sich zu gut dafür, sich lediglich als Dekoration gebrauchen zu lassen!

Berlin und Umgegend.

Die herrschende Teuerung und welche Forderungen haben die Straßenbahner an ihre Arbeitgeberin zu stellen?

lautele das Thema einer vom Deutschen Transportarbeiterverband nach den „Konfordia-Sälen“ einberufenen Versammlung, die sehr stark besucht war. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Oswald Schumann übernommen, der in einem etwa 45minütigen Vortrag das Verhalten der Regierung und ihrer Hintermänner in der Frage der Lebensmittelpreiserhöhung geißelte, zu deren Bindeung keinerlei durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Des weiteren wies der Referent auf die Notlage der Straßenbahnangehörigen hin, und bezeichnete es als unverständlich, daß die Straßenbahnunternehmungen noch keinerlei Schritte zur Milderung der außerordentlich großen Teuerung getan hätten, zumal diese Unternehmen doch immer besetzt seien als „wohlwollende Arbeitgeberinnen“ betrachtet zu werden. Es erweckte auch den Anschein, als sei die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn“ schlecht beraten, da es sonst kaum zu verstehen wäre, daß sie nur eine in Teil der Fahrer, nämlich denen, welche länger wie zehn Jahre im Fahrdienst stehen, eine Erhöhung des Kilometergeldes von 20 Pf. für jeden Arbeitstag gewährt habe. Man hätte wohl erwarten können, daß nicht bloß Fahrer mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit, sondern alle Gruppen des Gesamtbetriebes berücksichtigt würden. Als Mißverständige für diese ungerechte Verteilung bezeichnete der Referent die gelben Vertrauensmänner, die den Antrag in der stattgefundenen Konferenz gestellt haben, obgleich sie wissen mußten, daß dadurch nur ein Keil in die eigenen Reihen geschoben würde.

Für die Metallarbeiter sprach hierauf Raub im Sinne des ersten Referates.

Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die besagt, „daß die seit Jahren ständig steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel die wirtschaftliche Existenz der Straßenbahnangehörigen stark gefährden.“

Der von fast allen Ständen schwer empfundene Notstand ist von einer Reihe Arbeitgebern, von fast allen Kommunen, ja sogar von der Regierung als vorhanden anerkannt worden und findet seine Bestätigung in der Gewährung von Lohn- und Teuerungszulagen in einer großen Anzahl von Verufen und Betrieben, sowie in Anträgen an Staat und Kommunen auf Bindeung des bestehenden Teuerungszustandes.

Die Bediensteten der Straßenbahnen Groß-Berlins dürften daher erwarten, daß auch ihre Arbeitgeber diesen außergewöhnlichen Zuständen Rechnung tragen und ihrem Personal eine Teuerungszulage oder eine zeitgemäße Lohnzulage gewähren würden.

Um so mehr dürften sie das erwarten, als die Straßenbahnangehörigen der Öffentlichkeit gegenüber stets mit ihrem „Wohlwollen“ für die Angestellten hervortreten. Die Versammelten nehmen Kenntnis davon, daß die Große Berliner Straßenbahn einem Teil ihrer Angestellten, den über zehn Jahre im Dienst

bestehenden Führern, eine Kilometergeldzulage von 30 Pf. pro Tag gewährt hat.

Sie erklären, daß diese Zulage nur Stückwerk ist, berechnet auf die Zerspaltung der Angehörigen und stellen fest, daß andererseits die Direktion den vorhandenen Notstand zum Teil dadurch anerkannt hat, und fordern im Interesse ihrer Familien und in Rücksicht auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft für alle Angestellten eine durchgreifende Lohnerhöhung.

Dasselbe erwarten die Versammelten von allen anderen Direktionen der Straßenbahnen „Groß-Berlins“.

Die Versammelten beauftragen die Verbandsleitung, diese Resolution den betreffenden Betriebsleitungen auf geeignete Weise zur Kenntnis zu bringen und erklären andererseits, daß sie alle ihre Kräfte bis zum Äußersten anstrengen werden, um die Angestellten der Berliner Straßenbahnen ihrer Berufsorganisation als Mitglieder zuzuführen, um so ihren Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.“

Mit dem Stand der Bewegung im Dachdeckerberuf beschäftigte sich am Donnerstag eine Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter in Willes Festhale, Sebastianstraße. Der Vorsitzende gab zunächst einen Situationsbericht, woraus hervorgeht, daß die Dinge für die Arbeiter sehr günstig liegen. Ungefähr 40 Betriebe haben ihre Arbeiter noch ausgesperrt, ebenso viele Firmen aber haben die Forderungen bewilligt. Die Hilfe, die die Unternehmer durch Arbeitswillige erhalten, ist bedeutungslos. Unter den 60-70 Arbeitswilligen sind höchstens 10 brauchbar. Die Unternehmer sind nicht imstande, einen größeren Teil der Firmen für die Aussperrung zu interessieren, obgleich sie beschlossen haben, alle Dachdecker und Hilfsarbeiter auszusperrn. Viele von den Unternehmern, die jetzt ausgesperrt haben, würden gern bewilligen, wenn nicht das Kartell im Baugewerbe mit allen Mitteln versuchen würde, die Verständigung hintanzuhalten. Gäßen die Dachdecker es nur mit ihren eigenen Unternehmern zu tun, so wäre der Kampf entweder nicht angefangen oder längst beendet worden.

In der anschließenden Diskussion wurde erwähnt, daß die Arbeitwilligen die Arbeit so schlecht ausführen, daß auf einem Bau der amtliche Baumeister dem betreffenden Meister ernste Vorhaltungen machen mußte, da er die Arbeit vor seiner Behörde nicht verantworten könne. Hieraus erklärte der Unternehmer, er werde sich mal mit der betreffenden amtlichen Stelle in Verbindung setzen, um die Sache einzurenken! Ein Redner wies noch darauf hin, daß die Zahl der angeblich vorhandenen 200 Firmen sehr zusammenschmelze, wenn man berücksichtige, daß in manchen Firmen, 2 bis 3 Innungsmeister vertreten seien, die alle einzeln mitgezählt würden. Von einer Erhöhung der Unterstützung für die feiernden Kollegen sah die Versammlung ab. Es wurde ein Beschluß gefaßt, die Bewegung energisch weiter zu führen.

Zu der Berichtigung des Schuppenverbandes der Berliner Kartonindustrie in Nr. 212 des „Vorwärts“ schreibt uns die Organisation: Richtig ist, daß im Versammlungsbericht in Nr. 206 ein kleiner Irrtum in bezug auf die Arbeitszeit enthalten ist. Die von den Fabrikanten zugegebene Arbeitszeit bedeutet keine Verschlechterung, sondern eine Verkürzung der bisher üblichen. Dies wäre auch alles, was zu berichtigen war. Alle anderen aufgestellten Behauptungen treffen nicht zu. 1. handelt es sich nicht bloß um eine Ausrechnung der Akkordpreise unserer Vorlage, sondern dieselbe enthält auch Vorschläge von Seiten der Fabrikanten; 2. ist die Ausrechnung noch vollständig falsch, um möglichst hohe Forderungen der Arbeitnehmer herauszurechnen. Richtig ist, daß von den Unternehmern die Löhne der Bezugsbranche vorgeschlagen wurden, nur sollten Verschlechterungen der bisher gezahlten Löhne vermieden werden. Richtig ist ferner, daß die Arbeitgeber in der Sitzung vom 23. August einen Prozentzuschlag auf die bisherigen Akkordpreise zugehoben wollten, auf dieses Angebot aber in der nächsten Sitzung gar nicht mehr eingegangen. Der ganze Zweck der Richtinstellung sollte doch nur der sein, der haunenden Mitteln zu verkünden, daß die Arbeiter in regulärer Arbeitszeit 50 bis 60 M. verdienen, eine Behauptung, die bei den Akkordarbeitern allgemeine Deutlichkeit hervorgerufen hat. Selbst Fabrikanten können diese Behauptung nicht aufrechterhalten.

Die Ortsverwaltung, J. A.: R. Würzberger.

Achtung, Töpfer, Werkstuhlarbeiter! Die Firma Waldemar Lorenz in Jossen bei Berlin hat ihren sämtlichen Formern gekündigt mit der Motivierung, sie sei dazu durch die schlechten Verhältnisse in letzter Zeit gezwungen. Uns will jedoch scheinen, daß hier andere Gründe vorliegen. Lorenz betreibt seit einiger Zeit die Fabrikation von Chamotteschmelzen. Er hat aus allen Gegenden Formner herangezogen. Da verschiedene Mißstände in der Fabrik bestanden, mußte vor einiger Zeit ein Verbandsvertreter zwecks Abstellung der Mißstände bei Lorenz vorstellig werden, worüber letzterer sehr ungehalten war. Um nun für die Zukunft verschiedenen Mißständen vorzubeugen und weil auch die bisher bezahlten Preise mit den jetzigen teureren Verhältnissen im allgemeinen und denen in Jossen im besonderen nicht in Einklang zu bringen sind, wurde Lorenz ein Lohnantrag zwecks Anerkennung unterbreitet. Am Abend des Tages, an dem Lorenz den Tarif zugestellt erhielt, kündigte er seinen sämtlichen Formern. Wir müssen also annehmen, daß der Grund der Kündigung darin zu suchen ist, daß die Kollegen Forderungen gestellt haben. Lorenz wird nun mit allen Mitteln versuchen, andere Formner heranzuziehen. Wir ersuchen alle Kollegen, Arbeitsangebote von Lorenz vorläufig nicht anzunehmen. Ebenso bitten wir die Arbeiterpresse um Abdruck dieser Notiz.

Fiskale Groß-Berlin des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Papierwarenarbeiter in Ascherleben.

Die Situation hat eine Verschärfung insofern erfahren, als bei der Firma H. C. Westhörn weitere 30 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt haben oder entlassen wurden, nachdem zuvor Verhandlungsergebnisse durch den Organisationsvertreter abgelehnt worden waren. Die Firma arbeitet mit allen Mitteln des Terrorismus, um die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, erreicht damit aber das Gegenteil, denn die Arbeiter und Arbeiterinnen schließen sich nunmehr in Massen der Organisation an, soweit sie ihr noch nicht angehört. Der offene Kampf scheint nunmehr unvermeidlich und werden voraussichtlich am 14. September umfangreiche Kündigungen erfolgen.

Die Hingegarde in Frankfurt a. M.

Bei der Schuhfabrik Goldschmidt u. Loewen, Frankfurt a. M., ist es wegen Lohnabzug zum Streik gekommen. Gelernte Leute konnte die Firma bisher nicht bekommen, nun hat sie durch das Streikbrecherbureau Wittig u. Müller, Hamburg, die Hingegarde bezogen. Diese Leute will die Firma anlernen. Es sind arbeitswillige Fabrikarbeiter, Bäcker und Gelegenheitsarbeiter. Die Firma will anstehendes Material liefern zu einem neuen Anstrichausgleich. Es geht ihr nicht, daß die Polizei sich bei diesem Lohnkampf so verhält, wie man es billigerweise von ihr erwarten kann. Der Direktor der Firma ist bisher mit seinen Schärfmachern bei der Polizei abgehängt und die Streikenden selbst waren bisher vernünftig genug, der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben. Mit den Hingegardern kann die Firma nicht viel anfangen. Sorge deshalb die Arbeiterschaft dafür, daß der Zug von gelehrten Arbeitern ferngehalten wird.

Der Streik der Mainflöher wurde durch einen bis 31. Dezember 1914 gültigen Tarifabschluß beendet. Der Vertrag enthält wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. So wurden die Tagelöhne der Depotarbeiter auf den Holzstapelplätzen in Stadelbach, Rißingen, Waldreit und Dörsenfurt sowie Kothelm, Schierstein, Hombach und Mainz erhöht von 3,50 M. auf 4,25 M., die der Mainflöher von 1,80 M. auf 2,50 M. Außer diesen Löhnen wird freie Kost gewährt.

Der Lohn für die Floßreife ab den vorgenannten Holzstapelplätzen bis nach Mainz erfuhr eine Steigerung von 42 bzw. 88 Pf. auf 48 bzw. 40 M. Die Arbeitsdauer auf den Stapelplätzen zu verkürzen, gelang nicht, jedoch wurde eine achtstündige Nachtruhe für die Floßler auf der Fahrt festgelegt. Wäher erhielten die Leute nur eine durchschnittliche vierstündige Nachtruhe. Ferner erhalten die Floßler zwei freie Sonntage pro Monat. Können die vorgesehene Pausen oder Arbeitszeiten sowie die freien Sonntage nicht innegehalten werden, so wird Überstundenvergütung pro Stunde 60 Pf. gewährt. Wäher erhielten die Floßler nichts. Neben Vorstehendem wurden noch eine Reihe weiterer Zugeständnisse erungen. Am Streik waren beteiligt rund 250 Arbeiter bei vierzehn Firmen, von denen 34 Arbeiter bei einer Firma, die nicht dem Mainflöher-Verbande angehört, bereits seit Anfang der Woche auf Grund eines abgeschlossenen Tarifvertrages die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Floßler gehören der Mitgliedschaft Innenschiffer und Floßler des Transportarbeiterverbandes an.

Ausland.

Oesterreichische Eisenbahner unter Militärgefeß.

Dem Organ der freigewerkschaftlichen österreichischen Eisenbahnerorganisation ist eine Drucksache in die Hände gefallen, die die Regierung in der Staatsdruckerei herstellen läßt, und die nichts weniger enthält, als den Mobilisierungsbefehl für die Eisenbahner, die dem Heere oder der Landwehr angehören. In dieser Mobilisierungsbefehl wird mit als Zweck der Einberufung die teilweise Ergänzung des Heeres bezeichnet, und es wird weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Eisenbahner, sobald sie den Einberufungsbefehl erhalten, unter der militärischen Disziplin- und Strafgesetz stehen. Die Eisenbahner sollen jedoch nicht zum Heeresdienst einberufen werden, sondern sie haben nach Erhalt ihres Einrückungsbefehls ihren gewohnten Eisenbahndienst zu versehen. Dieser Befehl der Regierung, der also für den Fall eines Eisenbahnerstreiks oder einer passiven Resistenz den Widerstand der Eisenbahner durch das dramatische Militärstrafrecht brechen soll, wird von der Regierung deshalb vorbereitet, weil sich unter den Eisenbahnern eine von Tag zu Tag wachsende Erregung bemerkbar macht. — Auf Verreiben der Regierung hat nämlich die Mehrheit des Parlaments in der letzten Session einen von der Budgetkommission bereits bewilligten Kredit von 17 Millionen für Teuerungszulagen usw. abgelehnt. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ macht zu der aufsehenerregenden Enthüllung des Eisenbahnerorgans die Bemerkung, daß in den Heeresgesetzen dem Kaiser wohl das Recht gegeben wird, die Reservisten jederzeit einzuberufen, aber selbstverständlich nur zum Heeresdienst, nicht aber zu Eisenbahnerarbeiten.

Ein neues Gewerkschaftsblatt in Italien.

Vor einigen Wochen berichtete die deutsche Parteipresse von der Gründung eines neuen gewerkschaftlichen Blattes in Italien. Später wurde die Notiz dahin ergänzt, daß es sich um ein Blatt handele, das die Syndikalisten zur Propaganda für ihre Bewegung gegründet hätten. Dieses trifft nun nicht zu. Es handelt sich um die Zeitung „Vattaglia Sindicale“, die von den Zentralverbänden und den Arbeitskammern zu dem Zwecke ins Leben gerufen worden ist, um die syndikalistische Bewegung zu bekämpfen. Die Zeitungen der italienischen Gewerkschaften, die Organe der einzelnen Verbände, erscheinen fast alle nur monatlich und sind infolge dessen nicht in der Lage, diesen notwendigen Kampf mit der Planmäßigkeit zu führen, die in diesem Falle doppelt erforderlich ist, da die Syndikalisten in der „Internationale“ ein wöchentlich erscheinendes Blatt haben, das gegen die Zentralverbände mit vielem Eifer und wenig Gewissen zu Felde zieht. Das Organ der Landeszentrale, ein Blatt von der Art und der Größe unseres „Korrespondenzblattes“ der Generalcommission, das alle vierzehn Tage erscheint, hat natürlich andere Gegenstände zu behandeln und eignet sich darum auch nicht als Kampforgan. Aus diesen Gründen können die italienischen Gewerkschaften zur Gründung dieses neuen Blattes, dem man nur wünschen kann, daß es sich selbst recht bald überflüssig machen möge.

Letzte Nachrichten.

General Rogi durch Selbstmord geendet.

Tosin, 13. September. General Graf Rogi, der Eroberer von Port Arthur, und seine Gattin haben nach der religiösen Zeremonie in Verbindung mit der Leichenfeier für den verstorbenen Kaiser Selbstmord begangen.

Der Nachfolger Dr. Dürhards.

Hamburg, 13. September. (B. Z. B.) Der Senat hat für den Rest des Jahres 1913 und für 1914 Bürgermeister Dr. Schröder zum ersten und Senator Dr. Preußner zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Englischer Besuch.

London, 13. September. (B. Z. B.) Ramsay MacDonald und verschiedene andere der Arbeiterpartei angehörende Mitglieder des Parlaments sind mit einigen Freunden zu einem vierzehntägigen Besuche nach Deutschland abgereist.

Zwei Arbeiter durch Hochofengase getötet.

Duisburg, 13. September. (B. Z.) Heute mittag gegen 1/2 Uhr ereignete sich in der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Duisburg-Weidewich ein bedauerlicher Unglücksfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. In der sogenannten Vorreinigung waren 11 Arbeiter an den Gasleitungen mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Durch giftige Hochofengase, die dem beschädigten Gasometer der Vorreinigung entströmten, erlitten sämtliche Arbeiter Rauchvergiftungen. Den Sanitätskolonnen gelang es, neun der Verunglückten mit Sauerstoffapparaten Hilfe zu bringen. Ein Meister und ein Schlosser verstarben unter den Händen der Rettungsmannschaften.

Großfeuer in einer Meißtstoffabrik.

Budweis, 13. September. (B. Z.) Ein Großfeuer, das heute mittag in der Drechlerei der bekannten Meißtstoffabrik von L. u. C. Hartmuth ausbrach, hat eine verheerende Wirkung ausgeübt. Dem Brande fiel eine Reihe von Gebäuden und eine große Anzahl Maschinen zum Opfer. Erst nach zehnstündiger angestrengter Arbeit gelang es den vereinigten Wehren von Budweis und Umgegend, das Feuer zu lokalisieren. Die Ermittlungen ergaben, daß der Brand auf eine Explosion von Spiritusdämpfen zurückzuführen ist. Der Schaden ist enorm, jedoch durch Versicherung gedeckt.

Gefundene Leiche eines Berliner Lehrers.

Halsstadt, 13. September. (B. Z. B.) In der Nähe der Hirschaule ist die Leiche des Anfang August verunglückten Berliner Lehrers Max Schulz aufgefunden worden.

Doppelmord eines Försters.

Krahan, 13. September. (B. Z.) Der Gutsherr des Dorfes Liloza, Grundbesitzer v. Laßkowitz, wurde gestern von seinem Förster, den er wegen Trunkenheit entlassen hatte, durch mehrere Schüsse aus seinem Jagdgewehr ermordet. Der Mörder lief hierauf in seine Wohnung und erschoss seine Frau, die er im Verhaft hatte, dem Gutsherrn zu seiner Entlassung angeheiratet zu haben. Darauf flüchtete er, stellte sich jedoch heute der Gendarmerie und wurde in das Kreisgericht eingeliefert.

Nochmals unsere Taktik bei der Landtagswahl.

Von Paul Hirsch.

Die Ausführungen von Eduard Bernstein in Nr. 211 des „Vorwärts“ nötigen mich, nochmals das Wort zu ergreifen. Ich beschränke mich in meiner Entgegnung auf einige wenige Punkte, die mir von besonderer Wichtigkeit zu sein scheinen.

Bernstein hält es für möglich, durch die von ihm und Eisner empfohlene Taktik das Stärkeverhältnis innerhalb der bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus wesentlich zu verschieben, er rechnet sogar mit einer Schwächung der konservativ-liberalen Mehrheit um 80 Mandate, allerdings ohne uns die rechnerischen Unterlagen für diese Annahme zu geben. Zunächst bezweifle ich die Möglichkeit, meine Gründe dafür werde ich weiter unten anführen. Aber selbst wenn es in unserer Macht läge, das Gesicht des Dreiklassenparlamentes so zu verändern, so wäre doch die Frage aufzuwerfen, ob wir nicht bei einer solchen Taktik weit mehr verlieren als gewinnen.

Darüber, daß wir unsere Taktik stets den veränderten Verhältnissen anzupassen haben, brauchen wir uns nicht zu streiten, darüber herrscht weder zwischen Bernstein und mir, noch zwischen Parteigenossen überhaupt irgendwelche Meinungsverschiedenheit. Es fragt sich aber, ob sich seit 1908 die Verhältnisse tatsächlich so geändert haben, daß die Voraussetzungen für eine völlig andere Taktik gegeben sind.

Gewiß ist es richtig, daß das Zentrum sich sowohl bei den Wahlrechtsverhandlungen im Jahre 1910 als auch bei der letzten Reichstagswahl als Schutztruppe der preussischen Junker erwiesen hat. Was folgt daraus? Doch nur, daß die Sozialdemokratie für Kandidaten der Zentrumspartei, gleichviel ob mit oder ohne Gegenleistung nicht stimmen kann. Nicht aber folgt daraus, daß wir irgendwelchen Anlaß zur Unterstützung national-liberaler Kandidaten haben. Und um diese allein, nicht aber um die Fortschrittler, handelt es sich für mich. Wir können in Preußen nicht schlechtweg von Liberalen sprechen, sondern wir müssen streng unterscheiden zwischen Nationalliberalen, die kaum in einer Frage, die zur Kompetenz des Landtags gehört, mit uns übereinstimmen, und zwischen Fortschrittler, die wenigstens in der Wahlrechtsfrage ein gut Stück mit uns zusammengehen. Ersteren will ich auf keinen Fall, letzteren unter gewissen Voraussetzungen und bei Leistung von Gegenleistungen unsere Hilfe zuteil werden lassen. In welcher Weise das zu geschehen hat, ob nur in Kreisen mit mehr als einem Abgeordneten oder, wie es Krone neuerdings wieder angeregt hat, über die Wahlkreisgrenzen hinaus durch Vermittelung einer Zentralstelle, das kann vorläufig unerörtert bleiben.

Für die Nationalliberalen zu stimmen, kann man den Sozialdemokraten um so weniger zumuten, als sie durch ihr ganzes Verhalten im Landtage gezeigt haben, daß sie, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nicht weniger als liberal sind. Wo es sich darum dreht, die besonderen Interessen ihrer Partei oder der von ihnen vertretenen Bevölkerungsschichten, vor allem der Großindustriellen, wahrzunehmen, da verstehen sie es, das liberale Rüstzeug aus der Kumpellammer hervorzuholen, da scheuen sie auch, wie z. B. bei der Kanalvorlage und jetzt wieder bei dem Wasserrecht, vor scharfen Auseinandersetzungen mit den Konservativen nicht zurück, da gibt es ein heftiges Ringen zwischen Schlotjunkern und Krautjunkern. Auch gegen das Zentrum haben die Nationalliberalen manch' schöne Attacke geritten. Aber man lasse sich doch durch liberale Phrasen von Freiheit, staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und dergleichen

nicht blenden. Wenn die Nationalliberalen von Freiheit reden, dann meinen sie damit freizeitleiche Befehle für ihre Klasse, für die Klasse der Besitzenden, und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung ist für sie mit dem Augenblick erungen, wo der Adel in der Verwaltung durch einige Seldsakaristokraten ersetzt ist. Aber wo und wann sind die Nationalliberalen im preussischen Landtage für die Freiheit der Arbeiter, wo und wann sind sie für die Gleichberechtigung der Enterbten eingetreten? Etwa als ihr Staatsredner dem Sebnen seiner Freunde nach dem Schug der Arbeitswilligen Ausdruck gab und gegen die freien Gewerkschaften vom Leder zog? Oder als ihr Führer bei Besprechung der Interpellationen über den Bergarbeiterstreik der Regierung den „Dank des deutschen Volkes“ für die Requirierung von Militär aussprach und sich gegen die Vermittelung seitens der Regierung bei Streits wandte? Oder gar bei Beratung der verschiedenen Gesetzentwürfe der letzten Jahre, vor allem bei Beratung der Wahlrechtsvorlage?

Gerade die Verhandlungen der Wahlrechtsfrage sollten uns eine Lehre sein, wessen wir uns von den Nationalliberalen zu gewärtigen haben. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre, bekämpften sie das Wertvollste der Vorlage, die von der Regierung vorgeschlagene Maximierung, d. h. die Nichtanrechnung der den Betrag von 5000 M. übersteigenden Steuersumme, und propagierten sie die Drittelung über die Gemeinde. Das ist freilich nicht zu leugnen, daß sie neuerdings für die geheime und direkte Wahl eintreten. Aber es ist noch gar nicht so lange her, da forderten sie nicht einmal die geheime Wahl, obwohl hierfür auch das Zentrum seinem Programm entsprechend hätte stimmen müssen. Wenn sich die Nationalliberalen heute zu der Forderung der geheimen Stimmabgabe emporgeschwungen haben, so nicht, weil sie liberaler geworden sind, sondern weil wir sie durch unsere von den Gegnern als Terrorismus bezeichnete Taktik dazu gezwungen haben. Das sollte für uns zugleich ein Beweis dafür sein, daß wir durch rücksichtslose Ausnutzung unserer Macht weit mehr erreichen, als durch eine Politik des Entgegenkommens.

Eine wahrhaft liberale Politik ist von den preussischen Nationalliberalen nicht zu erwarten, und gerade auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulgesetzgebung, auf das Bernstein hinweist, haben sie ja so gut wie versagt. Dem anders als den Nationalliberalen ist es zu verdanken, daß die konfessionelle Volksschule jetzt gesetzlich festgelegt ist? Daran, daß eine Stärkung der Linken, eine Stärkung der Nationalliberalen durch uns, eine Kräftigung ihrer politischen Haltung nach sich ziehen muß, glaube ich nicht. Das würde den völligen Bruch mit ihrer Bergangeheit bedeuten. Auch in Zukunft werden die Nationalliberalen für Ausnahmegesetze zu haben sein, genau so wie sie heute an erster Stelle im Kampfe für eine ausnahmegesetzliche Behandlung der Polen stehen. Auch in Zukunft werden sie Polizeigesetze à la lex Krone zustimmen, auch in Zukunft werden sie die Geschäfte des Großkapitals betreiben und sich um die Interessen der Arbeiter nicht kümmern.

Obwohl ich hiernach das Eintreten der Sozialdemokratie für Nationalliberale prinzipiell verwerfe, will ich doch untersuchen, ob wir durch die Eisner-Bernsteinische Taktik die Machtverhältnisse im Abgeordnetenhaus wesentlich verschärfen können. Ich nehme als Unterlage die amtliche Statistik der letzten Landtagswahlen, nur daß ich zwischen Konservativen und Freikonservativen nicht unterscheidet.

Im Bezirk Königsberg, wo 2 Zentrumsleute und 9 Konservative gewählt sind, waren Gegenkandidaten seitens der Fortschrittler nur aufgestellt in Labiau-Wehlau, sie brachten es nur auf 66, die Konservativen auf 256 Wahlmänner. Daß wir mit unseren Wählern, deren Zahl ganze 30 betrug, das Resultat bei der nächsten Wahl beeinflussen

können, wird wohl selbst der stärkste Optimist nicht zu behaupten wagen.

Im Bezirk Gumbinnen sind gewählt 8 Konservative und 1 Nationalliberaler, meist ohne Gegenkandidaten, und der einzige Nationalliberale sogar nur durch ein Kompromiß mit den Konservativen. Gegenkandidaten hatten die Fortschrittler aufgestellt in Lillit, wo sie den vereinigten konservativ-Nationalliberalen unterlagen (339 gegen 140), in Gumbinnen, wo sie 82, die Konservativen 355 Wahlmänner zählten.

Noch weniger vermögen wir auszurichten im Bezirk Allenstein, wo ohne Gegenkandidaten 6 Konservative und 2 Zentrumskandidaten gewählt wurden.

Im Bezirk Danzig standen den 6 dort gewählten Konservativen allerdings Kandidaten gegenüber, aber eine nennenswerte Zahl von Wahlmännern brachten die vereinigten Fortschrittler und Nationalliberalen nur in Danzig auf, einem Kreise, der schon früher liberal vertreten war und den vermutlich aus eigener Kraft die Liberalen das nächste Mal den Konservativen wieder entreißen werden.

Im Bezirk Marienwerder, wo 9 Konservative gewählt sind, handelt es sich weniger um Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen, als um Gegensätze zwischen Deutschen und Polen. Das Gleiche gilt für die Provinz Posen und den Bezirk Bromberg. Hier stehen die Deutschen — abgesehen von den Sozialdemokraten — den Polen gegenüber, einige Kreise sind den Liberalen überlassen, und als Gegenleistung stimmen diese in anderen für die Konservativen.

Wenden wir uns zur Provinz Brandenburg, so haben wir zunächst den Bezirk Potsdam mit 17 Konservativen und 3 Fortschrittler. Den Konservativen standen in einigen Kreisen fortschrittliche Kandidaten gegenüber, die es aber nur auf wenige Stimmen brachten. So zählten wir in Muppig-Templin 339 konservative und 45 fortschrittliche, in Prenzlau-Angermünde 377 konservative und 38 fortschrittliche Wahlmänner. In diesem Bezirke könnten wir der Reaktion entreißen Oberbarnim und Niederbarnim, wo die Konservativen sich mit den Fortschrittler in die Mandate geteilt haben, Westhavelland und Teltow-Beeskow. In diesen drei Kreisen aber ist die sozialdemokratische Stimmenzahl so groß gewesen, daß wir ein Anrecht auf Abtretung je eines Mandats haben. Hier ohne Gegenleistung für die Fortschrittler zu stimmen, liegt wahrhaftig kein Anlaß vor, und ich glaube, auch Bernstein wird das nicht wollen. Im Bezirk Frankfurt weisen die 14 Konservativen überall gewaltige Mehrheiten auf. Ausblicksvoll erscheint hier nur die Eroberung von Stottbus-Spremberg-Stalau, allerdings nicht für uns, sondern für die Liberalen.

Auf die Verdrängung der Konservativen aus Pommern, wo sie, mit Ausnahme des einen Stettiner, sämtliche 25 Mandate innehaben, ist, wie die Statistik lehrt, unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems nicht zu rechnen. Alle diese Mandate gehören zum sicheren Besitzstand der Konservativen und werden ihnen meist kampfslos überlassen.

Im Bezirk Breslau sind bei der letzten Wahl 18 Konservative und 7 Vertreter des Zentrums gewählt. Entweder standen ihnen keine oder nur Pöhlkandidaten gegenüber. Eine Ausnahme macht die Stadt Breslau, die durch ein Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Liberalen den vereinigten konservativ-liberalen entrißen werden kann. Hier gilt das gleiche, wie für Ober- und Niederbarnim, Westhavelland und Teltow-Beeskow. Wir haben Anspruch auf ein Mandat und sollten es fordern.

Interessant ist ein Blick auf die Ergebnisse im Bezirk Diegnitz. Hier haben dieselben Nationalliberalen, für deren Unterstützung die Sozialdemokratie mobil gemacht werden soll, Bündnisse mit den Konservativen gegen die Fortschrittlichen geschlossen. Wir mühten sie also in dem einen Kreise bekämpfen und im Nachbarkreise für sie eintreten.

Kleines feuilleton.

Kunstmodelle und Modellbörse. Kein Bildhauer, kein Maler kann des Modells entbehren: sei dies die tote Materie, sei es Tier oder Mensch. Das menschliche Modell ist freilich das bevorzugteste, weil vollendetste unter allen — und dennoch wird von seinem Anteil am Bildwerk am wenigsten gesprochen. Sehr zu unrecht. Es ist doch gar nicht so ausgemacht sicher, daß uns die Werte berühmter griechischer Meister überlebenswürdig wären, wenn ihnen nicht menschliche Vorbilder von idealer Körperlichkeit vor Augen gestanden hätten. Unserer Gegenwart blieb es vorbehalten, dem Modell als Arbeiter einige soziale und ökonomische Daseinsbedingungen zuzubilligen. Soeben gehen jetzt die Berliner Künstler daran, behufs Regelung der Modellangelegenheiten eine förmliche Modellbörse zu eröffnen. Hiermit tritt Berlin in die Reihe jener Städte, die wir als Kunstzentren bezeichnen. Denn für ausgeprägte Modellschöpfung, wie München, Paris, Rom ist die Modellbörse längst eine ebenso charakteristische wie alltägliche Straßenszene und daher jedem Einheimischen bekannt. Was die Berliner Künstler nunmehr anstreben: daß den Modellen Gelegenheit geschaffen werde, sich an gewissen Vormittagsstunden den Künstlern vorzustellen und aus Anlässen zu erfahren, in welchen Ateliers sie gewünscht werden — ist in München seit langem eingeführt.

Dort besteht der Brauch, daß sich die Modelle an bestimmten Vormittagen in jeder Woche auf der Freitreppe des Akademieggebäudes beim Siegestor versammeln. Mütter mit pausbäckigen, lodentöpfigen Blüppchen, halbwüchsige Mädchen und Burken, Frauen und Männer bis herab zu Greisinnen und Greisen, werden dort, wie die jeweilige Kunstrichtung es will: als drapierter Proletar der Landstraße, oder leichtfüßiger Gamin, als „Dame von Stand“ oder Danauer Bäuerin, angehen mit zahllosen Köden, als siegesfrohe Liebesgöttin oder bähende Ragdala — stets des Winkes vorüber-eilender Kunstfänger gewärtig. Eine Art moderner Sklavemarkt.

Das Modellieren ist unter besonderen Umständen eine lohnende, obzwar anstrengende Beschäftigung. Schöne unverbrauchte Halb- und Ganz-Altmodelle werden hoch honoriert, ja auf Jahre hinaus kontraktlich verpflichtet. Manchmal wird das Modell sogar von dem Künstler gezeuget. Aber die Mehrzahl führt doch ein Dilettant- und Zigeunerleben.

Jeder Romreisende ist wohl einmal über den spanischen Platz gegangen, wo Bis IX durch eine Siegessäule des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis seinen ersten vermeintlichen Triumph über den Unglauben der Zeit zu verewigen bemüht gewesen. Dort bietet sich dem Blick des Fremden das Bild eines eigenartigen Lebens und Treibens. Denn dies ist der Ort, wo die Sociarren, nämlich die durch ihre sprühendste Schönheit ausgezeichneten Modelle sich zu verjammeln pflegen. In den letzten Jahren vermies die Regierung jene materialischen Gestalten von der breiten, herrlichen Marmortreppe, die auf den „spanischen Platz“ hinabsteigt, in

die von hier nach der Piazza Barberina führenden Via Sistina. Der alte Modellplatz hat sich aber doch zu behaupten gewagt. Man ist zunächst erstaunt über zahlreiche Blumenhändlerinnen, die sich hier niedergelassen haben. Es sind eben Kalermodelle. Die meisten dieser echt römischen Schönheiten kommen aus den Bergen der Umgegend Roms, von woher auch ihre zu düstigen Strahlen gewundenen farbenprägenden Blumen stammen. Freilich scheinen sie doch kein günstiges Los gezogen zu haben. Es hat sich deshalb in Rom eine Vereinigung gebildet, die ihre Aufgabe darin erblickt, die weiblichen Modelle in Werkstätten zu beschäftigen, sie in feingewerblichen Handfertigkeiten zu unterrichten und ihnen so die Möglichkeit zu geben, ihre dringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, wann weder Blumenverkaufszeit noch Gelegenheit zum Modellieren vorhanden ist.

Welcher Zusammenklang von Kunst und Menschum! Und doch — welche Gegenläufigkeit! Wer fragt nach dem Schicksal all der Frauen, deren herrliche Leiber wir noch heute in den Werken berühmter Künstler bewundern? Wie sieht der Vor ihr Dasein gleich dem so mancher berühmten Modelle unserer Tage im Rot der Gasse.

Ein Kulturdocument aus dem Kriege von 1812. Der offizielle patriotische Rummel aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Schlacht von Borodino ist gegenwärtig in Rußland im vollen Gange. Es dürfte deshalb angebracht sein, folgendes Kulturdocument aus jener Zeit zu veröffentlichen, das S. G. Orjainow aus dem Geheimarchiv des Ministeriums des Auswärtigen ans Licht gezogen hat. Dieses Dokument lautet:

Bericht des Polizeiministers über die Zahl der Menschen- und Tierkadaver, die in den verschiedenen Gouvernements nach der Vertreibung des Feindes vernichtet wurden:

Gouvernement	Menschenkadaver	Tierkadaver
Kaluga	2 230	7 855
Moskau	56 811	61 664
Smolensk	172 568	128 789
Winsk	56 851	82 857
Wohle	50 185	17 050
Wlana	92 243	12 778
Wolostol	321	784
Insgesamt	490 707	280 677

Dezember 1812. Polizeiminister: A. Salaschow.

Theater.

Charlottenburger Schillertheater: Der Talisman, dramatisches Märchen von Ludwig Fulda. Der Talisman, diese geistreiche, bei ihrem Erscheinen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre besonders aktuelle Satire auf den großsprecherischen Unschickbarkeitsbäuel eines angeblichen Gottesanbetersönigkums fand, wie nicht anders zu erwarten, auch in dieser Neuauflage für michischen Applaus. Die alte, aus den Anderenjahren Märchen belamte Sage von dem herrlichen Wunderkleide des Kaisers, das jedermann zu sehen behauptet, bis bei einem laiclichen Festzuge ein simples Mädchen vor allem Volke mit der Wahrheit herausplagt, der hohe Herr habe ja gar nichts an, ist hier in ihrem sinnbildlichen Gehalt

mit wichtigen polemischen Pointen, freilich auch mancher fremden sentimentalischen Jutat, zu einem Drama von vier Akten ausgearbeitet. Da der von einem geheimnisvollen Fremdling hergestellte Zauberarmel die Eigenschaft besitzt, daß nur die Dummen und die Schlechten ihn nicht erblicken können, wetteifert die zur Schau des Meisterstücks geladene Höflingsgarde vor dem leeren Ständer in Verzückungen, und der Herrscher markiert die nämliche Begeisterung für das Nichts. In diesen Szenen und der natürlich feierlichen Projektion des in Hemd und Unterhosen stolzierenden Gefalbten kulminiert des Stückes Wirkung. Das sehr gewandte, an drohigen Effekten reiche Spiel der Reime und ein nach allem gepuzten Pathos immer wieder durchklingender Ton von liebenswürdiger Ironie hilft denn auch über die schwächeren Stellen bei guter Darstellung leicht hinweg. Die des Schiller-Theaters verdiente jedenfalls alles Lob. Wäskle war ausgezeichnet in der Rolle des jungen, in selbstherrlichen Bestiegenheiten schmelgenden Fürsten. Von dem übrigen Ensemble sei noch Richard Writts beühlig humoristischer, in den Grafenstand erhobener Korbleiter, der Jereimonienmeister Artur Menzels, der ritterliche Omar Alfred Drauns und Fr. Engels plapperhafte, respektlos muntere Rita namentlich erwähnt. Die große Volkszene beim Festzuge zeigte eine treffliche Regie.

Notizen.

Das Lido-Theater. Unter diesem Namen wollen die betriebsamen Venezianer (Freundenverehr!) auf ihrer Vabinsel (Lido) ein Festspielhaus nach Bayreuther Muster gründen. Es sollen darin abjährlich während dreier Monate klassische und moderne Musikaufführungen geboten werden.

Koald Amundsen, der Entdecker des Südpols, hält in Berlin zwei Vorträge über seine Expedition, der erste findet für die Mitglieder der Gesellschaft für Erdkunde am 9. Oktober in der Universitätsaula statt. Der zweite Vortrag ist öffentlich und wird am 11. Oktober im großen Saal der Philharmonie stattfinden.

Eisenbahnästhetik. Das Unkraut, das an den Eisenbahndämmen wächst, und was sonst ästhetische Gemüter beleidigen könnte, soll in Zukunft ausgerottet werden. Also will es ein Erlaß des Eisenbahngewaltigen. Das ist ja recht nett, wenn auch die typische Eisenbahnflora, die ja Vertreter aus Kanada und sonstwoher zählt, sich kaum so leicht unterkriegen läßt. Aber sind wirklich im Innern der Verkehrsanstalten (vierte Klasse, Wartehäuser usw.) nicht wichtigere hygienische und ästhetische Aufgaben zu lösen?

Zehn Millionen indische Ehefrauen unter 16 Jahren. Die große Volkszählung, die die britische Regierung in Indien vorgenommen hat, ergab die Tatsache, daß es im indischen Reiche nicht weniger als 992 000 Mädchen unter 6 Jahren gibt, die verheiratet sind; von diesen sind 17 000 Witwen, wobei nach der Seite der Hindus die meisten dazu verurteilt sind, für ihr Leben lang Witwen zu bleiben. Nahezu 2 500 000 Mädchen zwischen 6 und 10 Jahren sind Ehefrauen und 6 500 000 zwischen 10 und 15, so daß im ganzen nahezu 9 500 000 Mädchen unter 15 Jahren in Indien verheiratet sind.

Es ist Aufgabe des Parteivorstandes, sich von den Ereignissen nicht überraschen zu lassen, sie zu überblicken, mit den Massen in enger Fühlung zu leben und ihr Vertrauen zu erlangen.
Sollte es möglich sein, durch eine Aenderung unseres Organisationsstatuts dem Parteivorstand diese Aufgabe zu erleichtern, dann

Wird der Chemnitzer Parteitag durch die Vornahme dieser Aenderung unserer Sache sicher einen bedeutenden Dienst erweisen.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. September, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17, und Ritzdorf, „Ideal-Passage“: Freireligiöse

Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. M. Brie: „Schopenhauer“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.
Die Arbeiter-Exerantien-Vereinigung Groß-Berlin veranstaltet in dieser Woche drei Propagandaveranstaltungen. Näheres finden in der folgenden Woche sechs kostenfreie Anführerkurse statt.

Zur Aufklärung!

Die H. K. G. (Herren-Kleider-Vertr.-Ges.) ist die **einzigste** Firma mit dem Verkaufssystem Selbstkostenpreis + 10 %, welche einen Teil ihrer Waren **selbst anfertigt** und **direkt** an Private verkauft. — Wir bieten also dem geehrten Publikum Gelegenheit, Waren direkt vom Fabrikanten zum **Selbstkostenpreis** zu beziehen, gegen Zahlung einer Umsatzgebühr von **nur 10 % als einzigsten Gewinn**. — Wer seinen Bedarf an Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sportbekleidung jeder Art fertig oder nach Maß bei der H. K. G. deckt, erzielt erhebliche Ersparnisse.



Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Deutschlands größtes Spezial-Geschäft dieser Art. Nur Neue Schönhauser Straße 1 Ecke Weinmeister- und Münzstraße.



Unserem Vorstehen, dem Genossen **Alex Rosa** und seiner jungen Frau Hedwig geb. Reibel die besten Glückwünsche zur Beerdigung, 72a Sparverein „Kleeblatt“ Berlin-Lichtenberg.

Unserem toten Genossen **Karl Wendt** nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit! Die Genossen d. Bezirks 337, Abt. 26, 4. Kreis. 2535

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 11. d. Mts. verstarb unsere Genossin, Frau **Karoline Lehmann** (Bezirk 354).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gethsemaner-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/8 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederharwin Bezirk Pankow.
Am Donnerstag früh 1 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unser Genosse, der Restaurateur **Max Winter** im Alter von 40 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Panfower Kirchhofes (Schönholz) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
241/16 **Die Bezirksleitung.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. D. Nr. 29, Hamburg).
Zentrale Baumschulenweg.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Paul Mitze** am 12. September verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes, Neue Krugallee, aus statt.
124/7 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metallarbeiter **Paul Mitze** Genossin, am 12. September im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
202/20 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. D. 88, Hamburg).
Verwaltungsstelle Berlin 8.
Am 11. Sept. verstarb unser Mitglied **Gustav Kupsch**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Mantuffelstr. 48, nach dem Emmauskirchhof statt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel. Box 423.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Versicherungsbeamte **Max Galipp** Kattenburgerstr. 19, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
220/1 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin **Karoline Lehmann** Carmen-Schloastr. 11 gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 14. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemaner-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Dreher **Paul Mitze** Baumschulenweg, Genossin 29 am 12. Septbr. an Lungenerleidern.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Treptow, Neue Krugallee, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
124/8 **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. D. 88, Hamburg).
Verwaltungsstelle Berlin 8.
Am 12. September verstarb unser Mitglied **David Jessat**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntagmorgen 9 Uhr von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Helmgange meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Großvaters **Hermann Brandt** sagen wir hierdurch allen Freunden und Verwandten, insbesondere der Firma Thyllen sowie dem Meister und Kollegen unsern besten Dank. 68
Witwe Berta Brandt nebst Kindern
Ragstr. 15.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters **Friedrich Zöllner** sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank. Dank auch der Firma Werling in Nieder-Schönmeide, den Meistern und Arbeitskollegen für die schönen Kranzspenden sowie dem Gesangsverein „Frohmann“ in Adlershof für die erhebenden Trauergesänge. 2735
Die Hinterbliebenen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Zahlstelle Spandau.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **W. von Skramuski** am 11. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 14. September, nachmittags 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Ricken aus statt. 146/8
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Bezirk Groß-Berlin.
Am Donnerstag, den 12. d. Mts. verstarb unser langjähriges treues Mitglied **Max Galipp**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
296/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutscher **Max Hartmann** am 11. September im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußdamer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Josefelli

JUNO

QUALITÄTS- **2** CIGARETTE

PFG.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 11. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Friseur **Gustav Born** Schwedenstr. 18b. (Bezirk 331a).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethsemaner-Kirchhofes in Reinickendorf, Qumboldstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/7 **Der Vorstand.**

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Webstuhl **Herm. Kadenbach** am 9. September im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand bereits am Freitag, den 13. September, statt.

Westmann

Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.

Absolut sichere Gewähr
für gute Arbeit und elegante Fassons!
Eigener Großtrieb! (Speziell auch weite Größen!)
Stoffe und Zutaten erstklassig!
Keine Velvets! Keine schlechten Gewebe!
Moultöse weiche Flauchstoffe!

Ulster Kostüme
15, 18, 24 bis 65 M. 18, 22, 25, 30, 36 bis 120 M.
Plüschmäntel
30, 33, 36, 42, 48 bis 150 M.
Erschickende Kleider, Röcke, Blusen.
Einsegnungskleider
Sonntags geöffnet 8-10 Uhr vormittags.

In der Mode-Ausstellung am Zoo
Verkauf von Ulstern zu 22 Mark.
Bei Kauf Vergütung des Eintrittsgeldes!

Dankfagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie der Direktion der Firma Bary u. Co., A.-G., den Kollegen derselben Firma, dem Sozialdemokratischen Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis (Bez. 156), dem Deutschen Transportarbeiterverband (Bezirksverwaltung Groß-Berlin), den Kollegen der Firma Bary u. Co., A.-G., Zentrale Schleißer Wohnhof, Möbeltransportarbeiter, der Unterhaltungs-kasse der Berliner Hausdiener für die herzlichste Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Vaters und Großvaters **Paul Domke** sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Frau Wittcherling geb. Domke
Frau Schepp geb. Domke. 21a

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 35
an der Zentral-Markthalle
II.: Turmstr. 67, I. Etage,
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellosen Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.
Aufsneidererei, Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Meisters
mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für fertige
Garderobe u. Einsegnungsanzüge.
Sonntags geöffnet.

Heute verschied nach kurzem Krankenlager mein geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Onkel, der Goldwirt **Max Winter** im 40. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des 8. Gemeinde-Friedhofes (Schönholz) aus statt. 1694
Pankow, den 12. Septbr. 1912.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Webstuhl **Reinhold Haßforth** am 25. August im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
66/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Reinhold**, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Rauchklub „Artona“, dem Mandolinklub „Allegretto“, dem Sparverein „Aias“ und dem Frauen Sparverein „Klamme Schwestern“ unsern herzlichsten Dank. 259b
Familie Hanzey.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines so guten Frau sage ich allen Bekannten meinen herzlichsten Dank.
87a **Der trauernde Gatte**
Rudolf Heidfeld.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden

Wichtig
für jeden preußischen
Steuerzahler
Führer
durch das preußische
Einkommensteuergesetz
Vom
Arbeitersekretär **Rud. Wissell**
mit 19 Formularen
für Reklamationen
Preis 30 Pf.

Imitierte Pelz-Reiher
modernste Hutgarnitur **95 Pf.**

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Kaffee Pfund 1.30, 1.40
Kakao Pfund 68, 95 Pf.
Haushaltsschokolade ... Pfund 68 Pf.

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat:

* Obst u. Gemüse

Weintrauben grosse Kiste 2.20
Aepfel Pfund 5, 10 Pf.
Kochbirnen Pfund 5 Pf.
Essbirnen Pfund 10, 15 Pf.
Kaiserkronen Pfund 15 Pf.
Pflaumen 2 Pfund 15 Pf.
Bananen Pfund 20, 25 Pf.
Rot-, Weiss-, Wirsingkohl Kopf 5 Pf.
Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.
Tomaten Originalkauf, Brutto für Netto, Pf. 8 Pf.
Zitronen Dutzend 25, 35 Pf.

* Geflügel

Junge Hühner Stück 75, 95 Pf.
Suppenhühner Stück 1.95, 2.45
Junge Enten Stück 2.25, 2.75
Tauben Stück 45, 65 Pf.

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst Pfund 60 Pf.
Sülzwurst Pfund 70 Pf.
Rotwurst I Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 95 Pf.
Rouladenwurst Pfund 98 Pf.
ff. Leberwurst Pfund 1.10
Teewurst Pfund 1.25
Thüringer Knoblauchwurst Pfund 1.40
Gervolat- od. Salamiwurst Pfund 1.40
Schinkenwurst! Pfund 1.40

Weine und Spirituosen

Oberhardter Flasche 85 Pf.
Obermoseler Flasche 95 Pf.
Biebelsheimer Flasche 1.10
Roter Tischwein Flasche 80 Pf.
Medoc St. Julien Flasche 85 Pf.
Tarragona Flasche 95 Pf.
Samos Flasche 95 Pf.
Alpenkräuter Flasche 85 Pf.
Stonsdorfer Flasche 1.10
Halb u. Halb Flasche 1.10

Kolonialwaren

Victoria-Erbisen Pfund 19 Pf.
Erbisen geschält Pfund 23 Pf.
Erbisen halbe Pfund 20 Pf.
Bohnen weiss Pfund 18, 23 Pf.
Linsen Pfund 15, 20, 25 Pf.
Gries Pfund 22, 25 Pf.
Reis Pfund 22, 25, 28 Pf.
Gemischte Marmelade ... Pfund 25 Pf.
Pflaumen-Marmelade Pfund 30 Pf.

Gemüse und Frucht-Konserven

	1/2 Dose	1/4 Dose
Stangenspargel	1.20	68 Pf.
Stangenspargel	1.40	75 Pf.
Bruchspargel mit Kopf.	1.00	55 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf.	88 Pf.	50 Pf.
Gemischt. Gemüse	50 Pf.	30 Pf.
Gemischt. Gemüse	70 Pf.	40 Pf.
Schoten	38 Pf.	—
Junge Schoten	45 Pf.	28 Pf.
Feine junge Schoten	55 Pf.	33 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	30 Pf.	—
Spinat	38 Pf.	—
Bruch- od. Schnittbohnen	35 Pf.	—
Sauer Kirschen mit Stein	68 Pf.	39 Pf.
Stachelbeeren	63 Pf.	37 Pf.
Mirabellen	75 Pf.	43 Pf.
Erdbeeren	95 Pf.	53 Pf.

Gänse Kassler

Gänse Pfund 68, 78 Pf.
Kassler Pfund 95 Pf.

Butter und Käse

Tafelbutter 1/2 Pfund-Paket 66 Pf.
Schweizer Käse Pfund 95 Pf.
Emmentaler Käse Pfund 1.20
Tilsiter Käse Pfund 65 Pf.
Limburger Käse Pfund 58 Pf.
Brikkäse Pfund 55 Pf.
Gamembert Stück 25 Pf.

Fischkonserven

Sardinen oder Anchovis ... Glas 22 Pf.
Sardinen in Oel Dose 38, 48, 68 Pf.
Sardinen in Oel 1/2 Dose, ca. 20 Stück 95 Pf.
Brat- od. Bismarck-Heringe Dose 45 Pf.
Matjes-Heringe Stück 10, 15 Pf.
Neue saure Gurken 3 Stück 10 Pf.
Neuer Sauerkohl Pfund 5 Pf.

* Räucherwaren

Bücklinge 6 Stück 18 Pf.
Aale Dose 39 Pf. Pfund 1.20
Flundern Stück 5 Pf.
Lachsheringe 2 Stück 15 Pf.
Rollmöpse 5 Stück 18 Pf.

Damen-Hüte Otero-Form 2.95 | **Plüschhut** mit Velvet-Unterrand 5.25
weiss oder farbig, mit moderner Gürtelgarnitur | schwarz oder weiss-schwarz, frosche Form

Ein guter Gedanke

wird Sie veranlassen, Ihren Bedarf an eleganten Monats- und Abonnements-Garderoben nur bei der Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft, Dresdener Strasse 11 zu kaufen. Wir verkaufen zu auffallend niedrigen Preisen und empfehlen nur kurze Zeit vorliegen gewesen und gut erhaltene

getragene Anzüge und Paletots die teils bis M. 125 gekostet haben, für M. 9.- 12.- 15.- 18.- ferner ein grosser Posten Hosen Wert bis 22.- 2-8 Jetzt M.

Jünglings-Anzüge Wert bis 30 M. Jetzt M. 6, 8, 10, 12-18

Monatsgarderoben-Verkaufs-Gesellschaft
Dresdener Str. 11 am Kottbuser Tor

WOLL-FRICKE



Oranien Str. 11

Gänse-Artikel täglich frisch

in großer Auswahl 142/5
Gänseklein, Gänsekeulen, frisch u. gepökelt, Gänselieschen, Gänselebern u. Gänsefleisch, Gänsekeulenfleisch, Gänseknochenfleisch usw. Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 93-95.

Raucht Kressin Cigaretten 2/3 Pf.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger **Anzüge** und Herbst- u. Winterpaletots Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen und Arbeiter-Berufskleidung.
Eleg. Maanfertigung in allen Größen und Preislagen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.



Möbel-Lechner
Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.- Bequeme Abzahlung
Stuben u. Küchen

Einzelne Möbelstücke von M. 5.- Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!
Lieferung auch nach auswärtig!

Sonntags geöffnet von 8-10

Knebel, aber nicht Wohlfahrt!

Ruhmredigkeiten über den Wohlfahrtsinn der Unternehmer und steinerweichende Klagen über die „erdrückenden sozialen Lasten“ wohnen in der kapitalistischen Presse stets nahe beieinander. In hohen Tönen pfeifen freiwillige und unfreiwillige Werkknechte die Liebestätigkeit der Unternehmer, wie sie diese in den z-versehiedenen Wohlfahrts-einrichtungen nach einem Reisten bekundeten, und sojt im selben Atemzuge erklärt man: die staatlichen sozialen Versicherungen belasten die Industrie auf das schwerste, untergraben ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wie erklärt sich solcher Widerspruch? Die materielle Begründung ist nur ein Dedmaniel für ein politisches Motiv! Nicht wegen der aus ihr resultierenden Belastung, sondern wegen ihrer Tendenz, die dahin geht, die Arbeiter wenigstens in bescheidenem Maße der Willfür der Unternehmer zu entziehen, bekämpft man in so wütender Weise die staatliche Sozialpolitik. Nach den Angaben des Reichs Stat. Amtes (in den Nachweisen über die Ergebnisse der Deutschen Aktiengesellschaften) betragen die jährlichen Aufwendungen der freiwilligen Wohlfahrt über 1/4 Milliarde Mark. Das ist zweifellos eine respektable Summe, mit der die Unternehmer prahlen, ihre Arbeiterfreundlichkeit zur Schau stellen! Warum opfern die Unternehmer solche Summen, wenn schon die sozialen Pflichtleistungen sie dem Konkurs entgegenführen? Ganz einfach, weil sie mit der Werkwohlfahrt ein glänzendes Geschäft machen, das viel mehr einbringt als Opfer erfordert! Die vielgepriesenen Einrichtungen haben überhaupt nicht den Zweck, dem Arbeiter Vorteile zu bieten, sondern einzig und allein den, ihn an das Werk zu fesseln, so fest, daß er mit Arbeitsbedingungen sich begnügt, die er ohne die Wohlfahrts-fesse! nicht akzeptieren würde. Dieses Motiv der Unternehmer bei der Werkwohlfahrt stellt Dr. Philipp Voewensfeld in einem polemischen Artikel in der Zeitschrift „März“ vom 10. August 1912 scharf heraus. Dem Verfasser, einem guten Kenner der Materie, gaben maßlose Angriffe auf R. Brentano den Anlaß zu einer Abrechnung mit den Wohlfahrtsapologeten, die zum Teil sich gar mit der Loga der Wissenschaftlichkeit schmücken. Da macht man den für ernsthafte Menschen überhaupt nicht mehr diskutablen Versuch, nachzuweisen, daß Arbeitern durch die Wohlfahrts-einrichtungen der Werke Vorteile geboten würden. Das ist an sich schon Unsinn! Welcher Wissenschaftler will denn beweisen, daß die Aktionäre, die anonymen Besitzer des Rechtstittels auf Dividenden, die aber kein Quantchen geistiger oder körperlicher Arbeit leisten, die Wohlfahrts-summe neben den Gewinnen erarbeiteten? Es ist doch eine kaum noch bestrittene Tatsache, daß nur die Arbeit, nicht aber das Kapital, die Quelle des Reichtums aller Güter ist. Im besten Falle erhält der Wohlfahrtsempfänger eine Minderleistung von dem zurück, was ihm an Lohn vorenthalten wurde. Doch das nur nebenbei. Voewensfeld umschreibt den ganz richtigen Gedanken, daß es sich bei dem Problem nicht um ein Rechenerempel handele, sondern um die Frage, wie die gepriesenen Einrichtungen sozial wirken und wie sie wirken sollen! Von den in Betracht kommenden Einrichtungen sagt er: „Man will durch Gewährung sozialer Fürsorge zwar die Lebenshaltung der Arbeiter heben, gleichzeitig jedoch einen Druck auf die Arbeiter ausüben, alles das zu unterlassen, was zu einer wirksamen Mitbestimmung des Arbeiters bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen könnte, vor allem also den Beitritt zu einer gewerkschaftlichen Organisation und die Teilnahme an einem Streik!“ Und die einwandfreiesten Wohlfahrts-einrichtungen charakterisiert er also: „Nahgebend für die ungünstige Beurteilung ist vielmehr die Tendenz, solche Wohlfahrts-einrichtungen als Machtmittel gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu benützen.“ Daß auch die von einem Wohlfahrtspreiser als Beweis für die Uneigen-nützigkeit der Unternehmer ins Feld geführten Werkkolonien dem Zwecke der Arbeiternebelung dienen sollen, dafür zitiert Voewensfeld u. a. eine Bestimmung aus dem Vertrage, den die Fache Louise Tiefbau mit dem Mieter einer Werk-schmiede abschließt. Der § 7 des Vertrages lautet: „Außer-dem geht der Mieter seines Mietrechtes verlustig, wenn derselbe sich bei einer Arbeitseinstellung (Streik) beteiligen sollte, in welchem Falle die sofortige Räumung der Wohnung verlangt werden kann!“

Die hier klar zum Ausdruck gebrachte Absicht, dem Arbeiter durch die Wohlfahrts-einrichtung staatsbürgerliche Rechte zu rauben, ist für alle derartigen Einrichtungen maßgebend. Aus den Kreisen der Unternehmer selbst erbringt der ge-nannte Autor eine Reihe von Ausprüchen, die deutlich genug zeigen, daß man mit Ueberlegung die Einrichtungen als Knebel gebraucht: „Werner von Siemens hat für jede größere Fabrik die Gründung von Pensionsklassen als Mittel gegen die „die Industrie und besonders die Arbeiter selbst schmer-schädigende Streikmanie“ empfohlen. Die „Deutsche Arbeit-geberszeitung“ hat Arbeiterwohnungen und Pensionsklassen als ein „nach Lage der Dinge gewiß außerordentlich loyales und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zwecke der Streik-abwehr“ bezeichnet! Massenhaft liegen Aussagen vor, nach denen der Arbeitnehmer um seine Pension oder Anwartschaft kommt, wenn er z. B. sich an Bestrebungen beteiligt, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die bürgerliche oder staatliche Ordnung zu stören geeignet sind“ (Maldinenfabrik von Karcher u. Co., Bedingen a. d. Saar), oder wenn er „Mitglied eines Arbeiterverbandes ist oder wird, der noch andere als rein wirtschaftliche Zwecke verfolgt“ (Kampffestfabrik und Eisgießerei S. Pausch u. Co. A. G., Landsberg a. Warthe), wenn er „sich direkt oder indirekt an Bestrebungen oder Unternehmungen beteiligt, die den Inter-essen der Firma zuwiderlaufen“ (Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering, Berlin). Die Firma Friedrich Krupp, Essen, hat anlässlich eines Pensionsklassenprozesses selbst zu-gesagt, daß ihre Pensionsklasse „bisher für gewerkschaftliche und politische Bestrebungen ein starkes Hindernis gebildet habe“ und daß die Beitragsentbehaltung der Hauptpfeiler des Systems“ sei. Die Hämmer Farbwerke haben es aus An-lah einer Lohnbewegung „für ihre Pflicht gehalten“, die Ar-beiter durch ein Zirkular „daran zu erinnern, daß nach den Statuten dasjenige Mitglied, welches den Dienst der Farbwerke verläßt, seine Pensionsansprüche verliert“. An-gesichts solcher Tatsachen muß man staunen, daß es immer noch Leute gibt, die zu bestreiten suchen, daß gewisse in-dustrielle Kleinbetriebe ihre Arbeiter durch Wohlfahrts-einrichtungen zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht zu nötigen

suchen. Sachliche Argumente gegen diese tatsächliche Feststellung, die der elassische Großindustrielle Charles Grad seinerzeit in die klassischen Worte gekleidet hat: „Die Phi-lanthropie ist seitens der Industriellen unserer Gegend ein gutes Geschäft,“ und die dem neuerdings zu den Schar-machern übergegangenem Professor Bernhard das Wort von der „Wohlfahrtsklaverie“ entlockt hat, konnte man bisher noch nicht finden.“

Allerdings, in einer Beziehung hat man sich doch etwas verrechnet. Die Mietverträge sichern nicht unbedingt vor einem Streik. Der Werkwohnhaber wird nicht unbedingt Streikbrecher. Verschiedene Umstände sind da wirksam. Einmal die elementare Macht der Empörung über die Willkür und Rücksichtslosigkeit des Grubenkapitals, die zu Zeiten mit unüberstehlicher Macht ausbricht, dann Massenagitationen, die das Ohnmachtgefühl des einzelnen nicht zum Bewußtsein kommen lassen, ferner die Erkenntnis, daß Massenagitationen nicht möglich sind, weil die Behörden sie wegen der damit verbundenen Gefahren nicht dulden! Schließlich sind sie auch nicht von Nutzen für die Unternehmer, die ja daran denken müssen, nach Beendigung des Streiks wieder genügende Arbeitskräfte zur Hand zu haben, die sie daher durch Obdach-entziehung nicht zum Fortzug zwingen dürfen. Daß die Werkwohnungen tatsächlich einen Streik nicht hindern können, spricht nun nicht etwa für die Unternehmer, sondern beweist nur, wie Voewensfeld richtig bemerkt, „daß die Spekulation der Unternehmer . . . zum Teil mißglückt ist“.

In wütendster Weise hegt nun das Scharfmachertum gegen das bestehende bescheidene Koalitionsrecht. Kommt die Materie im Reichstage zur Sprache, dann wird man an dem Kapitel des Raubes von Staatsbürgerrechten durch die so-genannten Wohlfahrts-einrichtungen nicht vorbeikommen. Sie bilden eine soziale Gefahr, deren Beseitigung im Interesse der gesamten Arbeiterschaft dringend geboten ist.

Das deutsche Apothekergewerbe bisher und unter dem Einflusse der Reichsversicherung.

Daß bei der Anfertigung von Arzneimitteln eine größere Verant-wortlichkeit besteht und eine größere Zuverlässigkeit nötig ist, als beim Handel mit Preussmaterialien und der Anfertigung von Schürzen, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Man hat diese Zuverlässigkeit in verschiedener Weise zu sichern gesucht. In vielen Staaten hat man das Bestehen eines strengen Examens nach Ablegung eines vorgeschriebenen Bildungsganges sowie unermüdete amtliche Revisionen der Betriebe für ausübend ge-halten, so in Frankreich, Italien und der Schweiz. In anderen Staaten, so in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, hat man die Zuverlässigkeit der Betreffenden außerdem noch dadurch zu sichern gesucht, daß man sie möglichst von Rechnungsführern befreite, indem man nur einer kleinen Anzahl von Apothekern für einen bestimmten Ort oder einen abgegrenzten Bezirk die Berechtigung zum Betriebe einer Apotheke erteilte. (Man die Erstzuzugung anderer Berufs-zweige, die ebenso wichtig für die Pflege der Kranken und die öffent-lichen Wohlfahrt ist, so der Juriste, hat der Staat in Deutschland und Oesterreich nicht solche Fürsorge für nötig befunden. Haben diese für Staatsbeamten gemacht, dann können sie sich überall niederlassen, aber sie müssen selbst sehen, wie sie ihre Existenz finden.) Die Ver-ehrung zur Führung einer Apotheke wurde zuerst in Form eines persönlichen oder erblichen Privilegs, später in einer persön-lichen oder erblichen oder vererblichen Konzeption erteilt. Im letzteren Falle konnte der Besitzer eines Privilegs oder einer Kon-zeption beim Verlaufe neben dem Realwerte des Grundstückes, Gebäudes, der Einrichtung und der vorhandenen Ware noch einen Idealwert für die abgetretene Konzeption und die durch sie ge-sicherte Kundenschaft sich bezahlen lassen, denn andere Apotheken, als privilegierte oder konzeptionierte, durften nicht betrieben werden, und da die Zahl dieser eine recht beschränkte war, so war auch die Zahl der ebenfalls veräußerten Apotheken stets eine verhältnis-mäßig kleine. Diejenigen examinierten Apotheker, die — meist wegen Mangel an Konzeptionen — keine Aussicht hatten, eine neue Konzeption zu bekommen, suchten, wenn sie sich selbständig machen wollten, sich dazu verstehen, eine der wenigen schon bestehenden und veräußerten Apotheken zu kaufen, dabei aber auch außer dem Real-werte des Gebäudes, der Einrichtung und des Warenvorrates auch für Forderung der Konzeption einen verlangten und meist recht bedeutenden Betrag bezahlen, der oft wesentlich größer als der für die Realien berechnete ist, der dann bei jedem weiteren Verkauf oft sprunghaft noch mehr erhöht wird. Zur Erteilung neuer Konzeptionen in einem bestimmten Bezirk vertritt sich die Regierung nur bei einer sehr bedeutenden Zunahme der Bevölkerung oder wenn es sich um einen ganz besonders empfohlenen Standort handelt. Vorher werden außer den im Bezirk angestellten Medi-zinal- und Verwaltungsbeamten auch die Besitzer der schon in und an dem Bezirk befindlichen Apotheken zur Auserkung über die Bedürfnisfrage in betreff der beantragten Neukonzeption veranlaßt, die natürlich, einen bedeutenden Abbruch ihrer bisherigen Kund-schaft befürchtend, gewöhnlich das Bedürfnis verneinen und die große Schädigung, die dann sie selbst treffen würde, hervorheben. In Anserkenntnis dieser „Schwierigkeiten“ urteile und aus Mitleid mit den bestehenden und oft schon schwer veräußerten Apotheken, die durch eine Neukonzeption noch weiter geschädigt würden, werden die Anträge auf neue Konzeptionen wohl zu Dreiviertel aller Fälle ab-gelehnt oder nur nach wiederholten dringenden Gesuchen bewilligt. Einige Medizinalbeamte sind zwar bemüht, diese oft enormen Preis-erhöhungen durch Erreichung von Neukonzeptionen hintanzustellen, haben aber bisher dabei wenig Erfolg gehabt.

So kommt es, daß nach Berechnung des Medizinal-Mates Dr. Springfeld in Osnabrück rund 1000 Apotheken noch in Deutsch-land fahlen, und die bestehenden einen exzessiv hohen Verkaufspreis erlangt haben; aber Apothekern neuer gibt es in Deutsch-land verhältnismäßig viel mehr als in Italien und Frankreich. Springfeld, der sich besonders um Veseitigung dieser störenden Konzeptionsstände bemüht hat, erklärt darüber in Nr. 14 der „Zeitschrift für Medizinalbeamte“, S. 518: „Ich habe 18 Jahre hin-durch unentwegt an der Apothekervermehrung gearbeitet, und von den jetzigen Medizinalbeamten wohl die größte Zahl der Neu-gründungen durchgesehen, muß aber erklären, daß die Stellung eines Regierungs- und Medizinalrats doch nicht stark genug ist um die ihm vom Ministerium gestellte Aufgabe zu lösen und für gehörige Vermehrung Sorge zu tragen. Nähere Ausführungen möge man mir erlassen. Mitleid, zu große Bedenklichkeit, nicht genügende Sachkenntnis und Bequemlich-keit haben denn auch im Laufe der Jahre zu einer Gewohnheits-Interpretation des Gründungs-gesetzes geführt, welche die Absicht des Geset-gebers in das Gegenteil verkehrt.“

So ist der ursprüngliche Zweck des ganzen Konzeptionswesens, den Besitzer einer konzeptionierten Apotheke in die Lage zu versetzen, sich in auskömmlicher Existenz mit ganzer Lust und Liebe der sorg-fältigsten Erfüllung seiner Berufspflichten widmen zu können, entschieden nicht erreicht worden. Statt in einer sorgenfreien Lebensstellung nur auf die beste Zubereitung der ver-ordneten Arzneien und auf die weitere Vervollkommnung ihrer Fachwissenschaft bedacht sein zu können, ist das ganze Stimm-n und Trachten eines sehr großen Teiles der jetzigen Apothekenbesitzer nur darauf gerichtet, den Verdienst und den Umsatz zu steigern, um ihren hypothekarischen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, welche Unrechtläh, Schwindeltaten und Kurpfuschereien infolge dessen konstatiert worden sind. Aber je länger, je mehr gelangt es zur allgemeinen Ueber-zugung, daß durch die Einrichtung der veräußerten und übertrag-baren Konzeptionen die Preise für die Apotheken in die Höhe ge-trieben worden sind, daß dabei von einer gesicherten, sorgenfreien Existenz wohl meist bei dem Verkäufer einer solchen Apotheke, der dadurch in die Reihe der Apothekentrentner tritt, aber nicht bei dem Neuzuerwerbenden gesprochen werden kann, und ebensowenig von einer Hebung und Sicherung der öffentlichen Wohlfahrt.

Das ist in Ländern, die keine Konzeptionszwang haben, anders. Findet da ein examinierter Apotheker keine Apotheke, deren Preis und Zustand ihm zusagt, so eröffnet er einfach eine neue, die er dann mit demselben Rechte betreibt, als ein anderer die ältere. Daher hat hier der Käufer neben dem Realwert nicht noch einen Idealwert zu bezahlen, während in Deutschland bei seinen Konze-ptionskäufern sich auf den bestehenden Apotheken durch die große Zahl der häufigen Weiterverkäufe im letzten Jahrhundert allmählich eine iblebe Schuldentlast von mehr als 400 Millionen Mark angehäuft hat, die, statt den Apothekenbesitzern eine aus-schmückliche gesicherte Existenz zu verbürgen, den Betrieb in der bescheidensten Weise schädigt. Diese hohe Schuldentlast der Apotheken-käufer nötigt die Regierung in Deutschland, die Arzneitaxe fast jedes Jahr zu erhöhen, um die jetzigen Apothekenbesitzer in den Stand zu setzen, die Verzinsungen ihrer hohen Hypothekenschulden begleichen zu können, wodurch aber das Publikum und die Kosten für die abgegebenen Arzneien einen Preis bezahlen müssen, der im Durchschnitt den Anschaffungspreis um das fünf- bis sechsfache übersteigt.

Bei den Bemühungen, diesem ungesunden Zustande ein Ende zu machen, überzeugt sich der aufmerksame uninteressierte Beobachter immer mehr, daß für die Arzneiverzorgung der Gewerbe-betrieb überhaupt ungeeignet ist, daß die Apotheken viel besser in eigener Regie der Kommunen und Provinzial-behörden wirken und daher in diese übergeführt werden müssen. Der Apotheker als Gewerbebetreibender ist Geschäftsmann und als solcher, namentlich, wenn er nicht ein wohlhabender Mann ist und seine Konzeption nicht geschenkt bekommen hat, auf einen guten Ertrag, ja auf Ausdehnung seines Geschäftes bedacht. Er fragt dann weniger, ob das, was verlangt wird, für den beabsichtigten Heilzweck geeignet ist, sondern er glaubt als Geschäftsmann genug getan zu haben, wenn er beim Verlangen von Dingen, mit denen der Kaufwüßige sich Ergeben zusagen könnte, ihn auf diesen Umstand aufmerksam macht. Wenn das nicht der Fall ist, befriedigt mancher das Verlangen nach dem unsinnigen Zeug, wie Menschenfett, Schlangengift und vielen anderen Feiten, Fuchslungenfett, Regen-wurml ufw. usfo. Solche Apothekenbesitzer werden nicht die über-jährigen Digitalisblätter und das Mutterkorn fort, sondern ver-werfen sie ruhig weiter, kaufen auch die billige Senegamburzel, Chinarinde, Myrrhe- und Biebergeil, denn sie müssen sporen für ihre anderen Ausgaben. Ja, wenn das reelle Geschäft nicht genug einbringt, läßt sich mancher auch mit einem Kurpfuscher und Schwindler ein, um mit diesen die gewogelten Dinge zu modern. Selbstverständlich ist ein solcher Apothekenbesitzer auch weder in der Lage noch in der Stimmung zu irgendeiner wissenschaftlichen Unter-suchung ufw. Alle diese vor Gericht wiederholt genügend fest-gestellten Vorkommnisse haben jedenfalls Medizinalbeamte wie die Regierungs- und Geheimen Medizinalräte Dr. Pfeiffel, Mose, Pappenheim, Bornträger, Gumprecht, Dauter, Rapmund, Spring-feld ufw. veranlaßt, mit voller Würde in ihren Vorschlägen die Apotheken ihres gewerkschaftlichen Charakters zu ent-freien und ihre Umwandlung in kommunal- oder Provinzial-betriebe, die in eigener Regie betrieben werden, anzustreben. Springfeld führt noch einen anderen Umstand an, der ihn veran-laszt, gerade jetzt folgenden Gesekentwurf zur Erwägung und eventuellen Annahme vorzulegen:

§ 1. Das Recht, Apotheken zu errichten und zu betreiben, steht vom 1. April 19 . . . allein den Provinzen und Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern zu.

§ 2. Am 1. April 19 . . . gehen die Apotheken in den Besitz der Provinzen, in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern in den Besitz der Kommunen über, welche die Idealwerte der veräußerten Apotheken nach dem Marktpreise vom 1. April 19 . . . die Waren-bestände, Gerätschaften, Gefäße, Regale und Schränke dieser und der unveräußerten Apotheken nach dem Marktwerte vom 1. Januar 19 . . . zu enteignen und sämtliche Besitzer auf Verlangen als auf Grund des Pensionsgesetzes pensionsfähige beamtete Leiter von Apotheken unter Anrechnung einer Dienstzeit von mindestens 20 Jahren anzustellen haben.

§ 3. Der Minister des Innern regelt nach Anhörung der Provinzialstände durch Verordnung den Betrieb der Apotheken, die Anstellungsbedingungen der Pharmazeuten sowie die Preise der Arzneimittel.“

Springfeld begründet diesen von ihm in der „Zeitschrift für Medizinalbeamte“ Heft 15 veröffentlichten Gesekentwurf mit dem Hinweis, daß nach Durchführung der bevorstehenden Ausdehnung der Reichsversicherungsordnung die Zahl der versicherten Personen auf zirka 20 Millionen Mitglieder, und wenn — was angestrebt wird — die Versicherung auf die Angehörigen der Versicherten aus-gehoben wird, auf ziemlich die doppelte Zahl sich erstrecken wird, und daß die dann zu erwartende Steigerung der Arzneiverzorgung durch die Krankenkassen, die er auf zirka 1,75 M. bis 2 M. pro Person im Jahre schätzt, eine außerordentliche Preissteigerung der Apotheken im ganzen Reiche zur Folge haben wird.

Diese Annahme Springfelds ist sehr begründet. Schon nach Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 resp. 1901 stellte es sich heraus, daß den Hauptnuben davon die damaligen Apothekenbesitzer einheimten. Infolgedessen trat schon damals bald darauf eine große Preissteigerung und Nachfrage nach ver-äußerten Apotheken ein, die zur Erreichung zahlreicher noch jugend-licher Apothekentrentner führte.

Da als Preis der Apotheken unter den heut in Deutschland be-stehenden Verhältnissen allgemein das Achtfache des Umsatzes gilt, wird durch diese Einführung der neuen Reichsversicherungsordnung wegen des dann bedeutend steigenden Arzneikonsums der Versicherten eine beträchtliche Steigerung der Preise für die nur in be-schränktem Maße vorhandenen veräußerten Apotheken eintreten. Dieser Preissteigerung der Apotheken und der konsequenterweise daran sich schließenden Steigerung der Preise der Deutschen Arznei-taxe sucht Springfeld dadurch vorzubeugen, daß er einen baldigen Ankauf aller deutschen Privatapotheken auf Grund des vorstehen-den Gesekentwurfes empfiehlt resp. anstrebt, und es ist wohl möglich, daß dieser Antrag unter den gegenwärtigen Umständen im all-gemeinen mehr Anhang findet, da der Staat nicht zur Hebernahme herangezogen wird, sondern nur die großen Städte und die Pro-vinzialverwaltungen. Die Apothekenbesitzer sind natürlich nicht sehr erbau von dem Antrage und ihre Organe suchen ihn ebenso wie die früheren als gänzlich verfehlt und unbrauchbar hinzu-stellen. Die Arbeiterpartei dürfte sich grundsätzlich für einen solchen Antrag erklären, ebenso der größte Teil der konditionieren-den Apotheker, denen ebenso wie den bisherigen Besitzern der Uebergang in den neuen Dienst der Provinz oder der Großstadt dann mit Pensionsberechtigung offen steht, wobei sie sich jedenfalls besser stehen, als in ihren jetzigen Verhältnissen.

Marktwertbericht von Berlin am 12. Septbr. 1912, nach Ermittlung des Reichs-Vollgeprähtums, Markthaltenpreise (Reinhandel) 100 Milligramm Gelbes, gelb, vom Koden 30,00—50,00. Spelbeholmen, weiße, 30,00—50,00. Linien 35,00—70,00. Karoffeln (Reinhd.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,00—5,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Wale 1,60—3,20. Sauber 1,60—3,00. Gedichte 1,60—3,00. Parfäe 1,00—2,40. Seife 1,60—3,20. Niele 0,80—1,00. 60 Stück Krebse 1,00—30,00.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung

Königs-Wusterhausen, Wildau und Umgegend

in Alten Schützenhause (Inhaberin Ww. Wedhorn) in Königs-Wusterhausen.

Da die Tagesordnung eine wichtige ist, ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag, den 16. September 1912, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in der Goldwaren-Industrie

beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion. Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Montag, den 16. September 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten

Kolleginnen und Kollegen in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten. Kolleginnen und Kollegen! Sie ersuchen dringend, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agieren.

Montag, den 16. September 1912, abends 6 Uhr:

Versammlung

sämtlicher in der Möbelschloßbranche beschäftigten

Kollegen und Kolleginnen im Lokal von Wierkowsky, Andreasstraße 26.

1. Vortrag des Kollegen Wäcke. 2. Brandangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Da in dieser Versammlung über eines unserer wichtigsten Rechte gesprochen werden soll, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Bekanntmachung. Nationale Kranken- und Sterbekasse

der Droschkenfischer und verwandten Berufsgruppen. C. S. Nr. 75 (Sitz Berlin).

Wir geben hiermit bekannt, daß der Beschluß der General-Versammlung vom 2. Mai 1912, die Kasse aufzulösen, am 23. August 1912 die Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung erhalten hat.

Wir eröffnen nunmehr nach § 52 unseres Statuts das Liquidationsverfahren und fordern nach § 50 des Bürgerlichen Gesetzbuches alle diejenigen auf, welche noch Forderungen an oben genannte Kasse haben, dieselben bei dem unterzeichneten Vorstande einzureichen.

Der Vorstand der Nationalen Kranken- u. Sterbekasse der Droschkenfischer und verwandten Berufsgruppen. C. S. Nr. 75 (Sitz Berlin). Engelauer 15. W. Knüttler, Vorsitzender.

Nathan Wand

129 Statiger Str. 129. Die schönsten Monats-, Jackett-, Rock- und Gebrockanzüge, erstklassige, in echten Stoffen hergestellte, auf Seide gearbeitete Garderobe, von Kavallieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Samtanzüge sind in großer Anzahl stets zu haben und billigen Preisen zu haben. Mt. II: Neue Garderobe. Nathan Wand 129 Statiger Str. 129. Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Neu-Eröffnung der Filialen

„Zum Hackepeter“

Gr. Frankfurter Str. 102

Ecke Krautstraße

Kottbuser Str. 6

Hauptgeschäft:

106 Gr. Frankfurter Str. 106

In allen drei Geschäften: Gr. Extra-Konzert.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavallieren getragene, (alt neue Sachen d. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl, maßverworfen 128/9* billigen Preisen. 1 Tr., deshalb billiger wie im Laden. Hirsch Kieferbaum, Straße 12/13

Von der Reihe zurück **Dr. Chajes** Martin-Luther-Straße 30 und Seydelstraße 16.

Vorjährige feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gebrockanzüge Smoking auf Seide 30-70 M. **Versandhaus Germania** 21. Unter den Linden 21. Sonntags nur von 9-10 geöffnet.

Möbel-Magazin C. Zergiebel, Berlin, Statiger Str. 130. Spez: Einrichtungen klein u. mittel Wohnungen. Teilzahlung gestattet.

Es liegt in Ihrem Interesse, wenn

Sie, bevor Sie anderweitig Möbel kaufen, erst meine Läger besichtigen.

Ich offeriere: Ohne Kaufzwang auf Teilzahlung

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

In folgenden Preislagen und zu ganz neuen, sehr leichten Bedingungen:

Zimmer Erna • Zimmer Paula • Zimmer Louise • Zimmer Nizza

M. 178.-	M. 240.-	M. 394.-	M. 597.-
Woche Anz. 15 M.	Woche Anz. 25 M.	Woche Anz. 40 M.	Woche Anz. 60 M.
1.50	2.50	4.-	5.-

Einzelne Möbel Anzahlung von 5.- an

Farbige Küchen • Speisezimmer • Schlafzimmer

Alles auf Kredit zu günstigen Bedingungen.

Richard Krumbeck, Berlin O

Frankfurter Allee 154, Ecke Niederbarnimstraße.

Romane berühmter Männer u. Frauen

Soeben erschienen:

Lassalle

Ein Leben für Freiheit und Liebe

Roman von Alfred Schirokauer

Mit 49 Illustrationen, Dokumenten, Briefen usw.

Im Mittelpunkt des Romans steht Ferdinand Lassalle mit seinen kühnen Plänen der Volksbeglückung und ruheloser Liebessehnsucht, die seinen frühen tragischen Tod herbeiführt. Zu ihm gesellen sich die führenden Persönlichkeiten der 60er Jahre. Ein Werk, das in glücklichster Weise fesselnde Erzählung mit geschichtlicher Wahrheit verknüpft.

Bisher erschienen:

Liebe, Leben, Lady Hamilton.	Lord Nelsons letzte Liebe.
Historischer Roman von Heinrich V. Schumacher	(Fortsetzung von Lady Hamilton) Roman v. Heinrich V. Schumacher
Der Roman einer Kaiserin.	Grillparzers Liebesroman.
Katharina II von Rußland.	Die Schwedern Fröhlich.
Geschichtl. Roman von Eug. Zabel	Rom. aus Wiens klass. Zeit v. J.A. Lux
Ein Liebesidyll Ludwigs XIV.	Louise de La Vallière.
Historischer Roman von Dora Duncker	

Jeder Band geh. 4 M., geb. 5 M., in Pergament M 7.50

Zu haben in allen Buchhandlungen

Verlag von RICH. BONG, Berlin W 57

Huthaus Norden.

Badstr. 65
Brunnenstraße 52
Chausseestraße 55

Neu-Eröffnung!
Viertes Geschäft:
Dresdener Str. 120
am Oranienplatz.

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.

Kein Abzahlungsgeschäft. 2422*

Monatsgarderobe

Von Kavallieren getragene Ulster, Jackett-, Rock-, Frack-, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen

Türkischer, Prinzenstr. 79

am Moritzplatz

LEWINSOHN

Berlin • Rosenthaler-Str. 40 • 41

Neue Filiale: Charlottenburg, Mehringstr. 34, Ecke Mayazinstr. am Friedrich-Carl-Platz

Sensationell niedrige Preise! • Erstaunlich billige Gelegenheitskäufe!

Herren-Stiefel	Damen-Stiefel	Damen-Halbschuhe	Kinder-Stiefel
Rindbox-Schnürstiefel, auch Zug und Schnalle . . . nur 575	schwarz-Schnürstiefel, Derby Lackk., am Fassons, jetzt nur 395	Schwarze Schnürschuhe m. Derby, Lackk., modern, nur 375	Rindbox, sehr dauerhaft: 25-26 27-30 31-35 2.95 3.45 3.95
Roßchevreaux-Schnürstiefel, Derby, Lackkappe . . . nur 625	Roßchevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, schick nur 575	Roßchevreaux, Derby, mit Lackkappe, sehr schick . . . 495	Roßchevreaux, Derby, Lackkappe 25-26 27-30 31-35 3.25 3.95 4.25
Cloureaux-Schnürstiefel, Godyear-Weiß, Lackkappe 865	Godyear-Welt-Chevreaux-Schnürstiefel, am Fassons, nur 795	Elegante Lackhalbschuhe, sehr elegant 575	

Einsegnungs-Stiefel, Mädchen nur 3.95 4.75 5.95

Einsegnungs-Stiefel, Knaben nur 4.95 5.95 6.50

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Hans Meisinger-Römertrank-Kell.

Gutscht, Theaterstr. 44. T. A. 7. 8176

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Jassowitzer 32

Hamburger Leder- u. Schuhfabrik

J. Kastner, E. W. Arnsdorf

Bäckereien, Konditor.

Biottner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg

Adlershofer Bäckerei, M. Eggert

Max Backer, Kammerstr. 26

Emil Beyer, Thornerstr. 6

Bohndorf's Bäck., Kottbuserstr. 30

Brotaufabrik, Vorwärts

Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik, Niederbarnimstr. 25

Buehl & Sohn, Spandau

Paul Dely, Merkersstr. 15

Herm. Carl, Neukölln, Hermannstr. 211

Herm. Erdm., Schöneberg, 1. Franz Paulwotter

E. Frey, Blumstr. 72, E. Karchner

Engel's Landbrot, Holtenauer Mühle

Verkauf in Milchgeschäften

Wilh. Engel, Weissenhofstr. 4

Fischer, Götterstr. 55

Falkenstein, 28, Köpenickerstr. 172

W. Gerlach, Schöneberg, 47

Georg Geis, Metzgerstr. 29

Alfred Graf, Brunnenstr. 24

H. Hesse, Prenzlauer Allee 192

Hoppe's Neff, Kramnick, Adlerstr. 42

August Höbner, Schwedterstr. 52

August Haack, Oppenick

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Killes-Großbäckerei, Bobenstr. 3

Carl Landahn, Weidenstr. 30

Landbrot-Bäck., Schilf, Fr. Barabits

Landbrot-Großbäckerei

O. Senf, Ndt. Krug, Waldstr. 4

Hermann Leubert, Hauptstr. 23

Alfred Lier, Waisenstr. 3

Lichtenberger Brotfabrik

Emil Leske, Oranienburgerstr. 24

Mattke, Gipsstr. 9

E. Mertins, Reichenbergerstr. 152

E. Martin, Götterstr. 55

Fritz Müller, Gröbstr. 4

Gustav Mühlsteck, Rheinbergerstr. 2

Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21

Roman Nowak, Wienerstr. 3

Friedrich Oste, Madenstr. 10

Herm. Proell, Nonnendamm

Friedrich Probst, Andressstr. 31

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller, Filialen in verschiedenen Stadtteilen

Richard Heinke, Steglitz

Paul Hillmann, Turinerstr. 24

Arthur Roemer, Istb. Dam. 101

Max Sander, Dunckerstr. 22

Otto Schmidt, Adlerstr. 27

Otto Schillat, Götterstr. 48

Schütt, G., Filialen in Berlin O., N.O.

Heinr. Seubert, Boxhagen, Chaus. 5

Sikorski, Wiesenstr. 10, Hermannstr. 11

Stoher's Bäckerei, K. Triftstr. 64

Paul Stenzel, Baumhüttenweg

Rich. Schenk, Markusestr. 38

A. Schreier, Urbanstr. 61

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. & Hh.

National-Bad, Brunnenstr. 3

Bad Ostend, Boxhagen-Str. 17

Bad Pankow, Wollankstr. 26

Passage-Bad, Wollankstr. 26

Reform-Bad, Wollankstr. 26

Kuranstalt M. Schulz, Wollankstr. 26

Römer-Bad, Boxhagen-Rumbg.

Silesia, Boxhagen-Rumbg.

Viktoria-Bad, Kottbuser Damm 75

Bandagen, Gummiw.

R. Banke, Siraalauer Str. 56

Berkholz, Köpenickerstr. 70

A. E. Brunnenstr. 167

Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 30

Meyer, P. Mlls., Berlinerstr. 49-50

J. Ch. Pollmann, Lehnigerstr. 66

Wende, A., Optiker, Seydelstraße 15

Reiche, A., Lief. aller Klassen

Fritz Reibe, Schlesier, Hauptstr. 18

Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckstr. 3

Zaremba, Weinbergweg 1

Boerdig-Anst., Sergm.

Bredlow, Wollankstr. 10, Wollankstr. 13

A. Böttl, Zorndorfer Str. 32

Otto Böttner, Seckelstr. 22

H. Fischer, Hohenzollernpl. 11

Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170

Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37

Moldt, Fritz, Mlls., Reuterplatz

Gust. Nohert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeier, Stralauerstr. 8

Peter-Schley, Wllh., Zossenstr. 11

Neukölln, W. Urban, Nannstr. 1, Tel. Neuk. 289

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R., Neukölln, Kala-Friedr.-Str. 41

Carl Imme Jun., 28, 67, Marianne

Böttner, A., Danzigerstr. 96

Schramwar, H., Neukölln, Schilfstr. 118

Berufs-Illung

M. Bertram, Notzen, Maxstr. 17

Keiner, Otto, Gerichtstr. 86

Wecker, A., Mühlendamm 3

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kassestr. 104

Hullnack, Fehrbellinerstr. 1, E. Schick

A. Hampel, H. Ber. str. 44-45, Reisinger

Carl Henze, Andressstr. 55, Reisinger

Max Schöne, Landsberger Allee 149

reell und billig, M. Zysarnski, Alt Moabit 82

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Akt.-Brew. Pilsener, Eigenes Bier

Berlin SW., Tempelhofer Ufer 15

Brandenburg, H. W. Wollankstr. 119

Spek. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weidensee

Y. Lagerbier u. Malzbier

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere

Brauerei Pflaferberg

Versand- und Pilsener Bier

Brauerei Tivoli, Weiß- u. Malz-

Bier-Brauerei, Fruchtstr. 37

Caramel-Weißbier

fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich

Berliner Weib.-Brauerei E. Wilmner

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Berlin-Fischelstr. 1

Groterjans

Malzbier, Schik. Allee 126, T. III, 8042

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel

F. W. Hilsebräu A.-G.

Lagerbier und Malzbier

Hempel, E., Müllerstr. 104

Kahlenberg, A., Liebesvalderstr. 45

Unser

Thoma's bow, Bäckerei

Ackerstr. 111, Gerichtstr. 84

Josef Ulrich, Mantelstr. 100

C. Vogt, Weidensee

FFilial Hauptgesch. Sedowstr. 129

Volksbrot E. G. m. B. H.

Fehmannstr. 10, Mirlbachstr. 13

Hävelstr. 11, H. H. H. 168

Heerschmidt, E. K. in D. H. 173

Jon. Weymann, Götterstr. 17

Albert Winkel, Nannstr. 24

Otto Winkler, Nannstr. 73

E. Wolff, Grüner Weg 73

Heinrich Wittler

Pumpernickel, Schwarzbrot u. Simons-

fabrik, T. II, 2013, Maxstr. 7

Verkaufsst. I. all. Götter. Groß-Berlin

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 24

Augusta-Bad, Köpenick-Str. 60-61

Bad Landsberger, 107

Görlitzerstr. 41

Bürgerbad, Weidenstr. 40 b

Bad, Münzstraße 2

Canitz, Kassenlieferant

Central-Bad, Anzengruberstr. 25

Münchener Bad, Neukölln

Baas-Bad, Chiling Wollankstr. 58-61

Erstes Lohtannin-Bad

Wgl. fr. Abkochen, kein Extrakt, Wall-

str. 70-71, Lief. a. Kass. Neu-Cölln, W. 89

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landt. Allee 15

Badeanstalt, Hasenheide 18

Jungrunnen-Bad, Neukölln

Münchener Bad, Münchenstr. 31

Baas-Bad, Chiling Wollankstr. 58-61

Kur-Anstalt, „Löser“

Rosenthalerstr. 70

Bezugsquellen-Verzeichnis.

R. Gruner, Koppenhagenstr. 0

S. Grossmann, Ludwigerstr. 24

Henkes Bismarck, Kassestr. 94

O. Hahn, Neukölln, Hermannstr. 70

Otto Hinz, Grünstraße 8

Janiszewski, Poltz, Eisenbahnstr. 79

A. B. Keil, Charl. Kaiser-Friedrichstr. 79

G. Laurent, Brunnenstr. 63

Gustav Mal, Schönhaus, Allee 177

M. Strutzke, Seckelstr. 134

F. Müller, Danzigerstr. 27

Gärtner A. 67, Meitzer, Nll. Ringh.

H. Penski, Schwedestr. 19, Eck Badstr.

W. Rutschke, Nlls., Hermannstr. 62

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8

C. Sommer, Wraselstr. 44, Am IV 12066

Topfpflanzen aller Art

Brig. Rudowstr. 32, 92 Tel. Neuk. 134

Aug. Trothe, Wrangelstr. 11

Aug. Wandelt, Nlls., Bergstr. 95

H. Zinke, Neawa. Friedr. - E. Friederstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck, Dresdenstr. 97, Hülcherstr. 11

Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort.

Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz

15 Detail-Geschäfte, Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33a

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Lindner, Strellitzerstr. 63

Butterhandlung Pritz Muth

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen

Schulz, Arth. Mlls., Hermannstr. 65

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

43 Verkaufsstellen

Georg Wunder, Fruchtstr. 70

Sole, Märkerstr. 4

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorei, Wraselstr. 87

Althaus, Krüter-Buch, Lindowstr. 16

Cylix, G., 11 Filialen in Berlin

Ferd. Hahn, Berl. Fortsbergerstr. 72a

H. Paehle, Schillingstr. 10, Ka. Jülicher

Die Fabrikate der „Sarotti“

Chokoladen u. Cacao-Industrie-

Aktien-Gesellschaft sind überall erhältlich.

Neu: Simpli-Schokolade

Schütz, Wraselstr. 82, 87, 190

Filialen in Berlin und Vororten

Seiffert, Erich, Andressstr. 36

C. Senff, Bezugsqu. f. Händler

STOLWERK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Proletagen.

Die verschiedenen Sorten sind

untereinander gleichwertig und

unterscheiden sich, wie die

deutschen Edelweine, nur durch

ihre Aroma.

C. Voigt, Gröbstr. 27, Ecke Urbanstr.

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nll., Frankfurter-Allee 27

Brage, J., Neukölln, Bergstr. 87

P. Hofer, Kottbuser-Damm 75

Blitzer, 27, Zentralstr. 3, Dresdenstr. 14

Klein, Wllh., Müllerstr. 184

Oberbaum 1

A. Kunstmann, Neues, Priesterstr. 67

Lingel, Frig., Eisenbahnstr. 9

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Dienstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung statt.

Steglig-Friedenau. Der Familienausflug am nächsten Sonntag beginnt nicht, wie gestern irrthümlich mitgeteilt, um 1/2 12 Uhr, sondern um 2 Uhr nachmittags von der Brunenwaldstraße, Ecke Kleißstraße in Steglitz.

Leukwitz. Der zweite Unterhaltungsabend findet heute bei Dohns, Kaiser-Wilhelm-Straße, und nicht bei Brodaga, wie ursprünglich geplant, statt.

Am nächsten Sonnabend, den 21. d. M., findet von 8-10 Uhr abends bei Schulz, Nurfürststraße, der erste Elternabend statt. Die Eltern, besonders die Mütter werden gebeten, mit den schulpflichtigen Kindern dort zu erscheinen.

Bruckmühle. Am Sonntag, den 16. September, abends 7 Uhr, bei Augner, gemeinsamer Jahlabend für Bruckmühle-Eggerdorf.

Begleit-Waidmannslust. Sonntag, den 16. September, vormittags 8 Uhr, Flugblattverbreitung in allen Orten des Bezirks von den bekannten Solaken aus.

Buch. Heute, Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Starke, Bahnhofstr. 6, außerordentliche Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Die Laubenkolonien als städtische Milchkuhe.

Das Wort eines bekannten Professors, Berlin sei kommunalpolitisch die rückständigste Stadt der Welt, wird seine Berechtigung noch lange nicht einbüßen. Gezüchtet ward es vom Berliner Kommunalreform. In einer Beziehung aber ist die Berliner Freisinnshochburg nicht rückständig: sie versteht es, auf Kosten der unbemittelten, erholungsbedürftigen Bevölkerung Gold zu münzen. Man sieht auch an dem schier unaussprechlichen Generalpächtersystem in den Laubenkolonien, worüber schon Bäche von Entrüstung verspritzt worden sind. Die hierdurch seit Jahren eingerissenen schweren Mißstände gehören nicht zu den Ruhmesblättern unserer Stadtverwaltung. Der Generalpächter will verdienen, viel verdienen. Er hat sich von Anfang an, als die Stadt das Heft aus der Hand gab, zum „Laubenkönig“ entwickelt und den Laubenkolonisten den Fuß auf den Nacken gesetzt. Die Wachtpreise, die bei direkter Verpachtung ganz niedrige sein könnten, sind von Jahr zu Jahr ganz unerhört in die Höhe getrieben worden, so hoch hinauf, daß von merkwürdigem Ertrag des Laubens für den Kolonisten nicht mehr die Rede sein kann. Was der Kolonist in seiner Fron erarbeitet, fließt in die Taschen des Generalpächters und — der Stadt Berlin. Die Nacht beträgt heute gegen die Zeit vor einem Jahrzehnt das zehn- und fünfzehnfache! Verfehlt ist der Hinweis des Magistrats auf die Steigerung der Grundwertzuwachssteuer, da diese Steuer genau so hoch wäre, ohne die Laubenkolonien. Der Laubenkolonist ist es doch sicher nicht, der den Grundwert erhöht. Das hängt von ganz anderem ab. Und wenn schon, so ist doch das System, die erhöhte Steuer aus dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung herauszulagern, eben der Gipfel sozialer Rückstandspolitik. Zahlen beweisen. Im Jahre 1909 hatte der „Verband der Laubenkolonisten“ sich an den öffentlichen Ausbietungen nicht beteiligt. Nun waren die Generalpächter unter sich. Die Folge aber war, daß sie sich gegenseitig bis zu 36 mal überboten, wobei reichlich die Hälfte auf der Strecke blieb. Die Hauptrechnung bezahlte natürlich der Laubenkolonist. Von der Deffentlichkeit zähe bedrängt, hat der Magistratsfreisinn im Laufe der letzten Jahre sich mühsam zu einigem papiernen Entgegenkommen durchgerungen. Das System der Meistbietung besteht nicht mehr in der öffentlichen Ausbietung, sondern lediglich in der Abgabe von Geboten bis zu einem bestimmten Termin. Trotzdem sind die Wachtpreise immer höher geworden. Die Stadt als Besitzerin des größten Teiles des Groß-Berliner Laubensgeländes zeigt sich nach wie vor als die kräftigste Stütze des Generalpächtertums. Die Grundeigentumsdeputation sagt, sie wolle aus praktischen Gründen nicht mit einer großen Anzahl von Einzelpächtern zu tun haben. Nicht auf das „Praktische“, auf das Soziale kommt es an. Die Stadtverwaltung hat aber bewiesen, daß sie nur am Geschäft klebt, da sie trotz aller Angebote von Pflanzvereinen und Kolonistenverbänden immer wieder zu dem alten Liebesverhältnis mit den spekulierenden Generalpächtern zurückkehrte. In Blankenburg besteht eine Kolonie, deren Parzellen direkt von der Stadt an die Kolonisten verpachtet sind. Es geht also. Man muß nur wollen. Wie in vielen anderen Dingen beschämen auch in dieser Hinsicht viele Vorortgemeinden und deutsche Städte die Berliner Plausmacher-Mißwirtschaft. Neukölln, Schöneberg, Lichtenberg, Steglitz, Reinickendorf verpachten unter Aufsicht der Generalpächter. Die Stadt Ragdeburg bewilligte 29 000 M. zur Anlage von Laubenkolonien, vierjähriger Pachtvertrag, 7 Pf. der Quadratmeter einschließlich Jaun und Wasser; Flensburg 20jähriger Pachtvertrag, 4 Pf.; Berlin jede Gartenstelle 16 M., Laube errichtet die Stadt, Pacht jährlich 10 M., nach 10 Jahren wird die Laube Eigentum, die Stadt bewilligte dazu 16 000 M. Hinter dem Vorhang wuchert noch immer das in den Händen der Generalpächter liegende Kontinentensystem, trotz aller Magistratsverbote. „Wer nicht kauft, fliegt.“ ist zum Motto der Laubenkolonisten geworden.

Die Weltstadt Berlin hat an ihrer Spitze seit 10 Tagen einen „neuen Mann“. Er hat manches, das sich hören läßt, den gespannt aufhorchenden Berliner Einwohnern versprochen. Wird er auch in die Laubenmiese eingreifen? Will die Grundeigentumsdeputation keinen sozialen Sinn annehmen, so muß er ihr mit Festigkeit eingepflichtet werden. Herr Vermuth wird kaum umhin können, den schweren Vorwurf der Laubenkolonisten und der Deffentlichkeit, daß die Zulassung rückständigster Ausbeutung durch die Generalpächter ein Raub an der Volksgesundheit ist, zu überhören.

Zur Fleischsteuerung.

In der gemischten Deputation hatte am vorigen Dienstag der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Silbergleit Mitteilungen über das Steigen der Vieh- und Fleischpreise gemacht. Seine Ausführungen sind um so beachtenswerter, als sie nicht nur das außerordentliche Ansteigen der Feuerung ziffermäßig beweisen, sondern auch zeigen, daß nicht, wie

die Agrarier behaupten, einzig und allein die Fleischer die Schuld an der Feuerung tragen. Im Gegenteil: nach den vom Berliner Statistischen Amt ermittelten Ziffern sind die Preissteigerungen der Fleischer niedriger als sie entsprechend der Steigerung der Viehpreise sein könnten. Ein vom Statistischen Amt der Stadt Berlin verfaßter Auszug aus dem Referat des Prof. Silbergleit besagt folgendes:

Vergleicht man den Monat August dieses Jahres mit dem gleichen Monat von 1901, so ergibt sich bei den mittleren Sorten des Viehes durchweg eine sehr erhebliche Preissteigerung und zwar beziffert sie sich für Ochsen auf 45 Proz., für Bullen auf 49, für Färsen und Kühe auf 55, für Kälber auf 58, für Schafe auf 27, für Schweine auf 41 Proz. Gegenüber den schon an sich sehr hohen Preisen des gleichen Monats des Vorjahres, also des August 1911, stellen sich die Zunahmeprozentage bei Ochsen auf 13, bei Bullen auf 14, bei Färsen und Kühen auf 24 Proz., bei Kälbern und Schafen auf je 15 Proz., dagegen bei den Schweinen auf nicht weniger als 40 Proz.

Demgegenüber nahmen die Fleischpreise zu: für Rindfleisch von der Keule um 13, von der Brust um 11 Proz., für Bauchfleisch um 12, für Kalbfleisch von der Keule um 8, von der Brust um 7, Schulterfleisch gleichfalls um 7 Proz. Der Preis von Hammelfleisch von der Keule oder vom Rücken nahm um 12, von Brust oder Bauch um 15 Proz. zu. Der Steigerung der Schweinepreise um 40 Proz. steht aber eine sehr viel geringere des Schweinefleisches gegenüber, und zwar um 15 Proz. für Rücken und Rippensteck, um 23 Proz. für frischen Schinken, nur um 21 Proz. für Schweine-Schulterfleisch oder Bauch.

Ist sonach die Fleischpreissteigerung dem Anziehen des Viehpreises bei Rindern, Kälbern und Schafen nur zögernd gefolgt, so blieb sie weit hinter dem Viehpreis zurück bei Schweinefleisch — Feststellungen, die um so beachtenswerter sind, als die zunehmende Preissteigerung des Viehes nicht erst mit dem letzten Monat zu beobachten ist, sondern schon etwa mit dem April eingeseht hat. Ist sonach auch die Verteuerung des Schweinefleisches nach sehr viel geringeren Verhältnissen erfolgt, als die der Schweine, so ist sie mit einem Betrage von 15 bis über 20 Proz. doch an sich ganz außerordentlich groß und erfordert um so größere Beachtung, als im Fleischkonsum von Groß-Berlin gerade das Schweinefleisch die Hauptrolle spielt. Vom gesamten Fleischkonsum Groß-Berlins entfallen nämlich auf Schweinefleisch über drei Fünftel — 63 Proz. —, dagegen auf Rindfleisch nur 24, auf Kalbfleisch 6 und auf Hammelfleisch 7 Proz.

Was die Verhältnisse im Ausland anlangt, so erscheint die Annahme nicht zutreffend, daß eine Steigerung des Fleischpreises überall stattgefunden habe, zeigen doch die neuesten, auf den Juni sich beziehenden Ziffern von Paris eine Abnahme des Preises des genannten Monats gegenüber demjenigen des Vorjahres und zwar von 9 Proz. bei Rindfleisch, 6 1/2 Proz. bei Kalbfleisch und 8 Proz. bei Hammelfleisch, während eine und zwar nur minimale Steigerung um 1/2 Proz. lediglich bei Schweinefleisch zu verzeichnen ist. Für Berlin aber ergibt sich auch bei diesem Vergleich auf der Grundlage des diesjährigen und des vorjährigen Juni-preises eine Steigerung und zwar von je 6 Proz. für Rind- und Kalbfleisch, von 8,5 Proz. für Hammelfleisch (durchweg Keule oder Rücken) und von 7,4 Proz. für Schweinerücken und Rippensteck. In welchem Umfang sich die Verhältnisse in den folgenden Monaten noch weiter zuspitzen haben, geht aus den oben mitgeteilten Ziffern für den letztverflossenen Monat — August — hervor.

Auf jeden Fall steht fest, daß die Preissteigerung des Viehes eine ungeheure ist — und sie nimmt von Tag zu Tag zu. Es ist also die höchste Zeit, daß Staat und Gemeinde Abhilfe schaffen. Oberbürgermeister Wer-muth hat auf den 18. d. Mts. eine Konferenz der Gemeindevon Groß-Berlin zusammenberufen, um mit ihnen über Mittel zur Abhilfe der Feuerung zu beraten. Nach den Beschlüssen der gemischten Deputation kommt als erster Schritt in Betracht die Eingabe an Bundesrat und Reichstag auf schleunigste Aufhebung der Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes, welche die Einfuhr von Fleischerfleisch hindern. Wie schon erwähnt, hat der Reichstag bereits einen solchen Beschluß gefaßt. Am 20. März fand im Reichstag der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung.

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage mit größter Beschleunigung eine Novelle zum Gesetz betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juli 1900 vorzulegen, durch welche die Einfuhr von ausländischem Geflügelfleisch, Wachsenfleisch und Wurst ermöglicht wird.

Dieser Antrag wurde vom Reichstage angenommen. Konservativ und Zentrum bezweifelten das Ergebnis der Abstimmung, aber eine vom Präsidenten angeordnete Gegenprobe bestätigte die Annahme.

Ferner wurde ein freisinniger Antrag am demselben 20. März angenommen:

Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die bei der Einfuhr von ausländischen Speck und Schinken im Reichsfleischbeschaugesetz vorgesehenen Ausnahmen von der Vierkilogramm-Grenze auch auf selbständige, leicht zu untersuchende Organe (Leber und Zungen) auszuweiten.

Es liegen also Beschlüsse des Reichstages vor! Daß sich die Regierung um sie bisher nicht gekümmert hat, ist ja bei ihrer nur für das Wohl der Agrarier interessierten Stellungnahme selbstverständlich. Aber um so mehr ist es Pflicht der Gemeindevon, deren Bevölkerung unter dieser Fleischwucherpolitik leidet, daß sie energisch und deutlich ihre Stimme erheben und die Verfechtung der Fleischpreise fordern.

Andererseits werden die Gemeindevertretungen in ihrer Konferenz am 18. d. Mts. auch zu prüfen haben, welche sofortigen Maßnahmen der Gemeindevon zur Milderung der Fleischnot möglich sind. Der Notstand nimmt einen so erschreckenden Umfang an, daß rasche Hilfe dringend nottut!

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn wird ihre wegen der Umbauarbeiten im Gleisbereich zurzeit gesperrte Linie Warschauer Brücke — Zoologischer Garten vom nächsten Sonntag ab wieder in Betrieb nehmen. Da dann, wie früher, direkte Züge zwischen dem Westen und Osten verkehren, kommt das jetzt bei solchen Fahrten nötige Umsteigen auf dem Bahnhof Leipziger Platz in Wegfall.

Eine überaus lebhaft Bauartige herrscht gegenwärtig an der Spree zwischen Fischerbrücke und Strolauer Straße. Wenn man an der künftigen Uferpromenade steht, hat man einen interessanten Blick auf die alte Fährerreihe der Fischerbrücke, über der stolz und majestätisch der Bettrichthron thronet. Der majestätische der Inselsteiger ruht sich fast ganz verschunden und so kann man die zum Teil recht pittoresken Berliner Bauten mustern, vor denen sich der kleine Dampferhafen ausdehnt. An dieses lebhaft „Seestäd“ schließt sich links die im Umbau befindliche Inselbrücke an, die in ihrer ganzen Ausdehnung „mit Brettern vernagelt“ ist. Und weiter links folgt dann die gewaltige Bauweise des Sprechmanns mit ihren haushohen Kränen und Leitungsmasten. Den Abbruch bildet der „dicke Willem“, wie man den allertümlichen Turm des märkischen Provinzialmuseums nennt. Das ganze mutet so fremdartig an, daß wohl auch gute Kenner der Haupt- und Residenzstadt, wenn ihnen dies im Wilde vorgeführt würde, sagen dürften: diese Gegend ist mir gänzlich unbekannt — Berlin ist das nicht!

Ein städtisches Verwaltungsgebäude soll auf dem Terrain des ehemaligen Inselsteigers errichtet werden. Die Stadt Berlin verfügt zurzeit immer noch über zahlreiche Mieträume, in denen

städtische Verwaltungen untergebracht sind und das trotz des vor kurzem in Gebrauch genommenen neuen Stadthauses. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in dem neuen Verwaltungsgebäude endlich auch die Stadtbibliothek ein Heim finden. Wenn aber der Bau dieses Gebäudes auch so lange Zeit in Anspruch nehmen sollte, wie zu dem Stadthause notwendig war, wird wohl noch mancher Tropfen Wasser die Spree hinabfließen, ehe die Stadtbibliothek ein Unterkommen findet.

Die Deputation für die städtischen Hoch- und Fortbildungsschulen hat in ihrer letzten Sitzung u. a. beschlossen, das Auditorium der Handwerkerhörschulen durch Zuwahl je eines Vertreters des elektrotechnischen Vereins und des Optikerverbandes zu erweitern. Ferner beschloß die Deputation die Einrichtung eines Rates für die Uhrmacherklassen der Pflichtfortbildungsschule.

Der Messerstecher aus dem Rauener Vorortzug ist noch immer nicht ermittelt. Nachdem die Nummer des im Forsthaus Rauener gehoblenen Fahrradestes festgestellt worden war, konnte man mit einer Auffindung des Rades rechnen. Bisher ist es aber noch nicht zum Vorschein gekommen. Nach der von den meisten Personen, die den Messerstecher sahen, gegebenen Beschreibung des Täters, der sich am Vorwerk Bredow unmittelbar nachdem er den Zug verlassen hatte, fast in den Händen seiner Verfolger befand, muß es sich um einen jungen Menschen handeln, der sich unzuverlässig in geordneten Lebensverhältnissen befunden hat und nicht etwa unter Landfremden zu suchen ist. Es muß deshalb um so mehr Wunder nehmen, daß sich aus seinem Bekannten- oder Verwandtenkreise, den der Messerstecher vermutlich nach der Tat sogleich aufgesucht haben wird, bei den Verfolgungsbehörden niemand gemeldet hat, der auf diesen Mann hingewiesen hat. Natürlich ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Mann wegen seiner nassen Kleider zuerst seine Kreise gemieden und erst nachher aufgesucht hat, vermutlich auch ohne Rad. Augenblicklich werden von den Verfolgungsbehörden, u. a. auch den Bahnpolizeibehörden, alle Orte, an denen Fahrräder gewohnheitsmäßig aufbewahrt werden, wie Wohnhöfe, Gepäckabgabestellen, Güterhallen, öffentliche Institute, Fabrikunternehmungen usw., daraufhin geprüft, ob unter den dort lagernden Rädern ein Brennabrad mit der Nummer 478649 befindet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich das Rad in einem märkischen Waldstück oder auf dem Grund eines Teiches oder Biefengrabs befindet, wo es der Täter, nachdem er sich außer Verfolgung dachte, verdeckt bzw. versenkt hat. Die mit der Reinigung derartiger Gräben betrauten Organe werden in den nächsten Tagen mit besonderer Instruktion versehen werden.

Durch einen Sturz vom Gerüst tödlich verunglückt ist gestern vormittag der 54 Jahre alte Maler Alex Dörn aus der Franckestraße. Das Haus Luisenstraße 86 wird augenblicklich neu gestrichen. Auf dem Hofe ist ein Leitergerüst errichtet, das bis an das Dach des vierstöckigen Gebäudes reicht. Als Dörn gestern vormittag kurz vor 10 Uhr im vierten Stock mit seinem Farbeneimer von dem einen Seitenflügel am Quergebäude vorbei nach dem anderen gehen wollte, trat er auf einem Laufbrett fehl und stürzte in die Tiefe. Im Fallen flog er im dritten Stock gegen ein Fenster, das in Trümmern ging. Dann schlug er wieder auf die Rüstung auf und fiel nun auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit gebrochenen Gliedmaßen bestunmungslos liegen blieb. Der Verunglückte, der verheiratet war, wurde nach der Charité gebracht, dort konnten aber die Ärzte nur noch seinen Tod feststellen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trat sich am gestrigen Freitag früh am Kaiser-Friedrichplatz zu. Der Kaufmann Otto Keil hatte gegen 1/8 Uhr einen Wagen der Linie 66 zur Fahrt nach dem Bureau bemagt. Am Kaiser-Friedrichplatz wurde er plötzlich unwohl und wollte den schon in der Ansahrt zur Haltestelle befindlichen Wagen verlassen, um seine in der Nähe belegene Wohnung aufzusuchen. Dabei kam er zu Fall und blieb bestunmungslos liegen. Auf der Unfallstation wurde festgestellt, daß der Verunglückte eine Gehirnerschütterung erlitten hatte. Er fand im Urban-Kranken-hause Aufnahme.

Auf der Durchreise vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag am Schlesienschen Bahnhof ein 66 Jahre alter, aus Groß-Rietz gebürtiger Arbeiter Otto Zepper. Der Mann hatte sich dort in den Wartesaal vierter Klasse begeben, um auf den nächsten Zug zu warten, der ihn nach seiner Heimat bringen sollte. Mäßig erkrankte er so schwer, daß sich andere Reisende genötigt sahen, einen Arzt von der nächsten Hilfsstation herbeizurufen. Als dieser erschien, war der Mann bereits gestorben. Da der Arzt die Todesursache nicht feststellen konnte, wurde die Leiche polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Eine bemerkenswerte Kundgebung des 90 Touristenvereins umfassen den Allgem. Märkischen Touristen-Vundes (Organ „Die Mark“) erörterte mehrere jetzt stark interessierende Fragen. Redakteur G. E. Knyler kritisierte die Absperrungen von märkischen Wäldern, so das Verbot des Betretens der Rangsdorfer Gutsforst und des Blumenthal-Waldes sowie die dort neu errichteten Absperrgitter, die Entwässerung unserer Brunenwald-seen und die dort jetzt angebrachten Drahtzäune, die Zerstörung der 600jährigen Glauer Kapellenruine und andere Schädigungen von Kultur- und Naturdenkmälern. Schon vor einigen Monaten wurde gegen die umfangreichen Abholzungen in der städtischen Bucher Forst protestiert, besonders auch gegen die Absperrungen städtischer Wälder bei Bernau. Jetzt sind die städtischen Wälder freigegeben. Aber mit dieser Freigabe ist noch nicht gesagt, daß diese Wälder auch erhalten und geschützt bleiben, da eigentlich die Gelände zu Kiefern-wäldern angekauft wurden und Berlin schon manchen Waldteil abgeholzt und in Kiefernfelder umgewandelt hat. Es müssen daher Schritte für eine Sicherstellung dieser städtischen Wälder unternommen werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 16. September, abends 7 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstraße 68/69: Humoristischer Lichtbildervortrag von Otto Roth-Berlin. 1. Der heilige Antonius von Padua mit 76 kolorierten Bildern. Von Bild. Buch. 2. Die Berliner Denkmäler und der Volkswitz. Billets a 30 Pf., Garderobe frei, sind bei Horst, Engelwer 15, Gottfr. Schulz, Am Rottbuscher Tor und an der Kasse zu haben.

Wer ist der Tote? Im Tiergarten erschossen hat sich in der vergangenen Nacht ein noch unbekannter junger Mann von 18 bis 20 Jahren. Eine Schutzmannspatrouille fand den Lebensmüden auf einer Bank an der Charlottenburger Chaussee, in der Nähe des großen Sterns, bestunmungslos daliegen. Er hatte sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Brustseite geschossen. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, brachten ihn die Beamten mit einer Droschke zur Charité. Bei ihrer Ankunft konnte der Arzt jedoch nur noch den Tod des jungen Mannes feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Bis jetzt gelang es noch nicht, die Persönlichkeit des unbekanntem Toten, der keine Papiere bei sich hatte, festzustellen. Er war bekleidet mit einem grauen Jacketanzug, einem schwarzen, feinen Hut, weißer Wäsche ohne Zeichen, braunen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen liegen aus in der Zeit vom Sonntag, den 15. bis einschließlich Montag, den 30. September

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 14. Sept. 1912
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches Haus 2 Teil.
Anfang 7 Uhr.
Rgl. Opernhaus Hofopern.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Schauspielhaus Der große König.
Deutsches Schauspielhaus Egonmont.
Brater. Der Walzerkönig.
Montis Operetten Goldener Leichstimm.
Zirkus Albert Schumann Gala-Premiere.
Anfang 8 Uhr.

Krona Taubenstraße 48/49.
An den Seen Oberitaliens.
Besing. Einmalen Reisen.
Kammerspiele Mein Freund Teddy.
Kurfürsten-Oper Der Kaufmann.
Berliner Große Hofoper.
Königgrätzer Straße Die fünf Bräutigame.
Kleines Der Unterschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchen's Geburtstag.
Schiller O. Die Gelehrten. Paracelsus. Der grüne Kalaber.
Schiller - Charlottenburg Nach dem Leben.
Reichens Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Autolienchen.
Luisen Alpenkönig und Menschenfeind.
Herrnsfeld Wie man Männer besser.
Die Original-Klabrias-Partie.

Trionon Die Briefstube. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol Schwindelmeier u. Co. Casino. Der Großfürst.
Reichshallen Stettiner Sänger. Die Nacht der Löwe.
Wintergarten Spezialitäten.
Apollo Spezialitäten.
Passage Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schauspielhaus So'n Bindband.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus Die feuchte Eulanne.
Rose Papststreich.
Volzhalla Nur nicht drängeln.
Goltes Caprice Der feuchte Joseph.
Der Hebbod.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater Lore. Die Spieler.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast Ubbaldett: Dbonne.
Sternwarte Invalidenstr. 67-69.

Schiller-Theater O. Hölle. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin - Paracelsus.
Der grüne Kakadu.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop.
Die Schule der Frauen.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nachtrüb.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Talisman.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Talisman.

Berliner Theater Abends 8 Uhr:
Große Hofoper
Theater in der Königgrätzer Straße Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter
Deutsches Schauspielhaus (Römische Oper).
An allen Tagen der Woche 7 1/2 Uhr:
Egonmont.
Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) Abends 7 1/2 Uhr:
Goldener Leichstimm.
Residenz-Theater 8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Renouf und Bardi.
Morgen und folgende Tage:
Der Herr von Nr. 19.

Luisen-Theater Abends 8 Uhr:
Der Alpenkönig und der Menschenfeind.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ich lasse dich nicht.
Abends 8 Uhr: Der Walzerkönig.
Montag: Der Walzerkönig.

Apollo Theater Ab 8 Uhr
Lachen ist die Parole!
4 Schwestern Raby
Humorist akrob. Potpourri.
H. Vagn Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei Lora
und 8 weitere Novitäten.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Papststreich
Morgen Sonntag 8 Uhr: Die Rabin von Toledo. 8 1/2 Uhr: Papststreich.
An d. Gartenbühne 3. vorletzten Platz: Es gibt nur ein Berlin. Dr. Reoue.
Anfang 8 Uhr. Nach dem Leben.

Metropol-Theater
Schwindelmeier & Comp.
Schant-musik Komödie in 3 Akten aus d. Engl. völlig frei bearb. von R. Freund.
Musik von H. Nelson, u. a. Länge von 2 1/2 St. In Szene gef. d. Dir. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Nach dem Leben.

Herrnsfeld Theater
Wie man Männer besser!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Passage-Theater
Abends 8-11 Uhr
Gastspiel des sieben Spasmacher
„Da tut sich was.“
Große Metropol-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dänische übersetzt von Schmolius Feind.
Musik von Victor Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shoultz.
Jean Pedro, Fratz Massiev, Lantsch Messing, Papi Papi, Kehr Erzbishop, Luido Quetscher.
Pfeifen überall gestattet!
Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Residenz-Lichtspiele
Blumenstraße 10.
In dem heutigen Programm:

Rätsel des Herzens.
Drama in 2 Akten.
Ab Dienstag:
Bruder und Schwester
Dramatisches Lebensbild in 3 Akten.

LICHT-SCHAUSPIEL HAUS
G. m. b. H.
Koppenstr. 29.
Täglich von 6-11 Uhr:
Dauer-Vorstellung.
U. a.:
Der Eid des Stephan Huller
II. Teil.
Entree 30, 50, 80 Pf.
Jeden Sonntag 3-5 Uhr:
Kinder-Vorstellung
Entree 10 Pf.

Zirkus Albert Schumann.
Sonnabend, den 14. September, **Gala-Premiere** abends 7 1/2 Uhr:
mit nur durchweg Neuheiten.
Sonntag, den 15. September: 2 große Vorstellungen 2 Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags hat jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren frei auf allen Plätzen, außer Galerie.
In beiden Vorstellungen das **Gala-Premiere-Programm**.

Zirkus Busch
Bahnhof Börse.
Sonnabend, 21. September, abends 8 Uhr:
Gala-Premiere.
Vorverkauf ab Montag, den 16. September, im Zirkus Busch, bei A. Wertheim und Invalidendank. 102/1

Reederei Nobile
a. d. Jannowbrücke, am Spreepalast.
Morgen Sonntag: **Großer Ausnahmetag nach der „Berliner Schweiz“**
zur Einweihung der neuen Lokaltäten
Abfahrt: Sonntags um 9 Uhr, nachmittags um 2 Uhr. Ein und zurück 60 Pf. Im Barfischhof: freitags. 230/17

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen **beim Alten Freund**.
Heerstraße

ZOOLOGISCHER GARTEN
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Heute:
Große Festbeleuchtung.
Eintritt 1 Mark.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58
Heute geschlossen.
Sonntag, den 15. September 1912:
Robert und Bertram.
Montag, den 16. September: Eröffnung der Winterferien.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Novitäten:
Der feuchte Joseph.
Der Hebbod.
Der Einbrecher.

UT Union Theater
Heute Erstaufführungen:
In den Union-Theatern
Alexanderplatz und Unter den Linden
Der Schwur des **Schweigens.**
Eine Offiziers-Tragödie in 4 Akten.

In den Union-Theatern
Moritzplatz Hasenheide und Wedding.
Reinickendorfer Str. 14
Fortsetzung u. Schluß des Filmschauspiels nach dem bekannten Roman **Felix Holländers**
Der Eid des Stephan Huller.
Außerdem eine Fülle der interessantesten **Licht-Kunstspiele.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Die Macht der Töne.
Curles v. Wegel.
Anfang 8 Uhr.

Humor-Quartett
Gg. Treuer Kantonalallee 60
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Keine Filialen in Berlin
Der große Glogall.
10
Wenn Sie dieses Inserat mitbringen, gewähre bis 1. Oktober auf Möbel und Wohnungs-Einrichtungen **10** Proz. Ermässigung

Anzahlung 3
1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kleiderschrank
1 Tisch
3 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
Wochenrate . M. 1.50
Mark

Anzahlung 3
1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kleiderschrank
4 Stühle
1 Tisch
1 Spiegel
1 Konsole
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Küchensessle
1 Rahmen
Wochenrate . M. 2.00
Mark

Anzahlung 3
1 Kleiderschrank
1 Vertiko
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Tisch
4 Stühle
1 Spiegel
1 Konsole
1 Küchenschrank
1 Tisch
2 Stühle
1 Rahmen
Handtuchhalter
Kabinetkasten
Wochenrate . M. 2.50
Mark

Anzahlung 3
1 Sofa
1 Sofatisch
1 Truwan
4 Stühle
1 Vertiko
1 Kleiderschrk.
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Waschtisch
1 komplette Küche
in allen Farben
Wochenrate . M. 3.00
Mark

Anzahlung 3
1 Sofa, 2 Sessel
1 Salonbank
1 Truwan
4 Stühle, 28 Sten
1 Tappich,
2 Fanter
Porzellan
1 Vertiko
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Waschtisch
1 Nachttisch
1 Schrankspiegel
1 komplette farbige Küche
Wochenrate . M. 4.00
Mark

10 Prozent Ermässigung
gewähre bis 1. Oktober auf Möbel und Wohnungs-Einrichtung wenn Sie dieses Inserat mitbringen
Alte Jacobstr. 63.
Ecke Dresdener Str.
Keine Filialen im Platz

Sechster Schwedischer Gewerkschaftskongress.

Stockholm, 9. September.

Der Gewerkschaftskongress wurde am 8. September eröffnet. Es nahmen 223 Delegierte und Gäste an den Verhandlungen teil. Die Zahl der vertretenen Gewerkschaftsmitglieder beträgt rund 87.000.

Von den Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste interessiert hier nur die von Cohen-Berlin, der die Grüße der deutschen Gewerkschaften überbrachte. Er schilderte die ununterbrochenen Kämpfe des deutschen Unternehmertums, die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl durch die Gesetzgebung als durch Zersplitterung zu hindern.

Der Vorsitzende der schwedischen Landesorganisation, Lindquist, Stockholm ergänzt sodann kurz den schriftlichen Bericht der Landeszentrale. Die Mitgliederzahl der Unternehmerrorganisationen nach dem großen Kampfe von 1909 habe in Verbindung mit der wirtschaftlichen Krise eine Schwächung der Gewerkschaften zur Folge gehabt.

Die wichtigsten Fragen, die der Kongress zu entscheiden hat, sind die Organisationsform und die gegenseitige Unterstützungspflicht. In beiden Fragen stehen sich zwei Richtungen gegenüber. Hinsichtlich der Organisationsform verlangt die eine von den Holzarbeitern und Fabrikarbeitern insbesondere unterstützte Richtung die Verschmelzung der bisherigen Branchen- und Industrieverbände, während die zweite, besonders von den Metallarbeitern getragene Gruppe, die Durchführung der Betriebsorganisation fordert.

Der Kongress beschäftigte sich sodann mit der Hauptfrage, mit der gegenseitigen Unterstützungspflicht. Auch hier stehen sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine will die gegenseitige organisierte Unterstützungspflicht aufheben, während die zweite Richtung die gegenseitige Unterstützungspflicht beibehalten will. In der Reorganisationskommission hat die letztere Auffassung die Mehrheit gefunden.

Die Abstimmung über die Prinzipienfrage, ob Unterstützungspflicht oder nicht, ist eine namentliche. Für den Antrag der Majorität stimmen 111 Delegierte, dagegen 80. Das Resultat der Abstimmung wird beifällig aufgenommen.

Stockholm, den 10. September.

Nach der gestrigen Abstimmung in der Hauptfrage bieten die Kongressverhandlungen heute ein ganz anderes Bild. Die Ungewissheit über das weitere Schicksal der Landesorganisation, wie sie seit drei Jahren bestand, machte sich während der ersten drei Kongressstage stark geltend. Auch nachdem die Frage gestern zugunsten der organisierten Solidarität, wie sie bisher in Schweden bestand, entschieden war, konnte man zunächst eine gewisse Nervosität beobachten. Die Statistikkfrage fand kaum die Beachtung, die sie in der Gewerkschaftsbewegung beanspruchen möchte.

darf die Wiederkehr der alten Entschlossenheit, nachdem die Ungewissheit in der Hauptfrage beseitigt war.

Heute morgen setzte die Debatte über die Frage des Minimalbeitrages in den schwedischen Gewerkschaften ein. Der Zweck der vorliegenden Anträge ist die Herbeiführung einer besseren Finanzierung der angeschlossenen Verbände. Lindquist fordert die Durchführung eines Mindestbeitrages von 15,90 Kronen pro Jahr und Mitglied, von den Metallarbeitern wird ein Minimalbeitrag von 20,40 Kronen pro Jahr und Mitglied beantragt. Mit 92 gegen 91 Stimmen, die für den Antrag der Metallarbeiter abgegeben wurden, wird der Antrag Lindquist angenommen, erhält aber zugleich die außerordentlich wichtige Ergänzung, daß der 30 Cere-Beitrag pro Woche (15,90 Kronen Jahresbeitrag) nur für Bewältigung und Konstituente Verwendung finden darf, während für sonstige Unterstühtungen ein entsprechend höherer Beitrag erhoben werden muß. Die Durchführung dieses Beschlusses muß bis 1. Januar 1915 erfolgt sein, so daß von diesem Tage die Bedingung für den Unterstühtungsanspruch an die Landesorganisation von dem Nachweis eines Verbandsbeitrages in obiger Höhe abhängig ist. Damit hat die Opposition, soweit sie eine bessere Finanzierung der Verbände begedachte, einen erfreulichen Erfolg erzielt. Ferner wurde das Eintrittsgeld der Landesorganisation von 20 auf 40 Cere pro Mitglied und der ordentliche Beitrag an diese von 10 auf 18 Cere pro Mitglied und Monat erhöht. Die Majorität war in beiden Fällen überwiegend. Im weiteren wurde ein Antrag abgelehnt, der die Verbände bei der Erhebung der Streikbeiträge durch die Landeszentrale von der Beitragspflicht für ihre arbeitslosen Mitglieder befreien würde. Eine längere Debatte entfiel den Anträgen, die den angeführten Funktionen der Landesorganisation das Recht nehmen wollten, politische Mandate anzunehmen bzw. auszuüben. Sie wurden mit knapper Mehrheit abgelehnt. Der Versuch, sie auf Umwegen durch die Bestimmung wieder einzuführen, daß die politische Mandate ausübenden Funktionäre die Ersatzkassen selbst besoldet sollen, wurde mit größerer Mehrheit zurückgewiesen. Sodann wird die Zusammenfassung der Vorstandsbeschlüsse beraten. Es liegen Anträge vor, die eine proportionale Vertretung der Verbände in der Vorstandskonferenz bezwecken, um den großen Verbänden einen größeren Einfluß zu sichern. Beschlossen wird, zunächst jeder angeschlossenen Organisation einen Vertreter zuzugewähren, sodann sollen Verbände mit mehr als 10.000 Mitgliedern einen weiteren Vertreter erhalten. Ein weiterer Antrag, jedem Vertreter in der Vorstandskonferenz bei den Abstimmungen eine Stimme auf je 100 vertretene Mitglieder zuzugewähren, wird abgelehnt.

Verbandstag der Gärtner.

Am Freitag begann die Sitzung mit einem Referat des Redakteurs Albrecht-Berlin über Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz im Gärtnerberuf.

Bezüglich statistischen Material und persönliche Erfahrungen führte der Redner aus: Im Publikum sowie in Kreisläusen sei immer noch die Ansicht verbreitet, daß der Gärtnerberuf gesundheitsfördernd sei. Die Gärtner selbst seien durch ihre Erfahrungen zu der entgegengesetzten Ansicht gekommen. Soweit Material über Sterblichkeit und Krankheitsursachen vorliege, beweise es, daß der Gärtnerberuf keineswegs zu den gesunden gehöre, sondern erhebliche Gesundheitsgefahren mit sich bringe. Es sei ein großer Unterschied zwischen Gartenbeschäftigung und Gartenarbeit. Wer sich zur Erholung oder zur Förderung seiner Gesundheit im Garten beschäftigt, der macht es wie er will oder wie es der Arzt verordnet. Wer aber berufsmäßig Gartenarbeit macht, der muß tun, was der Unternehmer will, ohne Rücksicht auf Wind und Wetter, und es muß schnell getan werden in langer Arbeitszeit. Die Leitfäden seines Vortrages fasste der Redner zusammen in folgender Resolution, die ohne Debatte angenommen wurde:

Die Generalversammlung erachtet es als dringende Aufgabe des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, den gesundheitlichen Verhältnissen im Gärtnerberuf größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die durch die Krankenkassen zu ermittelnden Nachweise über die Krankheitsursachen sollen nach eingehender Erforschung und so bearbeitet werden, daß das statistische Material unanfechtbar ist. Dies Material ist den Ärzten und Laienkreisen zugänglich zu machen, damit sie ihre irdmliche Ansicht, die Gärtner sei ein gesundheitsfördernder Beruf, endlich aufgeben. Das bisher vorliegende Material der Krankenkassen bezieht sich in jeder Hinsicht die Erfahrungsstatistik der Gärtner, daß in allen Gärtnereibezirken die Erhaltungskrankheiten am häufigsten vorkommen, viel häufiger wie in den verwandten Berufen, der Land- und Forstwirtschaft, und daß die Sterbefälle etwa zu 70-80 Proz. auf diese Ursachen zurückzuführen sind.

Es muß nachdrücklich hervorgehoben werden, daß an diesen Krankheiten zu einem erheblichen Teil soziale Zustände die Schuld tragen, besonders allzulange und nur von ungenügenden Pausen unterbrochene Arbeitszeit, das Dösen und Jagen bei der Arbeit, der Logiszwang beim Arbeitgeber, der schlechte Wohn- und Schlafräume hergibt, die schlechten Wohnverhältnisse. Ein kleiner Teil der Schuld fällt auch auf die Unkenntnis der Berufsangehörigen über die körperliche Gesundheitspflege.

Als Mittel, den Gesundheitsgefahren nach Möglichkeit entgegenzuwirken, sind zu betrachten: Bessere technische Vorrichtungen in den Kulturräumen und auf den Arbeitsstätten sowie bei den Heizungsanlagen der Treibhäuser. Verfürgung der Arbeitszeit. Vereinfachung des Kost- und Logiszwanges. Höhere Löhne. Belehrung über die Bedingungen der körperlichen Gesundheitspflege.

Erhöhte Gefahren bringt die Gärtnerarbeit den erwerbsfähigen Kindern und Frauen. Da statistisch erwiesen, daß allein im Königreich Preußen in der Gärtnerei über 40.000 Frauen beschäftigt sind und es feststeht, daß die Kinderarbeit in der Gärtnerei immer mehr zunimmt, so fordert die Generalversammlung von der Gesetzgebung, daß die in der Gewerbeordnung und im Kinderschutzgesetz gegebenen Schutzvorschriften für Frauen, Jugendliche und Kinder auch auf die Gärtnerei angewandt werden. Berufstechnisch sieht dieser Forderung nichts entgegen.

Von den Berufsgenossenschaften wird der Erlaß von Bestimmungen gegen die Unfallgefahren und eine entsprechende Kontrolle über die Durchführung solcher Vorschriften gefordert.

Ueber die Regelung der Gehälter der Angestellten

hat eine Kommission beraten. Sie unterbreitete der Generalversammlung eine Vorlage, die nach kurzer Diskussion angenommen wurde. Danach beträgt das Gehalt der Ortsbeamten und Bezirksleiter 2000 M. und steigt jährlich um 60 M. bis zur Höchstgrenze von 2800 M. Die Angestellten im Hauptvorstand bekommen ein Anfangsgehalt von 2200 M., welches jährlich um 80 M. bis zur Höchstgrenze von 3000 M. steigt. Die Organisation trägt die vollen Beiträge zur Privatbeamtenversicherung. Dagegen tragen die Angestellten die vollen Beiträge zur Unterstützungsvereinigung. Diejenigen Angestellten, die der Unterstützungsvereinigung nicht angehören, haben die Hälfte des Beitrages zur Privatbeamtenversicherung selbst zu zahlen.

Hierauf wurde die Beratung über den Ausbau der Unterstützungsanstalten wieder aufgenommen. Die Kommission hat eine Vorlage ausgearbeitet, welche von den Vorschlägen des Hauptvorstandes etwas abweicht. Nach der Kommissionsvorlage soll ein Beitrag erhoben

werden von 20 Pf. in der ersten Klasse (Arbeiterinnen und Jugendliche), 35 Pf. in der zweiten Klasse (Gutsbesitzer und rüstfähige Lohngebiete), 50 Pf. in der dritten und 60 Pf. in der vierten Klasse. Die Unterstützungsbeiträge sind in allen Klassen nach einer Mitgliedschaft von 1, 2, 3, 4, 5, 7 Jahren abgestuft. Die Unterstützungsbeiträge steigen von Stufe zu Stufe sowohl in der Höhe des täglichen Satzes als auch in der Zahl der Tage, für welche sie gewährt werden. Die Unterstützungsbeiträge betragen pro Tag in der ersten Klasse 40-60 Pf., in der zweiten Klasse 0,80-1,20 M., in der dritten Klasse 1-1,50 M., in der vierten Klasse 1,20-1,80 M. Diese Sätze gelten als Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Die Hälfte der Sätze wird nach einjähriger Mitgliedschaft als Krankenunterstützung gewährt. Sterbegeld wird gewährt in den ersten drei Beitragsklassen nach einer Mitgliedschaft von 5 Jahren 50 M., nach 8 Jahren 75 M., nach 10 Jahren 100 M. In der vierten Klasse nach 3 Jahren 30 M., nach 5 Jahren 60 M., nach 7 Jahren 90 M., nach 10 Jahren 120 M. Die Sätze der Streikunterstützung betragen in den vier Beitragsklassen: für Ledige 4, 7, 10, 13 M., für Verheiratete 6, 9, 12, 15 M. wöchentlich. Sie werden schon nach einer Mitgliedschaft von 13 Wochen gezahlt. Bei kürzerer Mitgliedschaft gibt es in jeder Klasse 2 M. weniger. Für jedes Kind, aber nicht mehr als drei, wird ein Zuschlag von 1 M. wöchentlich gewährt. Hinsichtlich der Umzugs- und Notfallunterstützung empfiehlt die Kommission die Vorschläge des Hauptvorstandes.

Nach längerer Debatte wurde die Vorlage der Kommission einstimmig angenommen.

Hierauf beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Statutenberatung.

Die dazu vorliegenden Anträge sind von einer Kommission vorbereitet, deren Vorschläge der Reihe nach diskutiert wurden. Beschlossen wurde: dem Namen der Organisation „Allgemeiner deutscher Gärtnerverein“ den Untertitel „Zentralverband“ hinzuzufügen. Diese Änderung wurde damit begründet, daß die Bezeichnung „Verein“ den freigewerkschaftlichen Charakter der Organisation nicht erkennen lasse und deshalb schon zu falschen Auffassungen geführt habe. Es wurden noch eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die kein allgemeines Interesse haben.

Eine von Albrecht-Berlin eingebrachte Resolution, welche den Mitgliedern die Versicherung bei der am 1. Januar ins Leben tretenden gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung empfiehlt, wurde einstimmig angenommen.

Die Vorstandswahl

hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Busch, Kassierer Lehmann, Redakteur Albrecht, zweiter Vorsitzender Schulz, Weisber De la Croix, Duhnholz, Fall. Als Ausschuhvorsitzender wurde Kunze-Hamburg gewählt. Die bisherigen Gauleiter wurden wiedergewählt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Mit einem Rückblick auf die Verhandlungen und dem Wunsch, daß die Organisation kräftig fortschreiten werde, schloß der Vorsitzende Busch den Verbandstag.

Soziales.

Nichteinhaltung des Tarifs kann zur Vertragslösung berechtigen.

Ueber die Folge der Nichteinhaltung eines Tarifs fällt dieser Tage das Breslauer Gewerbegericht eine Entscheidung. Ein Tischlermeister, der den Tarif schriftlich anerkannt hatte, weigerte sich, den im Tarif vorgeschriebenen Akkordlohn für eine bestimmte Arbeit zu bezahlen. Der Geselle legte die Arbeit vor Beendigung der Arbeit nieder. Darauf verklagte ihn der Tischlermeister. Das Gewerbegericht wies die Klage des Tischlermeisters ab. Der Verklagte war berechtigt, die Arbeit sofort einzustellen, weil sich der Meister einer widerrechtlichen Heberverteilung des Gehilfen schuldig gemacht hat, so hieß es zutreffend in der Begründung des Urteils.

Baunternehmer und Berufsgenossenschaft.

In ihren Jubiläumserichten haben viele Berufsgenossenschaften in recht schwalligen Worten den „Opfermut“ der Unternehmer gepriesen und auf die vielen, vielen Beiträge aus Unternehmertaschen hingewiesen, die auch künftig „gerne“ im Interesse der versicherten Arbeiter aufgebracht werden. Nimmt man aber den neuesten Bericht der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft zur Hand, so findet man da ein Dokument, welches doch zu denken geben sollte. Der Bericht rechnet mit Beitragsverlusten von 480.700,42 M. seit dem Jahre unter Rubrik „Rückstände“.

Und wie schwer sind die Beiträge eingezahlt. Keine Spur von der gerühmten „Opferwilligkeit“ der Unternehmer ist zu sehen, wenn die Berufsgenossenschaft laut Bericht bei 8822 Mitglieder einmal, bei 8370 zweimal und bei 10.738 gar dreimal an die Zahlung fälliger Beiträge erinnern mußte. Dann kommen noch die Mahnungen an die versicherten Kleinmeister hinzu, so daß die Berufsgenossenschaft insgesamt 54.118 Mahnungen im Jahre 1911 erlassen mußte. Davon führten wieder in 22.457 Fällen zu Anträgen auf Zwangsbeitreibungen. Die Berufsgenossenschaft setzt nun ihre Forderung auf § 772 der Reichs-Versicherungsordnung, welche die Berufsgenossenschaft gegen zahlungsunfähige Bauherren schützen will. Wie sie namentlich in großen Städten infolge der Baupelagationsgeschäfte auftreten. Diese Bauherren übertragen — heißt es im Bericht weiter — bekanntlich mit Vorliebe solchen Leuten Bauausführungen, die recht billig arbeiten und die selbst nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln das wirtschaftliche Risiko für die Bauten zu tragen. Kommt die Berufsgenossenschaft nachher mit ihrer Beitrags- oder Prämienforderung, dann stellt sich heraus, daß der sogenannte „Baunternehmer“ zahlungsunfähig und gänzlich unpfändbar ist, daß also die Forderung ausfallen muß. Derartigen Nachenschaften soll dadurch vorgebeugt werden, daß die Bauherren, also diejenigen, die das größte Interesse an der Errichtung des Bauwerkes haben und daraus den meisten Nutzen ziehen, vor Beginn des Baues den Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften Sicherheit für die Zahlung der Beiträge oder Prämien leisten müssen. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, für welche Gemeinden und Bauten das gelten soll. Für solche Bauten darf die Bauglaubnis erst erteilt werden, wenn die Genossenschaft bescheinigt hat, daß die Sicherheit geleistet ist.

Wir haben dem Reichs-Versicherungsamt eine Anzahl Städte bezeichnet, für welche nach unserer und nach Ansicht der Sektionsvorstände derartige Vorschriften erwünscht erschienen. Wie wir bisher erfahren haben, soll zunächst diese Gesetzesvorschrift nur ausgedehnt werden auf die Großstädte mit über 100.000 Einwohnern. Der Vorstand hat weiter die Aufsichtsbehörde darauf aufmerksam gemacht, daß es dringend erforderlich erscheint, die gesetzliche Vorschrift auch auf solche Bauten auszuweiten, die im Submissionswege an den Aufseherbestanden zur Ausführung vergeben werden, ohne daß eine Prüfung stattfindet, ob der Submittent leistungsfähig ist. In diesem Falle kann u. E. ein Unterschied zwischen einer Privatperson oder einer Behörde nicht gemacht werden. Sicherheitsleistung müßte dann in jedem Falle erfolgen.

Die Ermittlung der Bauherren, gegen welche sich die Ansprüche der Berufsgenossenschaft richten sollen, ist sehr schwierig.

weil die faulen Zahler naturgemäß allen Grund haben, die Namen ihrer Auftraggeber nicht zu nennen und Zwangsmittel, sie dazu anzuhalten, vom Gesetzgeber leider nicht vorgesehen sind. Die Eingänge an Beiträgen auf Grund dieser Maßnahmen sind denn auch nur recht minimale und stehen in keinem Verhältnis zu der aufgewendeten Zeit und Arbeit.

Den zuständigen Amtsgerichten sind 146 Anträge auf Einleitung des Offenbarungseidverfahrens gegen solche Genossenschaftsmitglieder unterbreitet worden, deren Verhältnisse eine Klärung erforderlich erscheinen ließen. Davon hatten 102 Unternehmer schon vorher manifestiert, so daß die beantragte Maßnahme nur gegen 44 faule Zahler durchgeführt werden konnte. Diese haben denn auch den Eid geleistet, teilweise erst dann, nachdem die Verführung an Gerichtsstelle durch den Gerichtsvollzieher erfolgt war. Die hierbei entstehenden Kosten sind recht beträchtliche, sie belaufen sich für jede Vorführung auf etwa 18-20 M., die dann die Berufsgenossenschaft außer dem Beitragsausfall noch belasten.

Die Berufsgenossenschaft denkt bei ihren Klagen natürlich nur an sich und vergißt anzuführen, daß da auch Tausende von Bauarbeitern um ihren sauer verdienten Arbeitslohn geprellt worden sind. Auch diese würden es begrüßen, wenn hier eine gründliche Aenderung endlich eintreten würde.

Aus der Frauenbewegung.

Mutterglück.

Feierabend! Die Fabrikglode ertönt. Aus dem breiten Tore der Fabrik ergießt sich ein Strom von Arbeitern und Arbeiterinnen; alte und junge.

Ein abgepannter, müder Zug liegt auf den Gesichtern der meisten.

Ein Tag eintöniger und doch anstrengender, nerventötender Arbeit liegt hinter ihnen und nun eilen sie ihren dürftigen Heimen zu. Nur selten wechseln sie ein Wort miteinander.

Müde, abgestumpft und doch eilend streben die Frauen vorwärts. Die Haltung der meisten ist gebückt. Sie sehen aus, als ob ihre Augen nie mehr froh in die Welt schauen könnten, als ob ihr Mund das Lachen verlernt hätte.

Ihr armen Frauen! Wenn ich Euch sehe, dann krampft sich mir das Herz zusammen, ein unbändiger Jörn packt mich, daß Ihr Eure besten Jahre so hingeben, Eure Jugendkraft verkaufen müßt für ein paar Bettelpennige. Ja, mit Bettelpennigen werdet Ihr abgespeist!

Auch Euch besetzte einst ein hoffnungsfreudiger Schaffensdrang, auch Euch pulsierte einst schnell und frisch durch den Körper das Blut, das Euer Herz dann höher schlagen ließ — und nun seid Ihr gebrochen an Körper und Geist. Müde und abgestumpft schleicht Ihr dahin — gedankenlos. Es ist ja doch ein Tag wie der andere.

Und doch seid Ihr fühlende Menschen, denn Ihr seid Mütter!

Ihr habt Euch in Schmerzen gewunden, vielleicht gar, als Ihr Eurer schweren Stunde entgegen laht, bis zum letzten Tage im staubigen Fabriklokal an der Maschine gestanden. Und ein Glücksgefühl durchströmte Euch, als Ihr Euer Kind in den Armen halten konntet. — Mutterglück!

Doch Ihr mühtet wieder hinaus in die Fabrik, denn Euer Verdienst war nun noch notwendiger geworden. Und so ging das fort, die ganzen Jahre hindurch, bis Ihr zermürbt ward, bis Euch aller Lebensmut genommen wurde.

Spürt Ihr noch etwas von dem Mutterglück? Von unserer heuchlerischen Gesellschaft wird ja wohl das Mutterglück als das reinste und schönste Glück gepriesen; mit einem vergnügten Augen-

ausschlag schauen sie zu dem Bildnis der Mutter mit dem Kinde empor. Und doch raubt Euch dieselbe Gesellschaft Euer Mutterglück.

Dieser Gesellschaft habt Ihr es zu verdanken, daß das, was für Euch das Höchste sein sollte, oft zu einer Quelle von ungeheurer Qual wird. Können Ihr denn überhaupt Euren Kindern noch Mutter sein? Eine liebevolle, führende, verziehende Mutter?

Nein! Unsere heutige Gesellschaft läßt Euch gar nicht die Zeit dazu! Ihr habt ja fast den ganzen Tag Eure Kinder nicht um Euch, denn Ihr müht für den Unternehmer fronden.

Unzählige Mütter sind gezwungen, ihre Kinder tagsüber allein zu lassen.

Und welche sittlichen und körperlichen Gefahren bestehen für die Kinder, die auf die Straße angewiesen sind!

Wenn Ihr des Abends von Eurer Arbeit nach Hause kommt, könnt Ihr Euch dann Eurem Mutterglück hingeben? Wieder habt Ihr keine Zeit, denn nun beginnt die Arbeit für die Familie. Und wie oft steht Ihr des Abends am Waschtisch oder näht und flickt bis in die späte Nacht. Müde sinkt Ihr auf Euer Lager und erhebt Euch am anderen Morgen mott und ungepflegt. Häufig eilet Ihr dann zur Arbeit und derselbe Kreislauf beginnt von neuem. Einen Tag wie den anderen. —

Und von Eurem ganzen Mutterglück bleibt nichts übrig!

Aber sagt da die herrschende Gesellschaft, bleibt doch zu Hause, Ihr Frauen, seid Heimarbeiterinnen, dann seid Ihr doch bei Euren Kindern.

Dand auf's Herz, Ihr Heimarbeiterinnen, könnt Ihr Euch denn so um Eure Kinder kümmern, wie Ihr es gern möchtet? Ob Ihr nun in der Konfektion oder im Textilgewerbe, in der Metall- oder Holzwarenfabrikation arbeitet, ob Ihr Blumen, Federn oder Stickerien verfertigt, immer sind Eure Löhne gleich niedrig, so daß Ihr gezwungen seid, mit Anstrengung aller Kräfte zu arbeiten, wenn Ihr nur das Notwendigste zum Leben verdienen mößt. Und die fortwährend hastende Arbeit läßt Euch keine Zeit, nach Euren Kindern zu sehen. Hat nicht schon mancher von Euch das Herz geblutet, wenn Euer kleines Kind kam, ein Bild zeigte oder eine Frage stellte, und Ihr mühtet es hirt zurückweisen, weil Ihr keine Zeit hattet? Denn die Arbeit drängt. Die ewige Heijagd, in der die Heimarbeiterin lebt, hat Euch oft sehr nervös gemacht, daß Ihr vielleicht gar nicht merkt, wie Unrecht Ihr Euren Kindern tut.

Al Ihr ausgebeuteten, getretenen Frauen! Habt Ihr schon darüber nachgedacht, wieviel man Euch im Leben raubt? Ihr habt nicht teil an all dem Schönen, das die Natur in so reicher Fülle herbeibringt. Mit dem Erbärmlichsten müßt Ihr vorlieb nehmen. Oft seid Ihr kaum imstande, Euren Kindern das nötige Stück Brot zu geben; in licht- und luftlosen Wohnungen irrt Ihr ein kümmerliches Leben. Wenn Ihr krank seid, dann könnt Ihr Euch nicht pflegen, könnt nichts ins Bad reisen, um Euch zu kräftigen. Nein, Ihr müßt arbeiten bis zur Erschöpfung. Mit abgeroderten, kranken Körper müßt Ihr Euren Kindern das Leben geben und als Folge davon sterben sie dann oft in den ersten Jahren dahin. Tausende von den Kindern würden am Leben bleiben, wenn die Mütter gesund und kräftig gewesen wären. Und werden Euch Eure Kinder nicht entziehen, dann könnt Ihr Euch doch nicht um sie kümmern, könnt sie nicht pflegen und erziehen. Oft werdet Ihr direkt gezwungen, selbst zum Ausbeuter Eurer Kinder zu werden, sie müssen Euch verdienen helfen.

So raubt die heutige Gesellschaft den arbeitenden Frauen alles das, was das Leben erst lebenswert macht. Wirtschaftlich ausgebeutet und politisch entrechtet, werden ihnen Mutterfreude und Mutterglück genommen. Noch gibt es Tausende von Arbeiterfrauen, die das alles gar nicht empfinden, die ihr Los geduldig auf sich nehmen, in dem Glauben, daß sie es nicht ändern können.

Und doch könnt Ihr es ändern, Ihr Frauen! Nicht allein, denn dazu seid Ihr zu machtlos! Aber zusammengeschlossen mit Euren Klassengenossinnen, dann habt Ihr die Macht dazu.

Nicht zu bitten, sondern zu fordern habt Ihr, daß Euer Arbeitskraft nicht so ungeheuer ausgebeutet wird. Und je energi-

cher Ihr diese Forderung erhebt, um so eher wird die herrschende Gesellschaft gezwungen sein, Eure Forderungen zu erfüllen.

Tausende Eurer Arbeitschwestern sind zu dieser Erkenntnis gekommen; sie haben den Wert und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt. In großen, mächtvollen Organisationen sind sie gemeinschaftlich mit den Männern ihrer Klasse zusammengeschlossen und Schulter an Schulter kämpfen sie mit ihnen gegen die herrschende Gesellschaft, kämpfen sie um etwas mehr Licht und Luft, mehr Lebensfreude und Lebensglück.

Ob Ihr nun in der Fabrik oder in Euren Heimen arbeitet, ob Ihr am Waschtisch sitzt, oder A. der Hauswirtschaft beschäftigt seid, immer seid Ihr gleich ausgebeutet, und nur ein Gedanke muß Euch befeelen: Euch frei zu machen von aller Unterdrückung!

Unwürdig ist der Mensch, der sich Unterdrückung und Ausbeutung stillschweigend gefallen läßt. In unseren Organisationen ist Euch die Möglichkeit gegeben, dagegen anzukämpfen.

Und wenn Ihr einmal erlahmen solltet im Kampfe, dann denkt daran, daß es sich um Euer und Euer Kinder Glück handelt. Das wird Euch dann wieder die Fähigkeit und den Mut geben, mit Eurer ganzen Begeisterung teilzunehmen an dem Ringen um den Aufstieg der Arbeiterklasse!

Gerichts-Zeitung.

Trauriges Schicksal.

Das gerichtliche Nachspiel zu einer tieftraurigen Familien-tragödie beschäftigte heute die 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karsten. Auf der Anklagebank saß der anscheinend schwer leidende 64jährige Rastierer Julius Sonntag unter der Beschuldigung, seine Ehefrau auf deren ausdrückliches Verlangen getötet zu haben. Der Angeklagte wohnte mit seiner 59jährigen Ehefrau Emma geb. Tied in Seitenflügel des Hauses Löwestraße 17. Die Eheleute lebten in einer ganz glücklichen Ehe, die nur durch ein schweres Leiden der Ehefrau getrübt war. Diese litt an hochgradiger Wassersucht und daraus entstandener schwerer Nervosität; und schenkte sich nach dem Tode. Wie ihre Schwestern und mehrere Hausnachbarn übereinstimmend bekundeten, hat die Frau wiederholt Aeußerungen dahingehend gemacht, daß sie das Leben satt habe und Selbstmord begehen werde. Sie hat es auch nicht bei bloßen Redensarten bewenden lassen, sondern ist wiederholt zur Tat geschritten; so hat sie einmal versucht, sich die Pulsadern zu öffnen, ein anderes Mal versuchte sie, sich mit einem Bande zu erwürgen, dann wieder hatte sie eines Tages den Washtub in ihrem Schlafzimmer geöffnet, sie kam aber in keinem Falle zu ihrem Ziel. — Auch die Bitte an eine ihrer Schwestern, ihr Gift zu besorgen, hatte keinen Erfolg. Der an asthmatischen Beschwerden gleichfalls schwerleidende Ehemann hatte infolge dieses Jammers auch keine Lust mehr am Leben und so reiste in den beiden alten Leuten der Entschluß, sich gemeinsam zu töten. Am 28. Januar d. J. verriet Frau Sonntag ihrer sie besuchenden Schwester, daß sie ihrem Mann 5 M. zum Ankauf eines Revolvers gegeben habe, da sie das Leben nicht mehr ertragen könne. Die Schwester suchte ihr diese Gedanken auszureden, sie ahnte aber nicht, daß schon der nächste Tag die furchtbare Begehung dieser Anbetung bringen würde. Als der erwachsene Sohn des Angeklagten am Montag, den 29. Januar, mittags aus dem Geschäft, in dem er tätig ist, nach Hause kam, fand er den Vater schlaflos auf dem Sofa liegend. Er hatte sich mehrere Revolverkugeln in den Kopf beigebracht und die Pulsadern an dem linken Arm aufgeschnitten und reagierte auf Anreden nicht. Vor ihm auf einem Sessel saß die Ehefrau, völlig ermattet, aber noch bei Besinnung. Auch sie hatte zwei Schußwunden im Kopf. Auf die erste Frage des Sohnes, was denn vorgefallen sei, erklärte die Mutter: Es sei bei ihr nichts von Bedeutung, der Vater habe auf sich geschossen und da habe sie einen Streichhölzchen abgeklopft. Trotz des wiederholten Widerpruchs der Mutter schickte der Sohn zu dem praktischen Arzt Dr. Rejnski und zur

Nach Maß!

heißt individuell und formenschön das Kleidungsstück anzufertigen. Hunderte von schriftlichen Anerkennungen, zum Teil von Kunden, die seit ca. 20 Jahren bei mir kaufen, geben mehr wie jedes Selbstlob einen Beweis meiner hohen Leistungsfähigkeit!



Einmaliges Angebot an Maßanfertigung

Anzüge nach Maß von Tarifschneidern hergestellt, in neuzeitiger Schnittform aus reinwollenen Cheviotstoffen neuester Musterung 54. M.

Gottlieb Weiß

Schöneberg, Haupt-Straße 161 Ecke der Stubenrauch- u. Kaiser-Friedrich-Straße

Herren-Bekleidung - Vornehme Maßschneiderei

Atelier im Hause unter Leitung von erstklassigen Zuschneidern

Emil Preuss Turmstr. 58

Herbst- u. Winter-Neuheiten 1912/13

Empfehle

Herren-Anzüge nach Mass

in der neuesten Ausführung und reichhaltiger Auswahl 45, 50, 55, 60, 67, 70, 75 Mark bis 120 Mark

Herren-Paletots nach Mass

45, 50, 55, 60, 67, 70, 75 Mark bis 120 Mark

Herren-Ulster nach Mass

45, 50, 55, 60, 67, 70, 75 Mark bis 120 Mark

Gehrock - Anzüge, Smokings

ganz auf Seide, erstklassige Verarbeitung

Herren in gesicherter Position räumgünstige Zahlungs-Bedingungen ein

Streng feste Preise! — Kulante Bedienung! Lieferant der Konsum-Genossenschaft für Berlin u. Umgegend E. G. u. M.



Bei 3 Mark Anzahlung Einzel-Möbel Spinde, Vertikos, Trumeaus, Sofas, Garnituren, Betten, Tische, Stühle usw.

MOBEL-Kredit!

Bei 5 Mark Anzahlung 1 kompl. Zimmer oder 1 komplette Küche in eleganter, bunter Ausstattung.

Wilhelm Frese

ältestes Kreditbaus Berlin N., Weinbergsweg 9 eine Minute vom Rosenthaler Tor. Bitte genau auf die Firma zu achten.

2 Zimmer - Einrichtung

12 Mark Anzahlung

Wochenraten

1 Mark an.

Kredit an jedermann

Lieferung überall hin franko.

Kein Preisanzschlag

trotz kleinster Anzahlung

Ohne Anzahlung

Steppdecken, Tischdecken,

Bezüge, Teppiche,

Gardinen, Uhren,

Bilder.

Polizei. Beide Eheleute wurden nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht, wo die Ehefrau, deren Verletzungen an sich nicht absolut tödlich waren, nach zwei Tagen verstarb, während der Angeklagte trotz seiner viel schwereren Verletzung mit dem Leben davon kam. Sowohl dem Dr. Rejnski als auch dem Polizeileutnant Lüdtke hatte die Verstorbenen auf deren erste Fragen nach dem Vorfall — nach ihrer Ansicht — geantwortet, daß ihr Mann auf sie geschossen habe. Da für diese Angabe auch der Umstand sprach, daß die Frau ihre Verletzungen auf der linken Kopfseite erhalten hatte und sie nicht eine sogenannte „Linkshänder“ war, so wurde gegen den Ehemann die Anklage auf Grund des § 216 St.-G.-B. (Tötung auf Verlangen des Getöteten) erhoben, nachdem das Ermittlungsverfahren ursprünglich auf Mord gerichtet gewesen war.

Der Angeklagte gab zu, mit seiner Frau den Plan gefaßt zu haben, aus dem Leben zu scheiden, bestritt aber, auf seine Frau geschossen zu haben. Diese habe den Revolver vielmehr selbst gegen sich gerichtet und erst als sie in den Sessel zurückgefallen war, habe er sich die schweren Verletzungen beigebracht. — Die Möglichkeit, daß die Frau den Revolver mit der linken Hand gegen sich abgeschossen habe, konnte von den ärztlichen Sachverständigen nicht bestritten werden; die Zeugenaussagen konnten auch die Angaben des Angeklagten nicht widerlegen, im Gegenteil trauten diesem die Verwandten und Hausgenossen nicht zu, daß er fähig gewesen wäre, seine Frau niederzuschießen. Nach dem Gutachten des Gerichtsärztes Dr. Strauch und des Geheimen Medizinalrates Dr. Straßmann, die die Obduktion vorgenommen, waren die Verletzungen der Frau nicht absolut tödlich, andererseits war die innere Krankheit der Verstorbenen unheilbar und soweit vorgeschritten, daß auch ohne die Schußverletzungen ihr Tod baldigst zu erwarten gewesen sei. Der Tod sei durch die Schüsse nur beschleunigt worden. Die sehr eingehende Beweisaufnahme ergab schließlich, daß Frau Sonntag infolge ihres schweren körperlichen Leidens manchmal in ihren Ausdrücken verwirrt war; daß ihre den Ehemann belastende Andeutung gegenüber dem Arzt und dem Polizeileutnant von diesen nicht beachtet sein konnte. Bei dieser Sachlage hielt das Gericht in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt Dr. Lehmann und dem Verteidiger Rechtsanwalt Wehlich die Frage nicht für genügend aufgeklärt und erkannte auf Freisprechung.

Grausame Eltern.

Das Martyrium eines unehelichen Kindes, welches in der schrecklichsten Weise gequält und mißhandelt worden war, lag wieder einmal einer Anklageakte zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lande die Ferienkammer des Landgerichts II beschäftigte. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung und mittels gefährlicher Werkzeuge war der frühere Hülsenarbeiter, jetzige Kohlenarbeiter August Graub und dessen Ehefrau Anastasia G. angeklagt. — Die angeklagte Ehefrau G. ist Mutter eines vor der Ehe geborenen Kindes, welches sie bis zu ihrer Verheiratung bei fremden Leuten untergebracht hatte. Da es nach ihrer vor etwa drei Jahren er-

folgten Verheiratung mit der weiteren Zahlung des Pflegegeldes haperte, da sich der Ehemann weigerte, für das „fremde“ Kind zu zahlen, kamen die Eheleute überein, das damals sechsjährige Mädchen zu sich zu nehmen. In der ersten Zeit hatte es das Kind noch leidlich gut, als aber dann in der Ehe selbst ein Kind geboren wurde, wurde das „uneheliche“ von beiden Eheleuten in der grausamsten Weise geschlagen. Auf eine Anzeige mehrerer Hausbewohner hin erschien eines Tages der Stuhmann Krüger in der Wohnung der Angeklagten und ließ sich das Kind zeigen. Wie der Beamte vor Gericht befandete, befand es sich in einem dem jämmerlichsten Zustand. Der ganze Körper war mit blutigen Beulen und Striemen bedeckt, das Gesicht des Kindes war infolge des geronnenen Blutes und der Striemen schon tiefschwarz verfärbt, die Haut hatte, wie der Beamte angab, das Aussehen von Baumrinde angenommen. — Das Kind wurde sofort den Eltern abgenommen und dem katholischen Elisabeth-Waisenhaus in Schönberg zugeführt, in dem es sich noch heute befindet.

Vor Gericht bestritten die Angeklagten, sich strafbar gemacht zu haben und behaupteten, daß das Kind läugerlich gewesen sei und sich herumgetrieben habe. — Im Widerspruch hierzu sieht das spätere Verhalten des Kindes in dem Waisenhaus, wo es sich stets artig und folgsam benahm. — Mit Rücksicht auf die von den Angeklagten behauptete Noth erkannte das Gericht auf je 2 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte je 6 Monate Gefängnis beantragt.

Die „Pflücker“ Mühlenbesitzer.

Bekanntlich führen die organisierten Mühlenarbeiter einen horizontalen Kampf um Besserung ihrer elenden Lage und stoßen da bei ihren Arbeitsgebern auf einen zähen Widerstand. Die Herren Mühlen halten seit an ihren alten Verhältnissen, wie geringe Löhne, lange Arbeitszeit, die oft 24 Stunden andauert, sowie Kost und Logiswesen. Sie verlangen auch, wie andere Unternehmer, daß ihnen in diesem Kampf die Behörden zur Seite stehen und schreien nach Hilfe der Gerichte usw.

Nun hat aber, wie eine Notiz die Kunde durch die Presse machte, gerade ein Gerichtsurteil den Mühlenbesitzern ins Stammbuch geschrieben, daß sie nicht per se stolz auf ihre Geschäftspraktiken zu sein brauchen, weil bekannt sei, daß im Mülhereigewerbe allgemein gepflückt worden sei. Vor der Strafkammer zu Bochum hatten sich nämlich die Mühlenbesitzer Köhne und Bedding aus Bochum-Quamme wegen Futtermittelfälschungen zu verantworten. Der Sachverhalt war folgender:

Im Dezember v. J. bemerkte ein Landwirt, daß seine Schweine und Kühe Durchfall bekamen und die Fleisch verloren. Er führte das auf die Verfütterung von Gerstemehl zurück, das er aus der Weddingischen Mühle bezogen hatte. Im städtischen Untersuchungsamt wurde festgestellt, daß das Mehl mit Abfällen von Gerste, Hafer und Kaffee und außerdem mit lohlenfaurem Kalk (gemahlener Asche) verfälscht war. Da auch in Herne Gerstemehl gefunden wurde, das auf dieselbe Weise verfälscht worden war, so wurden

vom städtischen Untersuchungsamt umfassende Revisionen und Untersuchungen vorgenommen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden die Weddingische und die Köhneische Mühle durch die Kriminalpolizei und den Sachverständigen Dr. Sennhoff, Direktor des städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes, einer Durchsuchung unterworfen. Man fand, daß beide sogenannten „Dult“ einmischten, der nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Sennhoff aus lohlenfaurem Kalk (etwa 25 bis 50 Proz.), dann aus den Schalen von Gerste, Hafer und Kaffee besteht und einen Nährwert nicht hat, vielmehr nach den Ausführungen des Sachverständigen den Tieren Schaden zufügt. Die Angeklagten hatten den Dult waggonweise bezogen und an jedem Waggon durch die Fälschung einen Gewinn von über 500 M. erzielt. Das Urteil lautete auf je 400 M. Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgeführt, durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß Wedding sich des versuchten und vollendeten Betruges, Köhne sich des vollendeten Betruges schuldig gemacht habe. Weiter sei festgestellt, daß im Mülhereigewerbe viel gepflückt worden sei. Das laufende Publikum werde durch derartige Fälschungen schwer geschädigt und müsse geschützt werden. Lediglich der Umstand, daß im Mülhereigewerbe allgemein gepflückt worden sei und die Angeklagten der Meinung sein konnten, daß sie nun auch pflücken dürften, habe sie vor einer Gefängnisstrafe bewahrt. Der Vorsitzende sprach aber die Erwägung aus, daß die erkannten Strafen abschreckend wirken möchten, damit wieder geregelte Zustände im Mülhereigewerbe eintreten.

Das „laufende Publikum“ soll also durch die erkannten Geldstrafen geschützt werden, die aber sicher nicht „abschreckend“ wirken. An die armen Mühlenarbeiter denkt man aber nicht. Diese werden den Kampf um Besserung ihrer elenden Verhältnisse wohl allein weiter auszuführen haben und werden bei Streiks usw. wohl keine Hilfe bei den Gerichten finden.

Zur **Einsegnung** empfehle mein groß. Lager in **Uhren, Gold- und Silberwaren.** Stets Eingang von Neuheiten! **Gelegenheitskauf:** Stark gold. 14karät Herren-Remont.-Uhren, 3 Kapseln, 85 Mark, 3 Jahre schriftlich Garantie. **Massiv gold. Dam.-Uhr. 15 M.** **Karl Reichel,** Uhrmacher, 7. Hermannplatz 7. Vorzeiger d. Inserats 10%, Rabatt.

Herren-Garderobe nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz geg. wöchentliche Teilzahlung von **1 Mk.** an. Besondere Abteilung für fertige Garderobe, die ich während der stillen Zeit in meinen eigenen Werkstätten angefertigt habe. **Martin Katz,** Schneidermeister, **Dresdener Str. 76 II,** Nähe Thalia-Theater.

Zossener Str. 38 **Wohnungs-Einrichtungen** in einfacher und moderner Ausführung. Günstigste Kaufgelegenheit für **Brautleute.** Spezialität: 1 u. 2 Stuben-Einrichtungen mit Küche. **Sehr geringe Anzahlung.** Kleine wöchentliche oder monatliche Raten. Langjährige Garantie. Riesige Auswahl. Anerkannt größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. **Möbel-Kaufhaus M. Goldstaub,** Ecke Gneisenaustr. Zossener Str. 38, part. u. I. Zossener Str. 38

Wirklich erstklassige elegante **Herren-Maß-Schneiderei** nach Tariflöhnen in eigener Werkstatt zu tatsächlich billigen Preisen. — Die **Herbst- u. Winterneuheiten** sind bereits in überraschender Auswahl in den apartesten Dessins und Farbtönen am Lager und bitte ich meine verehrlichen Kunden, mit Massbestellungen bald zu beginnen. **Sakko-Anzüge von M. 52.00 an** **Ulster und Paletots . . . von M. 48.00 an** **August Schega** vorm. A. Wormann G. m. b. H. □ Kottbuser Damm 77.

Zur Einsegnung! **Anzüge** aus schwarzen Kammgarn-Stoffen **16⁵⁰, 19, 21, 25, 28, 40 M.** **Anzüge** aus dkl. blauen Cheviotstoffen **18, 20, 24, 28, 32, 36⁶⁰ M.** Prüfungs-Anzüge in grösster Auswahl **M. Schulmeister** BERLIN SO, Dresdener Strasse 4 (am Kottbuser Tor)

Bekanntmachung. Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnissnahme, daß ich am Montag, den 16. d. Mtg., die von Herrn **Franz Stenzel**, Nehringsstr. 2, betriebene **Rind- und Schweine-Schlächtere** übernehme. Durch prima Ware und reelle Bedienung werde ich bestrebt sein, bei meiner werten Kundschaft mir das Vertrauen und die größte Zufriedenheit zu erwerben. Um geneigten Zuspruch bittet **Ludwig Ehrlich.**

Zöpfe. Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den **allerbilligsten Preisen.** **Otto F. Kafka,** Neukölln, Erkstr. 3. Zöpf- und Perückenfabrik.

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für **Herren-Hüte** in jeder Preislage ist **Radloff,** Charlottenburg, Berliner Str. 51. Gegründet 1873.

Möbel in gediegener Ausführung liefert zu billigen Preisen der Tischlermeister **Georg Menschner,** Gräfestraße 2.

10 Mark Monatszahlung oder 25.— M. vierteljährlich liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz. **Goldstein** Seit 1892: Nord-Str. 51. Wäschehandl. - gr. Stofflager.

Hört! Hört! Regenschirme! Staanond billig!!! Kein Laden, Fabrikniederlage. **A. Möhle,** Alexandrinenstraße 121, I. Vorwärtsleser bis 5. Okt. 5% Rabatt

Damenhüte in Filz, Samt und Velvet werden auf moderne Formen umgearbeitet, und gepreßt. Neue Formen zu billigsten Preisen. **Herrenhüte und Mützen** in den neuesten Formen und Qualitäten. **Gustav Palm,** Hutmacher, Reichenberger Straße 60. Lieferant der Konsumgenossenschaft.

Möbel-Hallen **Höhne & Co** **Moabit Turmstr. 69** Trotz unserer anerkannt billigen Preise geben wir soliden Leuten Gelegenheit, ganze Wohnungs-Einrichtungen, sowie Einzelmöbel unter den **kulantesten Zahlungs-Bedingungen** zu erstehen und bitten um Berücksichtigung unserer Riesenlager. **Mod. Wohn-u. Schlafzimmer** von M. 230- 900 **Speise- und Herrenzimmer** von M. 340-1100 **Kleiderschränke** von M. 36-90 **Wochenrate von 1.50 Mark an** **1 Zimmer und 1 mod. Küche** von M. 200. an **Spezial-Abteilung: Küchen** von M. 55.- an Nur prima Arbeit o. Lieferung frei Haus **3 Prozent Gutschrift bei Bezugnahme auf dieses Inserat** Kataloge werden nicht versandt, auch senden keine Vertreter ins Haus.

Zum Umzug
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
 in allen Preislagen.
 Mod. Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer
 — Grosses Lager in —
 Einzel-Möbeln, Teppichen, Portieren,
 Gardinen, Steppdecken u. Federbetten
Einzel-Möbel von 3 Mark an

Kaufhaus
 zum
Rollkrug
 Hermann-Neukölln Berliner
 str. 267. Str. 1.

Zur Konfirmation
 empfehlen wir unsere modernste
Mädchen- u. Jünglingsbekleidung
 Auch sind die **neuesten Moden**
 für den **Herbst** eingetroffen in
Damen- und Herren-Garderoben
 Alles auf Teilzahlung von 5 Mark an

Schuhwarenhaus Kottbuser Damm 12a eine Treppe
 gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar!
 Beste, reichhaltigste Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber
 auffallend billigen Preisen.
 Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an.
Großes Lager in Einsegnungstiefeln
 sowie sämtlichen Winterschuhwaren.

Möbel-Halle Harry Goldschmidt

Moritzplatz 59 • Berlin S. • Ecke Stallschreiberstr.

Kulanteste
 Zahlungs-
 Bedingungen

Möbel auf Teilzahlung

Kulanteste
 Zahlungs-
 Bedingungen



Schicke Herren- u. Jünger
Moderne Anzüge
Solide Paletots

nach Maß
 Serie I 40.—
 Serie II 50.—
 Serie III 60.—

Beinkleider nach Maß
 15 18 21 M.
 Stücke, welche nicht sitzen, kein
 Abnahmestrag.

Täglich Verkauf fertiger
 Jacken-Anzüge . . . 12 16 20 24 etc.
 Ueber engl. Vestons 15 18 22 26 etc.
 Paletots 12 16 20 24 etc.
 Gehrock-Anzüge . . . 24 27 32 etc.
 Jünglings-Anzüge . . 10 12 16 20 etc.
 Beinkleider 3 5 7 etc.

Elegante Frack- und Gesellschafts-
 Anzüge werden verliehen.

J. Wand Hauptgeschäft
 Gr. Frankfurter Str. 116

Möbel kaufen Sie gegen
 bar am billigsten
 nur bei
Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

Neu eröffnet.
Schuhhaus
„Metropol“

Neukölln, Bergstr. 43
 Ecke Thomasstraße.

Warum können wir m. un. Schuh-
 waren so billig sein?
 Weil wir kein Lokal für 18—20000 RM.
 haben; — weil ferner wir
 Ihnen keine Luxus-Einrichtung oder
 teure Spiegel zeigen, die die Kund-
 schaft mit bezahlen muß und doch
 nicht mitnehmen kann.

Diese Erparnisse kommen bei
 uns lediglich der Kundschaft
 zugute. — Daher verkaufen wir,
 so weit Vorrat:

Herren-Box-Schnür- u. Zug-Stiefel.
 regulärer Wert bis 8,50 RM.,
 nur 5 90

Damen-Schnür-Stiefel.
 elegant, hoch,
 Drehfallen und Leders,
 regul. Wert bis 7,50 RM., nur
 4 95

Damen-Schnür-Stiefel mit
 hoch. u. Leders, prima R.
 u. Serv., reg. Wert 5,90, nur
 5 85

Mädch.- u. Knab.-Schnür-Stiefel
 in Größe 30, reg. Wert 5,00,
 nur 2 95

Damen-Leder-Hauschuhe.
 regulärer Wert bis 3,00, nur
 1 85

Annahme bitte ausschneiden,
 bei Vorlegung vergüten wir an der
 Kasse 4 Prozent.

Möbel Ganze Wohnungseinrichtungen,
 Zimmer- und Küchen-Einrich-
 tungen, sowie jedes Stück ein-
 zeln zu den billigsten Preisen
 in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
 Berlin SW., Simeonstr. 19.
 Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Beleuchtungskörper
 Kronen, Lampen, Wandarme etc.
 zu durchaus soliden Preisen in guter Ausführung empfiehlt
Paul Greiner, Neukölln, Bergstr. 132
 Eigene Betriebswerkstatt.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und
 ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Mäßige Anzahlung,
 kleine monatliche Raten. Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem
 niedriger als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.
 Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel, kulantest entgegenkommen bei Zahlungsstockungen
 und durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft ist unser Geschäft in fünfzehn-
 jährigem Bestehen von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage,
 dicht an der Potsdamer Straße.

Mitglied des Vereins Berliner Möbel-Industrieller

Sonntags geöffnet

95
 Pfennig
TAGE

Warenhaus
Lachmann & Scholz

Turm-Strasse 76

Otto-Strasse 1

95
 Pfennig
TAGE

Streichhölzer 4 Pack 95 Pf

Hyazinthen für Gläser . . . 8 Stück 95 Pf.

Krawatten zum Ausschneiden, 4 Stück 95 Pf.

Tischwäsche, Handtücher

1 grosses Tisch Tuch 95 Pf.
 3 gesäumte Servietten 95 Pf.
 3 grosse Stuben-Handtücher 95 Pf.
 6 halbleinene Gläsertücher . . 95 Pf.

Kinderröcke bestickt Molton . . 95 Pf

Schuhwaren

2 Paar Cord-Pantoffel 95 Pf.
 2 Paar Kinder-Pilzschuhe 95 Pf.
 Pilz-Pantoffel Ledersohle . . . 95 Pf.
 Geüberterte Molton-Pantoffel 95 Pf.

Wieder eingetroffen:

12 Staubtücher 95 Pf.
 2 Palmenständer 95 Pf.
 Herren-Futter-Hosen 95 Pf.
 3 Meter Blusentüll 95 Pf.
 1/2 Pfund Strickwolle 95 Pf.

Trikotagen

Normalhemd, gute Winterqualität . 95 Pf.
 Damen-Futter-Untertaille . . . 95 Pf.
 Damenstrümpfe 3 Paar 95 Pf.
 Herren-Socken 3 Paar 95 Pf.

Kamelhaar-Hauschuhe mit 95 Pf.

Möbelstoffe

3 Meter engl. Tüll-Gardinen . . . 95 Pf.
 Stores engl. Tüll 95 Pf.
 Filztuchdecke 95 Pf.
 2 1/2 Meter Möbel-Croisé 95 Pf.

Schürzen

Hauschürzen 95 Pf.
 Elegante Teeschürzen 95 Pf.
 Ball- oder Reiseschal 95 Pf.
 Stickerei-Kragen 95 Pf.

Gold-creme Vorhangstoff 180cm breit mit 95 Pf.

Herren-Artikel

Selbstbinder breite Form 95 Pf.
 3 Kragen 95 Pf.
 3 Serviteurs 95 Pf.
 Herren-Hüte 95 Pf.

Wäschestoffe

3 Meter feinfädig Renforcé 95 Pf.
 2 1/2 Meter weiß Körperbarchent 95 Pf.
 3 Meter Hemdenflanell 95 Pf.
 Daulas- od. Barchent-Laken 95 Pf.

Großer Korridorspiegel 95 Pf.

Untertailen mit Stickerei 95 Pf.

Fasson-Hemden 95 Pf.

Damen-Korsette,

gut sitzende Fasson, solide Stoffe, lange
 und kurze Form, teilweise mit Spiral-
 Feder und Spiralanchette 95 Pf.

Pilz-Hüte 5 95

Billige Lebensmittel

Holst Zervelat u. Salami Pfd. 1.40
 Knoblauchwurst Pfd. 1.25
 Stettiner Zervelatwurst Pfd. 1.35
 Fett- u. Mager-Speck Pfund 90 Pf.
 Schinkenspeck Pfund 1.25
 Prima Rotwurst . . . Pfund 48 Pf.
 Zwiebelwurst Pfund 58 Pf.
 Landleberwurst . . . Pfund 95 Pf.
 Jagdwurst Pfund 95 Pf.
 Thür. Fleischwurst . . Pfund 95 Pf.
 Natur-Honig . . . Pfund-Glas 98 Pf.
 Zucker-Honig ca. 3-Pfd.-Glas 95 Pf.
 Feinste Naturbutter 1/2 Pfd. 68 Pf.
 Prima Schweizerkäse Pfd 98 Pf.
 Prima Tiroler Käse . . Pfd 78 Pf.

Velvet-„Sami“
 moderne
 Hüte Formen 3 50